

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **20./21. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2018/2019 vom 21. Januar 2019

von 16.15 bis 18.35 Uhr und von 20.00 bis 21.55 Uhr

Vorsitz: A. Steiner (GLP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 20./21. Sitzung: D. Cetin (SP), L. Jacot (SP), D. Siegmann (SP),
R. Lüchinger (CVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokolle der 14./15., 16./17. und 18./19. Sitzungen	
2.*	18.99 (DSU)	Schlussbericht «Sicherheitskonzept der Stadt Winterthur» vom 6. Sept. 2018	B. Helbling
3.*	18.37 (DSU)	Monitoring und Controlling 2012 – 2016 zum Massnahmenplan Energiekonzept 2050	S. Müller
4.*	18.100 (DKD)	Legislaturprogramm 2018-2022	F. Helg
5.*	18.111 (DB)	Verkehrsbaulinien Johannisstrasse und Malzstrasse	B. Zäch
6.*	18.114 (DTB)	Kehrichtverwertungsanlage (KVA); Ersatz Verbrennungslinie 2 und Abwasserbehandlungsanlage (ABA), Gebündenerklärung der Aufwendungen für die Vorstudie	R. Diener
7.*	18.124 (DFI)	Verpflichtungskreditabrechnung per 30.06.2018	Z. Dähler
8.	18.110 (DSS)	Begründung der Motion R. Keller (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. PraktikantInnen in Kitas	
9.	18.123 (DSS)	Begründung der Motion A. Geering (CVP) und Zeno Dähler (EDU) betr. zusätzliche Garderoben für die Zielbau Arena	

- | | | |
|------|-----------------|--|
| 10.* | 18.122
(DSS) | Begründung des Postulats A. Geering (CVP), Z. Dähler (EDU), R. Kappler (SP) und S. Kocher (GLP) betr. Zukunftsplanung für die Zielbau Arena |
| 11.* | 18.7
(DSS) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), M. Trieb (SVP), M. Zehnder (GLP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. «Garderoben der Zielbauarena» |
| 12.* | 18.121
(DTB) | Begründung des Postulats I. Kuster (CVP/EDU), M. Nater (GLP) und S. Müller (EVP) betr. Parkplätze für Elektroautos mit Aufladestationen in städtischen Parkhäusern und öffentlichen Parkplätzen |
| 13.* | 17.38
(DFI) | Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), Th. Leemann (FDP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Zukunft Römertor |
| 14. | 17.14
(DKD) | Antrag und Bericht zur Motion K. Cometta-Müller (GLP), D. Hofstetter (Grüne), M. Sörgo (SP) und B. Huizinga (EVP) betr. Zielvorgaben für ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Kader |
| 15. | 17.65
(DKD) | Beantwortung der Interpellation Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), K. Gander (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP) betr. Zentrum Töss |
| 16. | 17.10
(DSO) | Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren |
| 17. | 17.23
(DSO) | Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Einsatz für einen gerechten Soziallastenausgleich |
| 18. | 16.20
(DSO) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. R. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter |
| 19. | 16.59
(DSO) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär» |
| 20. | 16.82
(DTB) | Antrag und Bericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften |
| 21. | 17.97
(DTB) | Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), S. Gyax-Matter (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Bus on demand |
| 22. | 17.98
(DTB) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), F. Helg (FDP) und S. Gyax-Matter (GLP) betr. «Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen» |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse herzlich zur 1. Gemeinderatssitzung 2019. Es ist schon ein bisschen spät, aber für alle diejenigen, denen ich bisher noch nicht «Es guets Neuis» gewünscht habe, hole ich das an dieser Stelle nach.

Damit starten wir auch schon in die Sitzung.

Wir haben folgende Entschuldigungen: Dominik Siegmann, Lea Jacot und Renata Lüchinger haben sich für beide Sitzungen entschuldigt.

Wir haben leider heute bereits wieder eine Verabschiedung aus dem Rat. Gabriela Milicevic hat entschieden, dass sie zurücktreten wird. Sie war seit dem 8. Mai 2017 Rat und bis im Mai 2018 war sie auch Mitglied in der Bürgerrechtskommission.

Ich wünsche Gabriela alles Gute auf ihrem weiteren Weg und überreiche ihr gerne das Präsent. (*Applaus*)

Wir haben keine Fraktionserklärungen, aber wir haben zwei persönliche Erklärungen.

Persönliche Erklärung

Ratspräsidentin A. Steiner: Die erste persönliche Erklärung kommt von Markus Wenger.

M. Wenger (FDP): Der Handballclub Pfadi Winterthur steht kurz vor einem schweren Herzinfarkt. Pfadi Winterthur muss den Spielbetrieb einstellen, wenn bis am 31. März nicht mindestens 400'000 Fr. gesammelt werden. Betroffen sind die erste Mannschaft und sämtliche Nachwuchs- und Breitensportteams. Um den künftigen Betrieb auch nachhaltig zu sichern, müssen auch in den kommenden Jahren zusätzlich pro Jahr 400'000 Fr. durch Sponsoren und Unterstützer erzielt werden. Gesamthaft beträgt die Schuld 1.7 Mio. Fr. - 1.5 Mio. davon sind bereits seit ca. 2.5 Jahren bekannt. Die aktuelle Situation hat also nichts mit dem Umzug in die neue Arena zu tun.

Und ja, es ist nicht die Aufgabe der Stadt, für die Schulden von Vereinen aufzukommen. Die Stadt muss sich um gute Infrastruktur und günstige Bedingungen kümmern. Wie bei einem Herzinfarkt muss man die Ursachen abklären und dann Massnahmen einleiten, die zu einer nachhaltigen Gesundheit führen. Aber zuerst müssen wir jetzt das Überleben sichern und den Herzinfarkt verhindern. Nicht mit Blut und guten Ratschlägen (man oder der oder der sollte spenden), sondern wir, jeder von uns, mit seinem eigenen Geld. Die erste Sammelwoche lief sehr erfreulich an. Bei Pfadi4ever sind Stand heute 120'000 Fr. zusammengekommen. Parallel ist das lokale Gewerbe aktiv und kreativ unterwegs und sammelt. Aber es braucht noch mehr, damit das T-shirt, das ich heute trage, auch in der nächsten Saison zum Einsatz kommen kann. Das ist das Muster-T-shirt für die Saison – wenn diese weitergeht, auch nächstes Jahr – es wäre schön, wenn das Leibchen dann auch getragen wird. Und deshalb sammle ich heute unter uns Politisierenden. Wenn Ihr es wert findet, dass Winterthur einen Handballclub braucht, könnt Ihr unter eine dieser Listen (ich habe diverse hier) Euren Namen und den Betrag eintragen, einen Einzahlungsschein herausnehmen und die Liste mit einem zufriedenen Lächeln weitergeben. Ich selbst mache natürlich auch mit: Ich werde die heutige Summe sicher auf die nächsten Tausend Franken aufrunden, jedoch mindestens 200 Franken.

Vereine sind das Herz von Winterthur. Sie schaffen eine Identifikation, sind wichtig für jung und alt und leisten wichtige Integrationsarbeit. Bitte unterstützt auch ausdrücklich die anderen Winterthurer Vereine, sei das Sport, Natur, Musik, Theater oder für welches Hobby auch immer. Gerne könnt Ihr ab jetzt die Liste bei mir beziehen. Nach der ersten Ratssitzung bin ich natürlich draussen mit der Liste, damit Ihr Euch eintragen und mich mit einem zufriedenen Lächeln wieder verlassen könnt.

Pfadi4ever – heute spenden macht glücklich. Ich hoffe, es kommt etwas Rechtes zusammen. Danke.

Ratspräsidentin A. Steiner: Eine weitere persönliche Erklärung hat Andreas Geering.

A. Geering (CVP): Am 11. Juli 2018 beantwortete der Stadtrat die Interpellation «Garderoben der Zielbauarena». In dieser Antwort hält der Stadtrat fest, dass man tatsächlich sehr knapp ist mit dem Garderobenplatz beim Eisfeld bei der Arena, beim gedeckten und auch beim Ausenfeld, also dass es zu wenig Garderoben hat. Und attestiert auch, dass sich das verschärft ab dieser jetzt beginnenden Saison 2018/19 mit der Eröffnung des Talent Campus. Trotzdem

verpasste es der Stadtrat, Massnahmen zu ergreifen, um den Garderobennotstand zu beheben. Wir haben daraufhin eine Motion eingereicht, wie man kurzfristig hätte Abhilfe schaffen können, sind aber im Rat mit der Motion nicht auf Resonanz gestossen. 57 wollen offensichtlich keinen «Quickwin» und sofort zusätzliche Garderoben. Wir kamen deshalb zum Schluss, dass wir die Motion zurückziehen – und hoffen natürlich, dass wir Eure Unterstützung erhalten beim Traktandum 10, wo das Postulat traktandiert ist, mit dem wir eine langfristige Planung für diese Eisfelder anstossen möchten.

Ratspräsidentin A. Steiner: Eine weitere persönliche Erklärung: Daniel Oswald.

D. Oswald (SVP): Wir unterstützen von der SVP-Fraktion das Engagement von Markus Wenger sehr. Wir finden das sehr gut, dass man da etwas vorantreibt. Die SVP-Fraktion wird 1'000 Fr. beisteuern an diese Spendenaktion.

Mitteilungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur letzten Information, bevor wir zur Traktandenliste kommen.

Marc Wäckerlin hat wiederum angekündigt, dass er allenfalls wieder Videoaufnahmen von sich persönlich machen würde.

Traktandenliste

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Traktandenliste.

Die Ratsleitung hat vorgeschlagen, beim Traktandum 5 und 7 auf eine Diskussion zu verzichten. Gibt es da Einwendungen?

Im Weiteren wurde bei Traktandum 8 auf Wunsch der Motionärinnen beantragt, das Traktandum abzusetzen. Gibt es da Einwendungen? Auch das wurde angekündigt per Mail.

Bei Traktandum 9, das haben wir gerade gehört in der persönlichen Erklärung: Diese Motion wurde zurückgezogen.

Als Letztes: Traktandum 10 und 11 werden zusammen behandelt (Interpellation und Postulat zur Zielbau Arena).

Wenn keine Einwendungen sind, gehen wir so vor wie aufgelistet.

1. Traktandum

Protokolle der 14./15., 16./17. und 18./19. Sitzungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Protokollabnahme der 14./15., 16./17. und den Extra-Sitzungen 18./19. Gibt es da Einwendungen? Das scheint nicht der Fall zu sein, es ist auch nichts eingetroffen. In dem Sinne haben Sie diesen Protokollen zugestimmt, besten Dank.

Vor allem besten Dank einmal mehr an Andrea Fatzer, die diese Protokolle immer sehr speditiv abfasst.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2018.99: Schlussbericht «Sicherheitskonzept der Stadt Winterthur» vom 6. Sept. 2018

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 2: Schlussbericht «Sicherheitskonzept der Stadt Winterthur». Vorgestellt wird das Geschäft von der Referentin Bea Helbling.

B. Helbling (SSK): Es geht bei dieser Präsentation um den Schlussbericht vom Sicherheitskonzept der Stadt Winterthur. Als der Gemeinderat die allgemeine Polizeiverordnung angepasst hat (es ging dort um die Festlegung des Mindestbestandes von vereidigten Polizeiangehörigen), wurde auch festgelegt, dass der Einsatz von zusätzlichen Polizeikräften unter Berücksichtigung eines städtischen Sicherheitskonzeptes erfolgen soll. Das Sicherheitskonzept soll alle Aspekte berücksichtigen: Soziale, planerische, bauliche und sicherheitspolitische. Das Erarbeiten dieses Sicherheitskonzeptes erwies sich als komplexer als erwartet. Nachdem die ersten Projekte für ein Sicherheitskonzept nicht beendet wurden, liegt nun jetzt das Sicherheitskonzept der Stadt Winterthur vor. Heute haben wir im Gemeinderat die Möglichkeit, von den Eckpunkten des Sicherheitskonzeptes Kenntnis zu nehmen.

Das vorliegende Sicherheitskonzept basiert auch auf den Legislaturschwerpunkten 2014-2018 der Stadt Winterthur. Darin wird festgehalten: «Winterthur bleibt die sicherste Grossstadt der Schweiz. Sicherheit wird durch ein gesamtstädtisches Sicherheitskonzept gewährleistet.»

Das Konzept umfasst drei Elemente: Eine Analyse der Sicherheitslage in den Bereichen Polizei und Sicherheit im Bereich der Stadt Winterthur; eine Sicherheitsstrategie mit messbaren Zielen und Aktionsplänen für den analysierten Bereich; ein Instrument zur strategischen Steuerung der Sicherheit im analysierten Bereich aus einer Hand mit Einbezug aller relevanten Partner.

Das Sicherheitskonzept soll ein auf Winterthur zugeschnittenes, praxistaugliches Instrument zur Sicherheitskoordination sein.

Das Sicherheitskonzept basiert auf einer Community-Policing-Philosophie. Das meint, dass Sicherheit in den oben angeführten Bereichen nur durch eine enge und gleichwertige Zusammenarbeit der Polizei mit Partnerorganisationen wirksam beeinflusst werden kann. Die polizeilichen Kernaufgaben Präsenz, Repression und Prävention sind das eine. Weitere Aufgaben von Verwaltungseinheiten kommen dazu für urbane Sicherheit. Es ist wie erwähnt depar-tementsübergreifend angelegt und umfasst neben rein polizeilichen auch städteplanerische, bauliche, schulische, soziale und integrationsspezifische Aspekte. Alle tragen zur Sicherheit bei resp. auch diese Bereiche sind von Sicherheitsfragen betroffen. Es ist interdisziplinär entwickelt worden und wird auch interdisziplinär gesteuert und umgesetzt.

Insgesamt ist in Winterthur die objektive und subjektive Sicherheitslage erfreulich. Verstösse und Störungen im öffentlichen Raum sind im stadtverträglichen Rahmen, Verkehrsunfälle, Kriminalität und Jugendkriminalität sind unter den Werten von 2009. Das subjektive Sicherheitsgefühl ist 2015 besser als 2011. Die Kriminalitätsrate liegt im Städtevergleich vergleichsweise tief. Jedoch Verkehrsunfälle mit Personenschaden nehmen auf tiefem Niveau wieder zu und bei einzelnen Gewaltdelikten hat sich die Statistik in den letzten Jahren verschlechtert. Neben der Analyse der Sicherheitslage ist übrigens auch eine Analyse der Umfeldentwicklungen gemacht worden. Die strategischen Ziele und Stossrichtungen konzentrieren sich bewusst auf jene Bereiche, die aufgrund der Erkenntnisse der Sicherheits- und Umfeldanalyse im Sinn einer Schwerpunktbildung zur Verbesserung der objektiven und der subjektiven Sicherheit in Winterthur zu sichern und ausgebaut werden sollen.

Sie basiert auf vier strategischen Zielen:

- Verstösse und Störungen im öffentlichen Raum auf niedrigem Niveau halten
- Verkehrsunfälle mit Personenschaden reduzieren
- Gewaltdelikte reduzieren

- subjektive Sicherheit halten

Sie werden durch 17 strategische Stossrichtungen konkretisiert, die polizeiliche als auch andere Aspekte umfassen. Die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes ist einer der Legislatur-schwerpunkte und es hat 43 Aktionspläne, die in enger Zusammenarbeit zwischen verwaltungsinternen und externen Stellen zeitlich gestaffelt realisiert werden. Die Aktionspläne umfassen die Weiterführung (das handelt sich um 20 Aktionspläne), um Weiterentwicklung von bestehenden Massnahmen (in 18 Fällen) und die Umsetzung von neuen Massnahmen in 5 Fällen. Es wird beim Thema «öffentlicher Raum» bei der strategischen Stossrichtung Pflege Stadtbild z.B. ein Aktionsplan «Littering-Prävention optimieren» skizziert. Beim Thema «Reduktion der Verkehrsunfälle» und der dortigen strategischen Stossrichtung «Verkehrsberuhigungsmassnahmen» der Aktionsplan «Sicherheitsindizierte Tempo-30-Zonen in Wohnquartieren erweitern» festgelegt; beim Thema «Gewaltdelikte reduzieren» der Aktionsplan «Gewalt- und Bedrohungsmanagement Stapo ausbauen» genannt (z.B. einer der Aktionspläne, der aufzeigt, wo bevorzugt vereidigte Polizistinnen und Polizisten benötigt werden). Beim Thema «Subjektive Sicherheit halten» gibt es den Aktionsplan «Subjektive Sicherheit bei Neu- bzw. Sanierungsprojekten Tiefbau und Parkanlagen berücksichtigen».

Wir haben das Sicherheitskonzept in der SSK in zwei Lesungen beraten. Die Fragen wurden uns ausführlich beantwortet.

Noch etwas zu den Kosten: Beim jetzigen Stand der Aktionspläne entstehen in der Erfolgsrechnung einmalige Kosten von 365'000 Fr. und wiederkehrende Kosten von 67'500 Fr. sowie Investitionskosten von 2.17 Mio. Die Kosten sind im Budget im IAFP abgebildet.

Das Sicherheitskonzept wird durch das neu geschaffene Koordinations- und Beratungsgremium umgesetzt. Dieses Gremium ist zuständig für die Umsetzungscoordination und das strategische Controlling sowie das Monitoring der Sicherheitslage. Ein Mal jährlich erfolgt das Controlling, ein Bericht mit allfälligen Handlungsempfehlungen an den Stadtrat. Alle vier Jahre ist das Sicherheitskonzept einer grundlegenden Überprüfung zu unterziehen. Soweit zum Sicherheitskonzept.

Ich füge gleich noch die Stellungnahme der SP an.

B. Helbling (SP): Die SP hat sich vehement für die Erstellung des städtischen Sicherheitskonzeptes eingesetzt. Leider sind wir immer wieder hingehalten worden: Es wurden Konzepte versprochen, die dann im Papierkorb gelandet sind. Die Situation bei der Stadtpolizei war zwischendurch prekär, wir konnten es alle lesen.

Jetzt stehen wir an einem anderen Ort und können sagen: Es hat doch noch geklappt. Es braucht manchmal einen langen Atem in der Politik, und so haben wir es da erlebt, auch in der Erarbeitung des städtischen Sicherheitskonzeptes. Zum Glück hat sich auch die persönliche Situation bei der Stadtpolizei beruhigt – schlussendlich. Es hat sich gelohnt.

Die SP findet die umfassende Sicherheit für die Winterthurerinnen und Winterthurer ein zentrales Thema. Dass den Aspekten von sozialen, von planerischer und baulicher Sicherheit ins städtische Sicherheitskonzept einfliessen sowie ein interdisziplinäres Vorgehen bei der Erstellung dieses Sicherheitskonzeptes gewährleistet worden ist, war uns wichtig und ist von uns in der SSK aktiv gefordert worden.

Es sind auch aus den von uns geforderten Tätigkeitsfeldern Schule, Sozialarbeit, Stadt- und Quartierentwicklung und weiteren Massnahmen aus anderen Departementen hier eingeflossen. Sicherheit ist eine Querschnittsaufgabe. Das wird mit diesem Konzept allen klar sein. Es braucht nicht nur genügend Polizistinnen und Polizisten, es braucht einen Blick über den Tellerrand hinaus. Eine Zusammenarbeit innerhalb der städtischen Departemente, ein Einbezug der vorliegenden Konzepte wie z.B. dem städtischen Gesamtverkehrskonzept für weitere Verkehrsberuhigungsmassnahmen. Einen Einbezug der Sozialen Dienste mit DAS oder Netzwerkarbeit über die Departemente hinaus wie beim Thema Extremismus, bei dem drei Departemente mit der Fachstelle für Integrationsförderung, der Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention und der Brückenbauerin und dem Brückenbauer eng zusammenarbeiten.

Es war wichtig, dass die SP so eindringlich ein städtisches Sicherheitskonzept gefordert hat. Ist vor einigen Jahren im Sparfieber noch damit gedroht worden, die Fachstelle Häusliche

Gewalt aufzulösen, wird beim städtischen Sicherheitskonzept jetzt klar, dass gerade in diesem Bereich in Winterthur die Präventionsarbeit eminent wichtig ist. Dank dem hartnäckigen Dranbleiben der SP dürfen wir jetzt das städtische Sicherheitskonzept entgegennehmen, das die interdisziplinäre Zusammenarbeit betont und alles (Prävention, Präsenz und Kontrolle) seinen Platz hat.

Ich danke schlussendlich auch dem Polizeikommandanten und seiner Crew, die das Sicherheitskonzept im interdisziplinären Rahmen erstellt haben.

M. Zehnder (GLP): Wir Grünliberalen begrüßen das gesamtheitliche Verständnis von Sicherheit und die interdisziplinäre Vorgehensweise. Deshalb haben wir bereits im Jahr 2011 eines solchen Konzepts gefordert.

Aber gleichzeitig wie wir uns freuen über das Konzept befürchten wir, dass es ein Papiertiger werden könnte. Wenn es 7 Jahre gedauert hat, das Sicherheitskonzept zu erarbeiten - wie lange dauert es dann, bis 43 Aktionspläne der 17 strategischen Stossrichtungen umgesetzt sind? Zumal die folgenden Formulierungen ziemlich häufig auftreten: «es wird eine Arbeitsgruppe gebildet», «es wird eine Strategie ausgearbeitet», «Zielgrössen werden noch festgelegt».

Es ist klar, dass wir in diesem Rahmen nicht auf alle möglichen Details eingehen können, aber exemplarisch möchte ich doch ein Detail herauspicken.

Zum Thema Schulwegsicherheit hat sich die Stadt wohl tüchtig verlaufen. Jetzt muss eine externe Firma einspringen und was im DSO jetzt eingespart wird, muss dann das DSS berappen (wobei man überhaupt noch nicht weiss, wie viel das es kostet). Wir haben uns das Balancieren anders vorgestellt.

In eben diesem Aktionsplan, den wir exemplarisch hervorheben (das ist Aktionsplan 2.4.2) stehen aus unserer Sicht etwas haarsträubende Terminvorstellungen drin: Eine Arbeitsgruppe gibt es ab Ende 2018 (gut, die müsste jetzt ja eigentlich gegründet sein), Erhebung der kritischen Übergänge wird 2019 ausgewiesen und die Umsetzung ist dann 2020.

Es ist vielleicht logisch, dass es so lange geht, wenn man dann die geplanten Massnahmen anschaut: 1. Arbeitsgruppe schaffen, 2. Analyse der Übergänge, 3. Identifikation der Übergänge, 4. Massnahmen vorschlagen und dann noch 5. eine Strategie ausarbeiten.

Ich frage mich, ob man das Problem auch als Problem erfassen könnte, anstelle von einem interessanten Projekt auszugehen. Hier und da braucht es keine schönen und interessanten Projekte, in welchen man durch einem Teamfindungsprozess über eine Wohlfühlzone zur partizipativen Lösung kommt, die man mit einem prächtigen Medienauftritt darstellen kann. Manchmal braucht es einfach Lösungen - und zwar besser gestern als erst morgen.

Wir sind froh, dass das Konzept geschrieben worden ist. Aber wir werden genau hinschauen, wann die einzelnen Punkte umgesetzt werden und wie das sie umgesetzt werden.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Die SVP-Fraktion und der Pirat begrüßen das umfassende Sicherheitskonzept, das ursprünglich dank einem Vorstoss der SVP ausgelöst wurde. Lobenswert sind der übersichtliche, stufenweise Aufbau und die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Wichtig ist uns die Messbarkeit der Zielerreichung. Darauf wird unsere Fraktion bei der Umsetzung besonders achten. Bei der Umsetzung der Massnahmen sollte v.a. die objektive Sicherheit im Vordergrund stehen, nicht das subjektive Sicherheitsgefühl.

Sicherheit ist nicht dasselbe wie Ruhestörung. Gerade in einer Grossstadt müssen die Einwohner im Zentrum ein gewisses Mass an Lärm akzeptieren, ganz besonders an den Wochenenden. Da wäre es allenfalls wünschenswert, spezielle Ausgehmeilen oder Gebiete kennzeichnen, wo das Toleranzlevel höher angesetzt wird Jugendliche, die friedlich rumhängen, sind auch kein Problem und sollten auch nicht als ein Problem angeschaut werden. Spontanereignisse wie Spontankundgebungen oder Flashmobs, das sind heute Bestandteile einer modernen Grossstadt. Man kann diese nicht vollständig kontrollieren. Deshalb soll Augenmass angewendet werden. Besonders soll toleriert werden, was keine Schäden und keine übermässigen Emissionen wie Lärm oder Abfall anrichtet.

Sicherheit ist aber eine grundlegende Aufgabe des Staates. Und dabei ist immer abzuwägen zwischen Freiheit und Sicherheit. Mit geeigneten Massnahmen lassen sich die beiden Ziele

aber optimieren. Und so ist es auch zu begrüssen, dass dem Littering nicht nur mit Restriktion begegnet werden soll, sondern eben auch mit Verbesserungen im Abfallmanagement. In dunklen Gassen und Unterführungen erreicht man mehr Sicherheit durch städtebauliche Massnahmen wie mehr Licht und freundliche Farben als mit Überwachung. Gerade im Bereich Videoüberwachung sollten sich die Verantwortlichen an den Erfahrungen aus anderen Städten orientieren, bevor sie unnötig Geld ausgeben. So gibt es z.B. schon eine Studie aus Luzern, auf die Winterthur zugreifen könnte. Wir haben das Thema hier schon einmal gehabt. Verkehrsunfälle kann man nie ganz vermeiden. Der Fokus sollte deshalb v.a. auf Unfälle mit schweren bis hohen Folgen gerichtet werden. Erfreulich ist es, dass in diesem Bereich die Zahlen stabil sind. Bei zunehmendem Verkehr muss man aber auch den motorisierten Individualverkehr beschleunigen. Hindernisse, Stau und stockender Verkehr führen zu Stress und Stress führt zu Unfällen. Neue innovative Verkehrsmittel, wie Segway, Airwheel, Hoverboards oder elektrische Rollbretter sollten so rasch wie möglich unbürokratisch zugelassen werden. Für die Einwohner besonders bedrohlich sind Gewalt- und Vermögensdelikte, hierbei insbesondere Raubüberfälle und Wohnungseinbrüche. Dies ist jeweils ein massiver Eingriff in das Leben der Opfer und kann sich traumatisch auswirken. Entsprechend ist eine weitere Senkung der Anzahl dieser Delikte wünschenswert.

Sicherheitsprobleme gehen meistens mit sozialen Problemen einher. Winterthur hat unter anderem durch seine im Vergleich zu anderen Zentren günstigen Mieten eine gewisse Sogwirkung auf Personen mit Potential zu sozialen Schwierigkeiten bis hin zu Sozialhilfeabhängigkeit. Dies ist Mitursache der relativ hohen Sozialhilfequote in Winterthur. Daher wäre es wichtig, zum Ausgleich den Bau gehobener Wohnungen zu ermöglichen und durch eine konsequente Steuersenkungspolitik sowohl Gutverdiener anzulocken als auch das Gewerbe zu fördern. Dies führt zu neuen Arbeitsplätzen und entschärft damit wiederum soziale Probleme. Nur so können wir einerseits der Wohlstand und andererseits die Sicherheit langfristig gewährleisten.

Jetzt hat es in diesem Konzept so viele verschiedene Sachen und wir möchten das nicht einfach pauschal absegnen. Deshalb haben wir in der Fraktion lange hin und her diskutiert, ob wir das negativ zur Kenntnis nehmen sollen. Wir würden es jedenfalls sicher nicht positiv zur Kenntnis nehmen, sondern wir würden sagen, da hat es noch einige Punkte, bei denen man nacharbeiten muss.

Ein Punkt noch zu den Kosten. Was mir immer auffällt, sehr negativ auffällt, ist: Bei jedem neuen Projekt, das die Stadt macht, gibt es Kosten. Meiner Meinung nach müssen diese Kosten eigentlich durch die allgemeinen Verwaltungskosten bereits abgedeckt sein. Man muss nicht für jedes kleine Projektli, das man macht, noch Kosten zusätzlich ausweisen, sondern man kann die Kosten ausweisen, aber sie bitte einfach im normalen Budget unterbringen.

R. Dürr (Grüne/AL): Wir finden es schon ein bisschen anmassend, dass man jetzt hier einfach erzählt, dass sozial Schwache per se einfach schon mal kriminelle Neigungen hätten. Ich glaube, gerade wenn es um Vermögensdelikte geht, sind es wahrscheinlich die gut Situierten und Firmen, die eher Geld auf die Seite schaufeln als sozial Schwache.

Zum Sicherheitskonzept: Bea Helbling hat schon sehr viel gesagt. Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich für das Sicherheitskonzept. Es kam spät, es kam sehr spät. Es wurde auch schon erwähnt: Es gab sicher Verzögerung aufgrund von personellen Ressourcen bei der Stadtpolizei. Das war sicher ein Problem. Uns bleibt eigentlich nur noch, uns zu bedanken, denn es ist eine Kenntnisnahme. Wir nehmen das Sicherheitskonzept so zur Kenntnis, wie es vorliegt. Und puncto Überprüfung: Wir haben es in der Kommission in der Hand, es regelmässig immer wieder ansprechen zu können, dass man uns auch Bericht erstattet.

D. Schneider (FDP): Wenn man sich überlegt, dass vor 100 Jahren noch 1% der Bahnangestellten jährlich umkamen – man muss sich das mal vorstellen! - dann leben wir heute in einer äusserst sicheren Gesellschaft. Wenn das Sicherheitskonzept nicht bestehen würde, würde ich es jetzt nicht vermissen. Aber das Sicherheitskonzept wurde verlangt. Es kam spät (das haben wir schon gehört), es war teuer, aber ich finde, es ist ein gutes Konzept, in dem es

sehr viele Feststellungen gibt. Was wir auch ein bisschen bemängeln, ist die Timeline. Die zeitlichen Ziele, was Martin auch gesagt hat, bis wann ist was gemacht.

Ich finde das mit den Aktionsplänen interessant und gut, es ist für mich sogar ein Musterkonzept, wie man Konzepte machen kann, die griffig sind, an denen man einhaken kann, nachgehen und sie überprüfen - ich finde es wirklich ein gutes Konzept. Mit diesen vier Hauptstossrichtungen, die schon verschiedentlich erwähnt wurden, man kann sich das vorstellen, man bekommt ein Bild über den Ansatz. Der Fokus, wenn man das Konzept liest ist schon: Es gibt Rückschlüsse auf das Personal. Mir ist auch klargeworden, was das heisst für das Personal, für die Polizei, was müssen diese Leute können. Verkehrspolizisten braucht es nicht mehr, da ist niemand auf der Strasse und hofft, dass er am Abend überlebt auf der Kreuzung... Es braucht andere Kompetenzen. Und das habe ich doch etwas vermisst hier: Was hat das für die Personalrekrutierung und auf die veränderten Anforderungen an das Personal in dieser heutigen Gesellschaft für Auswirkungen? Das wäre noch spannend gewesen, wenn man da etwas gehört hätte. Wie werden heute Personen rekrutiert, die diese Anforderungen, die heute an sie gestellt werden, auch erfüllen können?

Ich danke für die Arbeit, wir nehmen das Konzept wohlwollend und dankend entgegen.

S. Müller (EVP): Hinter dem neuen Sicherheitskonzept steckt wirklich viel Arbeit und es ging lange, das haben wir gehört. Aber die EVP möchte sich herzlich bedanken für die Arbeit, die geleistet wurde, beim DSU, der Stadtpolizei und allen Involvierten.

Aus unserer Sicht ist das ein Effort, der sich ebenfalls auszahlen wird. Taucht man dann wirklich einmal in die Aktionspläne ein, dann sieht man auch, dass es wirklich auch messbare Ziele hat. Und diese dienen der Transparenz und zeigen unserer Meinung nach wirklich auf gute Art und Weise, wie die Philosophie aussieht, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Partnerorganisationen. Ganz konkret und nachvollziehbar.

Zwei Themen möchte ich ganz kurz herausgreifen. Das eine «Häusliche Gewalt», es ist schon kurz angetönt worden. Besonders wichtig und loblich finden wir die Strategie bezüglich Prävention und Reduzierung von häuslicher Gewalt. Und wir sind überzeugt, dass durch die Fachgruppe Häusliche Gewalt ein wesentlicher Beitrag geleistet wird, um die Sicherheit gerade auch in diesem privatesten Raum zu erhöhen.

Das zweite, das ich hinausgreifen möchte, sind diese Lupenräume. Ein besonderes Augenmerk werden wir als EVP-Fraktion weiterhin auf die Sicherheitslage in den sogenannten Lupenräumen haben. Im Sicherheitskonzept wird dieser Problematik mit präventiven und repressiven Massnahmen begegnet. Aus polizeilicher Sicht ist das gut und auch genug, aber um diese Brennpunkte auch nachhaltig zu verhindern oder mindestens zu entschärfen, ist neben repressiven und präventiven Massnahmen v.a. auch immer wieder der Rat hier drinnen gefragt, nämlich der politische Wille. Als EVP werden wir auch zukünftig unseren Beitrag dazu leisten, um die objektive Sicherheit und eben auch das subjektive Sicherheitsempfinden, gerade in diesen Lupenräumen von Winterthur, zu ermöglichen, zu bewahren und wo nötig wirklich auch zu steigern.

In dem Sinne danke vielmals für das Sicherheitskonzept. Wir nehmen den Bericht wohlwollend zur Kenntnis.

A. Geering (CVP/EDU): Ich verlese das Votum der heute abwesenden Renata Lüchinger: Was lange währt, wird endlich gut! Die CVP/EDU-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für das vorliegende Sicherheitskonzept. Das Resultat einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Schwerpunkt «Zusammenhalt und Lebensqualität» der letzten Legislatur kommt in Form und Inhalt ansprechend daher. Winterthur wurde bisher als sicherste Grossstadt der Schweiz gehandelt - das erzeugt hohe Erwartungen, die es einzuhalten gilt.

Das Konzept ist gut, die Umsetzung der 52 Aktionspläne erfolgt nun, in der neuen Legislatur. Diese Massnahme hat sich der Stadtrat im Legislaturprogramm der nächsten vier Jahre als Auftrag aufgegeben. Wir begrüssen dabei die Schaffung des systematischen Controllingsystems.

Die CVP/EDU-Fraktion teilt die Community-Policing-Philosophie, so wie sie im Sicherheitskonzept dargelegt wird. Die Sicherheit unserer Stadt kann nur durch die Zusammenarbeit zwischen Polizei und ihren Partnern wirksam gesteuert werden.

Als Beispiel möchten wir das Littering nennen. Da ist die Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei sehr wertvoll. Im Lehrplan 21 ist der Umgang mit der Umwelt als Unterrichtsthema neu verankert. Ernüchternd ist aber: Was in der Schule gelernt wird und dort grösstenteils funktioniert, das funktioniert nicht mehr selbstverständlich nach der Schule. Da sind wir alle gefordert, gute Vorbilder zu sein. Umso mehr ist auch die präventive Arbeit in den Lupenräumen in den Quartieren von grosser Wichtigkeit. Auch da ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Polizei, Schule und Sozialarbeit gefordert.

Wir begrüssen es, dass die Stadt bei der Sicherheit einen Schwerpunkt auf den Extremismus legt. Winterthur, als sechstgrösste Stadt der Schweiz, steht in dieser Angelegenheit im Fokus und könnte bei der Prävention eine Vorreiterrolle einnehmen.

Die Stadtpolizei beurteilt die öffentliche Ordnung in Winterthur als «stadtverträglich», wobei die Altstadt immerhin als Brennpunkt dargestellt wird. Die Arbeitsbelastung unserer Stadtpolizei hingegen steigt kontinuierlich an und kann deshalb aus unserer Sicht nicht als «stadtverträglich» abgetan werden. An dieser Stelle bedankt sich die CVP/EDU-Fraktion ausdrücklich bei der Stadtpolizei für ihren täglichen Einsatz zum Schutz der Bevölkerung Winterthurs.

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung war im 2015 bedeutend besser als im 2011. Wir sind nun Anfang 2019, und eine aktuelle Erhebung mit neuen Zahlen könnte Aufschluss darüber geben, ob Winterthur als Wohnstadt betreffend Sicherheitspolitik immer noch auf dem richtigen Weg ist.

Damit nimmt die CVP/EDU-Fraktion das Sicherheitskonzept wohlwollend und dankend zur Kenntnis.

M. Reinhard (SVP): Gerne ergänze ich die Ausführungen meines Fraktionskollegen Marc Wäckerlin zum vorliegenden Sicherheitskonzept. Ich nehme es vorneweg: Die SVP nimmt das Sicherheitskonzept ablehnend zur Kenntnis.

Ein Konzept alleine macht keine Sicherheit und erhöht keine Sicherheit. Stellenweise bekommt man aber beim Lesen dieses Dokumentes genau diesen Eindruck. Das Gegenteil ist aber der Fall, die Sicherheit kann und muss durch konkrete Massnahmen gewährleistet werden. Auffallend sind die streckenweisen Behauptungen und Annahmen zur Sicherheitslage und zu konkreten Fragestellungen, die durch keinerlei statistische Zahlen erhärtet sind, sondern auf Eindrücken basieren. Das ist für unsere Fraktion keine saubere Grundlage und basierend auf derartigen, nicht existenten Fakten können auch keine zielführenden Massnahmen abgeleitet werden.

Beim Thema der Verkehrssicherheit hält der Bericht fest, dass trotz aller Massnahmen zur Vergrämung der Autofahrer und zur Verdrängung des motorisierten Individualverkehrs dieser weiter zunehmen wird. Die logische Folge aus Sicht des Stadtrates – und das ist sehr stossend – ist einmal mehr, dass gegen den motorisierten Individualverkehr vorgegangen wird. Da wird politisch und ideologisch motiviert unter dem Deckmantel von Verkehrssicherheit. Und unter dem Deckmantel dieses hehren Ziels der Senkung der Personenschäden im Strassenverkehr wird versucht, den MIV weiter zu verdrängen und das Autofahren zu verleiden. Natürlich dürfen dann da auch Massnahmen wie mehr Blitzkästen, mehr Verkehrskontrollen und noch mehr Temporeduktionen nicht fehlen. All dies trotz der genannten Tatsache, dass gerade die Unfälle mit Velobeteiligung seit 2012 um 50% zugenommen haben. Da wären aus neutraler Sicht durchaus andere Schlüsse und Massnahmen zulässig. Wir sehen die geplanten, einseitig gegen die Autofahrer gerichteten Massnahmen sehr kritisch und werden uns wo immer möglich dagegen einsetzen.

In der Analyse der Sicherheitslage ist eine überzogene positive Darstellung in diesem Bericht enthalten, was die Sicherheitsprobleme an Grossveranstaltungen betrifft. Das darf man wohl deutlich als blauäugig bezeichnen. Nur weil, wie im Bericht explizit erwähnt ist, noch nie eine Massenpanik vorgekommen ist, erlaubt das sicherlich keinen Rückschluss darauf, dass Grossveranstaltungen in Winterthur per se sicher sind. Es ist lediglich Glück, dass wir vor solchen Ereignissen verschont geblieben sind. Was die Sicherheit an Grossanlässen betrifft, da

steht Winterthur aus meiner Sicht im Vergleich mit anderen Städten weit ab vom Schuss - und dabei spreche ich ganz speziell ernsthafte Risikoanalysen und daraus abgeleitete Massnahmen an, auch wenn diese unpopulär sind und auch für den Veranstalter des Anlasses allenfalls ärgerlich sind. Auch was tragfähige Sicherheits- und Einsatzkonzepte sowie die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Behörden bei solchen Grossveranstaltungen angeht, weist Winterthur Potential auf.

In den definierten Lupenräumen will man eine Vielzahl von neuen Massnahmen wie mehr Räumlichkeiten für Quartiere, Angebote für die Jugendarbeit und dergleichen mehr realisieren. Wir vermissen hingegen den Teil der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, wenn es sein muss, auch mit repressiven Massnahmen, und einfach das Durchsetzen unserer Rechtsordnung.

Bei den Kennzahlen und Messgrössen in den strategischen Zielen 1 – 4 ist zudem auffallend, dass für mehr als die Hälfte dieser Kennzahlen die Messgrössen nicht oder nur sehr schwammig definiert sind. Das ist keine Basis für weitere Massnahmen, da die Wirksamkeit in der Folge gar nicht beurteilt werden kann - oder aber Tür und Tor zu willkürlichen Aussagen zu jeglichem wünschenswerten Erfolg geöffnet wird.

Die SVP-Fraktion ist gespannt auf die konkreten Massnahmen und deren Umsetzung und wird sie sehr genau beobachten und den Stadtrat daran messen. Wie ausgeführt sind wir mit Qualität und Tiefe des Konzeptes sowie mit einigen relevanten Schlussfolgerungen und Massnahmen nicht einverstanden und nehmen daher das Konzept ablehnend zur Kenntnis.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Nur kurz, wenn man mich schon direkt angreift, sage ich gerne etwas dazu. Liebe Renate, Du wirst später im Protokoll lesen können, dass Du mir offensichtlich nicht richtig zugehört hast. Ich bitte Dich, doch in Zukunft zuerst zuzuhören und dann etwas zu sagen. Was ich gesagt habe zur Korrelation zwischen sozialer Schicht und Kriminalität: Wenn Du danach googelst, findest Du sehr viele Studien, die eben genau das belegen. Ich bemühe mich eigentlich immer, wenn ich etwas sage, auf Fakten zu basieren.

Stadträtin B. Günthard: Besten Dank, dass Sie sich Zeit nehmen, um dieses Geschäft zu beraten und zu diskutieren. Differenziert, konstruktiv, teilweise auch kritisch - obwohl Sie das Sicherheitskonzept ja nicht beschliessen oder beschliessen können, sondern nur zur Kenntnis nehmen, mit Ihren jeweiligen Wertungen.

Es freut mich, dass ich von verschiedenen Parteien (von der SP und dem Piraten explizit) gehört habe, dass sie anerkennen, dass Sicherheit wichtig sei für eine Grossstadt wie Winterthur. Das freut mich natürlich. Und genau deshalb, weil wir Sicherheit schaffen wollen, gibt es ja auch dieses Sicherheitskonzept.

Ich möchte gerne nochmals auf drei Ziele dieses Konzeptes abschliessend hinweisen und dann noch auf zwei Dinge, die mir bei der Umsetzung wichtig sind. Ich glaube wirklich, das Sicherheitskonzept muss dem Ziel dienen, dass wir mehr Sicherheit schaffen. Das Sicherheitskonzept soll also Wirkung zeigen, es soll praxistauglich sein und es soll (und ist es auch) wirklich spezifisch auf Winterthur zugeschnitten sein. Das ist das Erste und Wichtigste für mich.

Dann, was v.a. die SP und die GLP auch betont haben, ist der umfassende, der interdisziplinäre, der gesamtheitliche Ansatz. Auch das ist mir und uns ganz wichtig, dass wir uns bewusst sind: Sicherheit ja, wird auch von der Polizei, den Blaulichtern geschaffen, aber eben nicht nur. Sondern wenn wir den Ansatz des Community-Policing nehmen, dann sagen wir, alle Verwaltungseinheiten tragen zusammen mit der Polizei zu dieser Sicherheit bei. Und da sieht man mehrere exemplarische Beispiele, die Sie erwähnt haben (DAS und Extremismus erwähnte glaube ich Bea).

Und das Dritte, auch das ist wichtig: Wir wissen alle, Winterthur ist nicht auf finanziellen Rosen gebettet. Das Sicherheitskonzept soll auch dazu dienen, dass wir den Sicherheitsfranken richtig, am richtigen Ort und wirkungsvoll einsetzen.

Dann habe ich gesagt, zwei Sachen sind mir wichtig in der Umsetzung: Von der GLP und der CVP, auch von der SVP kam ein solches Votum – ein Konzept ist wichtig. Es ist wichtig, dass man sich überlegt, was notwendig ist, was wichtig ist und wo man die Prioritäten setzt. Aber

es ist selbstverständlich nur so viel wert, wie es nachher auch umgesetzt wird. Und entsprechend gehe ich mit der CVP einig: Es ist wichtig, dass es das Controlling gibt, es ist wichtig, dass in der Kommission immer wieder nachgefragt wird, dass Sie auch begleitend mit dabei bleiben - und insofern freut es mich besonders (das ist das 2., das mir gefällt bei der Umsetzung), dass wir jetzt den stadträtlichen Ausschuss Sicherheit haben. Das zeigt, dass Sicherheit dem ganzen Stadtrat wichtig ist, dass das uns alle etwas angeht und dass wir diesen Beratungsausschuss in der Verwaltung auf operativer Ebene haben, in dem wir ebenfalls vernetzt arbeiten.

Wenn David Schneider sagt, es sei für ihn schon ein Musterkonzept, wie man so etwas angehen könnte, dann bedanke ich mich dafür. Es ist natürlich so, es verpflichtet uns, dass wir wirklich auch umsetzen, dass wir Ergebnisse zeigen – dessen bin ich mir bewusst.

Abschliessend bedanke ich mich für die verschiedenen Dankeschön der SP, der EVP und glaube ich auch CVP auch in die Verwaltungseinheiten, an den Kommandanten, an die Polizei, die dranbleibt. Das gebe ich sehr gerne weiter.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben wir das Sicherheitskonzept zur Kenntnis genommen.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2018.37: Monitoring und Controlling 2012 – 2016 zum Massnahmenplan Energiekonzept 2050

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 3. Sämi Müller wird uns das Monitoring und Controlling 2012 – 2016 zum Massnahmenplan Energiekonzept 2050 vorstellen.

S. Müller (SSK): Das Monitoring und Controlling zum Massnahmenplan Energiekonzept 2050 figuriert schon ein bisschen länger auf der Traktandenliste, deshalb entschuldige ich mich für das falsche Datum in der Präsentation (dann war es u.a. auch einmal auf der Liste). Heute ist es so weit, ich darf das vorstellen. Und zwar habe ich diese Folie als Start genommen: Da sehen wir die Basis des Ganzen, das ist der Gegenvorschlag, der vom Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat und nachher mit 64% der Stimmen angenommen wurde – und damit gilt der behördenverbindliche Beschluss für die klimapolitischen Ziele.

Ich werde einen kleinen Grundlagenüberblick zu Beginn machen; dann etwas sagen zum Monitoring, ein Fazit dazu; zum Controlling und auch ein Fazit; und einen kleinen Ausblick.

Da sehen wir es nochmals: Im Gegenvorschlag ist dann auch ersichtlich, wie die Ziele dann aussehen. Es ist der behördenverbindliche Beschluss, wir sprechen da nicht von nice to have – das ist eine andere Kategorie.

Der Bericht ist alle 4 Jahre da im Gemeinderat zu präsentieren. Es kommt ein bisschen spät dazu, darauf komme ich später noch zurück. Es wurden Massnahmen in 5 Bereichen definiert: Im Bereich Siedlung und Gebäude, Energieträger und Energieversorgung, Mobilität, Kommunikation und Kooperation, Stadtverwaltung.

Die Ziele sieht man da etwas besser. Ziele bis 2050:

- Primärenergie: 2'000 Watt pro Person
- Treibhausgasemissionen: 2 Tonnen CO₂-Ausstoss pro Person und Jahr, anschliessend weitere Reduktion bis auf 1 Tonne
- Verzicht auf Bezug von Kernenergie total.

Dann gibt es auch noch Zwischenziele, die könnt Ihr selber lesen. Ich möchte zu dieser Folie sagen: So ganz aktuell ist diese nicht mehr. Im Pariser Abkommen sind neue Zielwerte definiert worden. Die anwesenden Staaten dort haben definiert, dass der Temperaturanstieg weltweit unter 2°C gehalten werden muss. Und dazu sind auch weitere Anstrengungen zu unternehmen, um diesen sogar bis 1.5°C zu begrenzen. Und um das zu erreichen, sind ein

wichtiger Teil die Emissionen. Diese müssen so schnell wie möglich eigentlich auf Null hinuntergehen. Also unser Ziel 1 Tonne ist da schon ein bisschen hintennach. Ich komme am Schluss nochmals darauf zurück.

Ein ganz kleiner Exkurs: Was ist eigentlich Primärenergie? Mit Primärenergie sind ursprünglich vorkommende Energieformen gemeint, z.B. Erdöl, Uran, usw. Und der Verbrauch dieser Energieform wird dann umgerechnet in Watt. Da ein kleiner Vergleich mit dem Herz, wie viel Watt das in etwa braucht (meines braucht vielleicht jetzt gerade mehr, andere gerade weniger...). Wenn man da noch etwas über den Tellerrand hinausschaut, ist beim Stichwort «2'000-Watt-Gesellschaft» einfach Umwelt- und Klimaverträglichkeit gemeint. Energieversorgung langfristig sicherstellen, gerechte Verteilung der Ressourcen. Und wenn man über den Tellerrand schaut, dann sind wir in Europa bei ca. 6'000 Watt pro Person, an der Spitze die USA mit 12'000 Watt – Bangladesch 500 Watt pro Person.

Zum Monitoring: Eine Leitfrage dazu: «Ist Winterthur auf dem Weg, der mit den Absenkpfeilen vereinbar ist und vorgegeben wird?» Es geht um die Wirkungskontrolle und auch da hat es gewisse Indikatoren, die könnt Ihr selber lesen, zur Primärenergie, Treibhausgasemissionen, Atomstrom-Anteil. Alle 4 Jahre der Bericht hier und die Ergebnisse dieses Monitorings fliessen u.a. auch ein in den Umweltbericht Energie und Klima, entspricht die nachhaltige Entwicklung in diesen Zielbereichen, dem Energieverbrauch und der Energiequalität, dem Klima. Zum Primärenergieverbrauch: Da sehen wir diesen Absenkpfad. Verbrauch 2016 liegt bei 3'500 Watt, das Zwischenziel bis 2020 ist somit eigentlich erreicht (das wären 4'800 Watt gewesen). Und auch das andere Zwischenziel bis 2035 (3'400 Watt) ist so knapp erreicht. Da kann man sagen, man ist eigentlich auf Erfolgskurs, das könnte man meinen. Es gilt aber dabei zu beachten, das ist wohl allgemein bekannt, dass verschiedene Messmethoden angewendet wurden. Und es ist eigentlich auch davon auszugehen, deshalb habe ich auch die anderen Punkte aufgenommen, dass wenn man mit dem präziseren, hochauflösenden Modell den Wert der Vorjahre berechnet, dass dann die Sache wieder ein bisschen anders aussieht. Und zum Energiekonsum: Der Endenergiekonsum zeigt, welcher Strom bezogen wird. Beachtet man diesen Wert im Vergleich mit dem Gesamtwert, dem Primärenergieverbrauch (also wie viel Energie benötigt wird, um Strom herzustellen), dann fällt auf, dass dieser zwar ebenfalls zurückging, aber nicht ganz so stark wie der Primärenergiewert. Und einer der Hauptgründe liegt darin, dass mit der Einführung des kernenergiefreien Stromangebot 2013 weniger Atomstrom bezogen wurde. Und Atomstrom braucht definitiv mehr Primärenergie. Und was an dieser Stelle auch noch zu erwähnen ist: Es ist nicht ganz klar, wie sich die Liberalisierung des Strommarktes auf diese Sache auswirkt. Es ist sehr zu befürchten, dass dann Herr und Frau Schweizer beim Endverbrauch halt nur auf den Preis schauen. Und da haben wir auch ein Beispiel von der Budgetdebatte, wie das dann läuft. Und dann wird es sehr schwierig mit diesen Zielerreichungen, denn das wirkt sich erheblich aus. Der Anteil Kernenergie ist da als maximaler Anteil aufgeführt. Und das ist deshalb, weil man nicht ganz genau definieren kann, wie viel Strom wirklich aus diesen Quellen bezogen wurde. Was man aber sagen kann, ist dass ca. 70% des bezogenen Stroms in Winterthur aus erneuerbaren Quellen stammt und ca. 10% aus der Kehrichtverwertungsanlage. Und dann bleibt der 20%-Wert, definiert als maximaler Anteil.

Bei den Treibhausgasemissionen sieht es ein bisschen anders aus. Sie sind zwar von 5.4 Tonnen auf 4.9 gesunken, aber seit 2012 verändert sich dieser Wert eigentlich kaum. Und da besteht wirklich zusätzlicher Handlungsbedarf und grosses Potential. Es ist auch schon vorher in anderen Diskussionen in anderem Zusammenhang angetönt worden: Beim Bereich Mobilität ist eigentlich das grösste Potential, um die Absenkpfade weiterhin einhalten zu können und die Ziele der 2'000-Watt-Gesellschaft erreichen zu können.

Zwei Bemerkungen noch zu dieser Folie (nehmen wir eine, dann kürzen wir etwas ab): Die Methodik mit den Treibhausgasemissionen, da muss dazu gesagt werden, dass alle diese Effekte im Zusammenhang mit Konsum und unserer Ernährung, die sind hier drin nicht enthalten. Das ist logisch nachvollziehbar. Die meisten Produkte, die wir konsumieren, werden nicht in Winterthur hergestellt, zu einem grossen Teil auch nicht in der Schweiz. Wenn man das alles dazurechnen würde, dann wäre der sogenannte «Pro-Kopf-CO₂-Ausstoss» erheblich höher, eigentlich ca. 4 Tonnen höher pro Kopf, das gäbe dann eine ganz andere Bilanz hier.

Fazit Monitoring: Das sind die Sachen, die ich schon gesagt habe.

Ich komme zum Controlling. Da ist eigentlich die Leitfrage: «Wie ist der Umsetzungsstand der geplanten Massnahmen?» Und da geht es mit Priorisierung und Skalierung, das seht Ihr hier. Priorität 0 ist bestehend oder in Umsetzung, Priorität 2 ist dann Umsetzung frühestens ab 2018 oder noch später.

Dasselbe bei der Skalierung. Das geht von «Umsetzung ist abgeschlossen, gut so» bis zu tiefrot «Umsetzung ist fragwürdig oder gar nicht möglich».

Wie eingangs erwähnt ist die ganze Sache in 5 Bereiche gegliedert und ich werde zu jedem dieser 5 Bereiche kurz sagen, wie der Stand ist – zusammengefasst und vielleicht 1-2 herausgreifen.

A - Siedlung und Gebäude: 6 Massnahmen sind auf Kurs, 1 realisiert, 3 sind auf Priorität 2 (Umsetzung frühestens 2018/19+). Wenn wir A10 herausgreifen «Sanierungspflicht für Hauseigentümer». Das ist politisch nicht ganz so mehrheitsfähig hier in Winterthur, wir setzen eher auf Anreize als auf Vorschriften. Wir haben also bedingt Einfluss auf das. Aber wenn wir A4 anschauen und A6, dann haben wir wieder etwas Spielraum (Vorgaben in Planungs- und Baubewilligungsverfahren oder A6 Fortführung Förderprogramm Fassade und Heizung).

B – Energieträger und Energieversorgung: Da sind 4 Massnahmen auf Kurs, 1 realisiert, 1 sistiert, 1 zeitliche Verzögerung, 1 blockiert. Da greife ich B2 heraus. Es ist uns allen bekannt, weshalb das hier tiefrot ist: Aquifer Neuwiesen. Dabei gilt es zu sagen, dass das bei weitem den grössten Effekt hätte auf Treibhausgasemission und allgemein die Zielerreichungen, die man da gesetzt hat. Der grösste Nutzen wäre damit zu holen, der grösste Effekt – und er ist tiefrot.

C - Mobilität: Da sind 2 Massnahmen auf Kurs (C3 und C6), 1 realisiert, 1 hat Hürden (C5). Zum C5: Schwierigkeiten haben wir dort, das sind Massnahmen aus dem städtischen Gesamtkonzept. Wichtige Massnahmen (ein paar Stichworte: Masterplan Stadtraum Bahnhof, Regionale Verkehrssteuerung, Querung Grüze, Ausbau Velonetz und verschiedene andere Projekte), die verzögert sind, Engpässe haben. Alles in allem kann man immer wieder zusammenfassen: Der Grund sind personelle und finanzielle Ressourcen, die fehlen. Hürden gibt es natürlich auch bei den politischen Differenzen, das kennen wir gut hier drinnen (Stichwort: PPVO).

D - Kommunikation und Kooperation: Ein bisschen befriedigender. 4 Massnahmen auf Kurs (D2, D3, D5, D7). D1 und D4, diese beiden Massnahmen sind u.a. auch aufgrund von personellen und finanziellen Engpässen auf Priorität 2 gesetzt worden (Umsetzung verschoben).

E - Stadtverwaltung: 6 von 13 Massnahmen auf Kurs, bei 3 Massnahmen zeigen sich Hürden (wieder dieselbe Begründung), 3 Massnahmen stehen auf Priorität 2 (auch wieder aus den Gründen personelle/finanzielle Ressourcen oder Mangel an politischer Akzeptanz).

Fazit Controlling: Grundsätzlich sind einige Massnahmen weitgehend auf Kurs. Häufig gibt es zeitliche Verzögerungen (aus den genannten Gründen) und es sind z.T. auch Anpassungen aufgrund der neuen Rahmenbedingungen erforderlich. Ich habe da eine Folie, die die wesentlichen Punkte nochmals herausgreift zum Fazit Controlling. Da ist das B2 (Aquifer) auch wieder darauf. Und die anderen, die da wirklich einen grossen Effekt hätten, aber mässig auf Kurs sind. Ich fasse das ziemlich zusammen, ich habe da viel mehr notiert.

Ich komme nochmals zum Ausblick (mit dieser Folie möchte ich schliessen): Ich habe das erwähnt mit dem Pariser Klimaabkommen. Da hinken wir eigentlich bereits hintennach mit diesem Konzept, das wir da haben, das wir heute zur Kenntnis nehmen. Es ist schon die Frage: Da müsste es bis 2050 auf 0 Tonnen sein – wie gehen wir da weiter? Wie machen wir das? Braucht es da einen neuen Volksentscheid? Welchen Weg gibt es da noch?

Da müsste geklärt werden. Das ist etwas, das wir sicher hier drinnen diskutieren müssen.

Die anderen Dinge lasse ich mal weg aus zeitlichen Gründen.

Ich bitte um Kenntnisnahme des Berichtes und hänge gleich noch mein Votum der EVP an.

S. Müller (EVP): Als ich den ganzen Bericht studiert habe, kam mir das Motto aus meiner Jugendzeit in den Sinn (Ihr denkt nun vielleicht, das passt nicht): «Wer später bremst, ist länger schnell.» Ich habe dann auch u.a. Töfflis frisiert (das ist nicht das Einzige gewesen, bei dem

ich dieses Motto angewendet habe), aber ja, dieses Motto kam mir in den Sinn, als ich diesen Bericht gelesen und studiert habe. «Wer später bremst, ist länger schnell.»

Irgendwann wird man dann ein bisschen vifer, ein bisschen älter, und dann weiss man, dass wenn das Bremslicht vorne rot leuchtet, dann sollte man auf die Bremse, sonst knallt es. Das musste ich auch erfahren... Aber ich denke definitiv in diesem Zusammenhang hier, da passt dieses Motto einfach nicht mehr. Ich glaube, wir sind alle ein bisschen vifer geworden, und es ist so, dass heute genügend von unseren nachfolgenden Generationen auf die Strasse müssen, weil sie uns einfach nicht mehr ganz ernst nehmen. Und wir als EVP wollen uns da wirklich dafür einsetzen, dass das ganze Monitoring und Controlling nicht nur einfach ein Papiertiger bleibt, sondern dass wirklich auch aufgrund dieser Basis Entscheidungen getroffen werden. Hier drinnen, und das darf auch kosten und muss auch kosten.

Und in diesem Sinn nehmen wir diesen Bericht sehr wohlwollend entgegen und danken dem UGS herzlich für den ganzen Aufwand, der gemacht wird. Und auch dort sind die Ressourcen personell sehr knapp, das sehen wir an den Verzögerungen dieser Berichte. Aber sie gehen trotzdem motiviert daran und dafür danken wir herzlich.

D. Schneider (FDP): Es ist ein Volkswillen, den wir da haben. Ich denke, das Monitoring ist richtig, auch die Wendung. Es ist immer noch die grosse Frage, wie man das macht, was ist dann. Die ganze 2'000-Watt-Gesellschaft, das ist auch eine umstrittene Sache. Das ist ein Wunschdenken. Wie es mit der IT-Entwicklung ist, mit der E-Mobilität – das weiss niemand genau und das hilft nicht.

Das Ambivalente an dieser ganzen Thematik merkt man an diesen Jugend-Demos: Die Jugendlichen gehen auf die Strasse, demonstrieren gegen Klimaerwärmung und alles – und gleichzeitig fliegen sie mit dem Flugzeug in die Ferien und machen irgendwas... Das ist alles irgendwo nicht konsistent. Das Thema wird auch sehr emotional geführt.

Vielleicht ein Punkt, der mich auf der anderen Seite positiv angesprochen hat: Ich habe einen Brief bekommen (Ihr wahrscheinlich auch) von der Energiefachstelle. Die machen quasi gratis eine Beratung für alle, die eine Ölheizung haben. Ich habe im ersten Moment gedacht, die hätten zu viele Stellen dort, dass sie einen anschreiben und eine Beratung machen wollen (da kam der FDP-Reflex), aber es zeigte mir auch, es ist irgendwo eine Bemühung da, dort noch etwas umzusetzen auf einer tiefen Ebene. Und ich habe jetzt das Angebot der Energiefachstelle in Anspruch genommen, ich finde das gut. Ich heize mit Öl, ich heize billig – aber ich bin ja auch ambivalent. Ich finde, es ist doch günstiger, so zu heizen – aber gleichzeitig sehe ich auch, dass wir auf ein Problem hinlaufen.

Und die Eigenverantwortung ist da vielleicht noch ein guter Ansatz, auch für mich. Ölheizung oder nicht Ölheizung, das finde ich eine gute Frage. Was für Strom gibt es, wie viel zahle ich, wie fahre ich mit dem Auto umher... Für uns Gemeinderäte fängt es im Grunde genommen dort an. Und wird etwas gemacht (ich denke da an das Telefon mit der Energiefachstelle), weiss ich nicht genau, was ich denken soll: Haben die jetzt zu viel Stellen dort auf diesem Amt oder ist es wirklich eine Massnahme, die letztlich auch einen Beitrag leistet, dass wir diesen Zielen auch entsprechen können, die das Volk gefordert hat?

R. Dürr (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL nimmt diesen Bericht wohlwollend zur Kenntnis. Wohlwollend aber nur insofern, dass wir der Fachstelle Umwelt- und Gesundheitsschutz diesen Bericht verdanken. Er ist sehr umfangreich. Auch dieser Bericht ist zu spät, er ist viel zu spät.

Zum Inhalt des Berichtes: Das ist natürlich nicht so wohlwollend. Man sieht, es gibt überall Verzögerungen. David Schneider sagte es: Es ist der Volkswillen mit dem Energiekonzept 2050, man hat abgestimmt darüber. Und so, wie es jetzt aussieht in diesem Bericht, werden wir diese Ziele so nicht erreichen. Es zeigt aber auch klar, dass es eigentlich wirklich noch sehr, sehr viel zu tun gibt für die Stadt Winterthur.

Und da ist vielleicht auch die bürgerliche Seite gefordert, nicht immer dort zu sparen. Man hat es in der letzten Budgetdebatte wieder gesehen: Von Stellen kürzen bis zu Fachstellen abschaffen wurde alles gefordert. Wir haben einen Volkswillen – und das ist Euch ja eigentlich auch immer sehr wichtig. Also setzen wir den doch jetzt um, schaffen wir diese Stellen, und

dann schauen wir, dass wir diese Klimaziele erreichen, die uns vorgegeben sind. Nichtsdestotrotz nochmals herzlichen Dank Josef Hunkeler und – sofern er noch gehabt hat – seinem Team als Unterstützung, der uns in diesem Bericht auch schonungslos aufzeigt, wo die Baustellen sind.

F. Landolt (SP): Es ist ja wirklich ein grosses Thema, das da angesprochen wird, und das macht es auch schwierig, über dieses Thema zu sprechen. Auch David sagte es: Konsistenz darin zu finden, das ist problematisch.

Wir können als Winterthur natürlich nur einen ganz kleinen, einen verschwindenden Teil leisten an die Bestrebungen, den Energiekonsum und die CO₂-Emissionen einzuschränken. Dafür gab es diesen Energieplan, und er übernimmt die Ziele der 2'000-Watt-Gesellschaft. Und da muss ich vielleicht noch etwas dazu sagen: Die 2'000-Watt-Gesellschaft wurde in den 90er Jahren entwickelt von ETH-Professoren. Diese gestehen jeder Person einen Dauerenergieverbrauch von 2'000 Watt zu und Emissionen von 1 Tonne CO₂ pro Jahr pro Kopf, um quasi die Nachhaltigkeit zu gewährleisten und um die Ressourcen zu schonen. Und zwar in Bezug auf Wohnen (was wir gesehen haben), auf Mobilität (was wir auch gesehen haben), aber natürlich auch in Bezug auf Konsum und Landwirtschaft. Und das muss man doch sehen, ich komme nachher noch kurz darauf zurück, das ist doch auch ein sehr wichtiger Punkt und auch ein problematischer.

Wir anerkennen aber – und wir nehmen den Bericht dankend entgegen – dass der Stadtrat Anstrengungen unternimmt und gewisse Erfolge auch vorweisen kann. Erfolgreich war sicher auch die Umstellung des Stromstandards (das war eine hoheitliche Geschichte). Der Ausbau von Quartierwärmeverbänden (wobei man auch dort sehen muss: Mit Aquifer gab es dann auch einen anderen Entscheid), die Erhöhung der eigenen erneuerbaren Stromproduktion und die Energieberatung sind sicher auch Erfolgsmodelle.

Jetzt möchte ich aber an dieser Stelle die Bemessungsmethode ansprechen in Zusammenhang damit, wie es überhaupt bilanziert wird. Es wird bilanziert gemäss dem Territorialprinzip. Territorialprinzip heisst, alles, was auf dem Gemeindegebiet von Winterthur CO₂ emittiert oder eben Energie braucht, wird da bilanziert. Und wir haben gesehen, die Kurven gehen in die richtige Richtung. Aber alles, was ausserhalb des Gemeindegebiets ist, wird gar nicht bilanziert. Also z.B. die importierten Nahrungsmittel oder Konsumgüter oder Flugreisen (die sind z.T. enthalten), oder eine Reise auf Genf (das wird bis zur Gemeindegrenze bilanziert und nachher nicht mehr). Und Sämi Müller hat es gesagt: Wenn man das dazurechnen würde, dann wären wir bei etwa 4 Tonnen pro Person, dann wären wir bei der 2'000-Watt-Gesellschaft nicht bei 4 Tonnen CO₂, sondern bei 8. Und das ist doch ein erheblicher Unterschied.

Es ist kein Etikettenschwindel. Das Territorialprinzip geht davon aus, dass man Territorien hat in der ganzen Schweiz, in Europa usw. und alle diese Territorien nach dieser Bilanzierungsmethode vorgehen. Und wenn die alle zusammen diese Ziele erreichen würden, wäre das gewährleistet. Aber das ist natürlich völlig illusorisch. Es ist eine völlige Illusion, dass man so vorgehen kann, weil man immer wieder Lücken drin hat. Und das heisst eben eigentlich, dass es eine viel wichtigere Komponente in dieser ganzen Diskussion, in dieser schwierigen Diskussion ist, auf nationaler Ebene, auf internationaler Ebene, griffige Abkommen erreicht, mit denen man diese Ziele erreicht. Und das sind natürlich ganz andere Politikfelder, auf die wir da in Winterthur gar keinen Einfluss haben.

Sie sehen, mein Votum ist eigentlich sehr nachdenklich. Am Schluss dieses Votums möchte ich doch noch eine Zahl nennen, das ist wie ein Signal: Nämlich die Erdölförderung weltweit. Die Erdölförderung weltweit war 1965 bei 31 Mio. Barrel Öl. Wir sind 2017 angelangt auf 92 Mio. Barrel Öl (pro Tag, wohlbemerkt). Das ist eine Wucht, diese Zahl, und sie steigt noch immer. Also wenn man da die Diskrepanz von dem, was wir überhaupt machen können da in Winterthur, zu dieser Zahl erstellt – dann wird es problematisch. Und beim Erdöl werden die Kohlenstoffe, die gebunden sind in der fossilen Energie, als CO₂-Moleküle freigesetzt. Heute Morgen stand ja wieder ein Artikel im Tagesanzeiger über die Gletscher in China – und die gehen halt alle zurück.

Aber danke für die Aufmerksamkeit. Wir nehmen den Bericht wohlwollend zur Kenntnis im Rahmen des Gesagten.

H.R. Hofer (SVP): Der Bericht bezieht sich auf Winterthur und ich beziehe mich auf den Bericht und damit auch auf Winterthur. Die SVP dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis. Wir stellen fest, dass der Primärenergieverbrauch seit 2008 um über 20% abgenommen hat und der Verbrauch an Kernenergie noch etwa 30% bezogen auf das Jahr 2008 beträgt. Damit ist das Ziel 2020 erreicht. Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch im Gebäudebereich sind deutlich zurückgegangen. Die eingeleiteten Massnahmen zum Energiekonzept 2050 zeigen Wirkung, sind mehrheitlich auf Kurs und damit gut unterwegs.

Es ist einerseits fraglich, andererseits aber auch bezeichnend, dass die grösste Verbesserung aufgrund einer Anpassung im Berechnungsmodell stattgefunden hat. Dieser Umstand zeigt wieder einmal klar auf, dass Klimamodelle auf sehr fragilen Prognosen beruhen und eine kleine Änderung der Annahmen oder der Formeln in den Berechnungen grosse Auswirkungen auf das Ergebnis haben (oder haben können).

Wir hoffen, dass an dieser Schraube nicht allzu oft und v.a. nicht aus politischen Überlegungen gedreht und geschraubelt wird.

M. Nater (GLP): Es wird langsam eine grosse Diskussion, geschätzte Anwesende. Es geht darum, dass die Welt wärmer wird, und das Ziel ist ja, dass wir versuchen, diese Erderwärmung auf 1.5° einzuschränken. Und jede Massnahme hilft darauf bezogen. Von daher: Jede Person, egal wo sie das macht - egal ob in Winterthur, in Küsnacht oder in San Salvador - es ist eine gute Massnahme, wenn sie irgendetwas macht. Von daher geht es einfach darum: Wir müssen machen und nicht immer nur diskutieren.

Auf der anderen Seite haben wir die Ziele hier in Winterthur. Und die Ziele, auf denen basiert auch dieser Monitoringbericht. Wir danken für diesen Monitoringbericht, er ist gut. Er zeigt sehr schön auch auf, was in den vergangenen Jahren geplant und bis 2020 umgesetzt wird. Er zeigt ausführlich sehr viele Projekte auf, in der Umsetzung, und wie diese bis im Jahr 2020 noch umgesetzt werden sollen.

Folgende drei Projekte möchte ich da herausnehmen: Welche Massnahme hat am Meisten gebracht? Das hat Hans Ruedi bereits gesagt, das war die neue Berechnungssystematik. Diese hat buchhalterisch bei den Treibhausgasen nach unten gedrückt, unter die Ziellinie gedrückt. Wenn man es aber wirklich genau anschaut, haben wir seit 2012 keinen Fortschritt mehr gemacht bei den Treibhausgasen. Aber auch da wieder: Es geht um Massnahmen, die etwas bringen.

Durch welche Massnahme haben wir am Meisten verloren? Das ist Aquifer. Das war ein Entscheid, der gefällt wurde, über den das Parlament nicht informiert war. Dort haben wir eine riesengrosse Chance vertan. Auch da wieder: Wir hatten eine Massnahme, wir hatten das Geld – und es wurde nicht umgesetzt.

Wo haben wir am Meisten reale Einsparungen gewonnen? Das war sicher beim Standardstromangebot von Stadtwerk. Wie gesagt wurde: Im Jahr 2013 hatten wir noch einen Anteil von Anteil von Strom aus Atom, der sehr hoch war. Wir haben den Anteil von erneuerbarer Energie von 25% auf 70% erhöhen können. Das ist wirklich gut und wurde auch gut aufgezeigt. 15% ist noch Strom aus der Kehrlichtverbrennung, und die anderen 15% ist Graue Energie, bei der man nicht weiss, woher sie kommt. Das ist Kohle, das ist Atomstrom. Und deshalb würde ich mich auch freuen, wenn viele das heutige Postulat unterschreiben, welches abgeklärt haben möchte, ob die Stadt nur noch 100% Strom aus erneuerbarer Energie oder der Kehrlichtverbrennung anbieten kann. Nochmals: Es geht um Massnahmen, damit wir da einen Schritt weiterkommen.

Dieser Punkt, wenn wir ein bisschen in die Zukunft schauen wollen, was wir dort machen wollen: Was uns fehlt, ist ein Controllingbericht. Was da aufgezeigt wurde, ist Controlling mit einem «K» geschrieben. Ein Controlling soll die Entscheidungsträger mit Informationen versorgen, die sie brauchen, um Entscheidungen zu treffen und diese Entscheidungen in die Tat

umzusetzen. So soll in einem Controllingbericht auch ein Zielbild für 2035 und 2050 aufgezeigt werden. Wie viel will man bei der Mobilität einsparen? Wie viel will man bei den Gebäuden einsparen? Welche Massnahmen sind dort hinterlegt? Und sobald die Massnahmen hinterlegt sind, kann man dort auch ein Preisschild hinterlegen, und dann kann man abwägen, welche Massnahme man wirklich umsetzt. Und davon steht in diesem Bericht gar nichts für die Zukunft.

Wir haben Massnahmen, aber wir haben einen Controllingbericht eigentlich für 2015. Einzig bis 2020 wurde hier aufgezeigt.

Wir nehmen in diesem Fall den Monitoringbericht sehr wohlwollend zur Kenntnis. Den Controllingbericht, weil er nicht auf 2050 hinausschaut, nehmen wir kritisch zur Kenntnis.

R. Diener (Grüne/AL): Es ist, wie bereits gesagt wurde, ein sehr grosses Thema, das natürlich weit über die Grenzen von Winterthur hinausgeht. Wir haben gesehen und müssen zur Kenntnis nehmen: Das ist ein internationales Thema und wir können das selbstverständlich nicht alleine da in der Stadt lösen. Das ist ganz klar und es hat nie irgendwer von uns etwas anderes behauptet.

Aber wir wissen, dass wir tatsächlich sehr grosse, gigantische Herausforderungen haben. Das Thema vom steigenden fossilen Verbrauch, immer noch steigenden fossilen Verbrauch, wird uns in den nächsten Jahren ganz massive Probleme schaffen. Man wird überall auf der Welt weitere Klimaerwärmung produzieren und unter den Teppich bringen, den wir auch vor der eigenen Türe haben.

Das heisst aber nicht, dass wir da nichts machen können. Wir können, auch wenn das ein internationales, ein grosses Problem ist, für unsere Probleme, die wir da lokal bearbeiten, Lösungen anpacken. Wir können sie miteinander angehen und wir können sie umsetzen.

Der Bericht, den wir jetzt erhalten haben, zeigt in einer bereits heftigen Dramatik, dass wir an vielen Orten auf der Bremse stehen und an vielen Orten blockiert sind. Aquifer ist ein Stichwort dazu. Aber es gibt auch andere Bereiche, in denen wir nicht wirklich vorankommen. Und wenn ich sehe, dass ein Förderprogramm, das man auf die Beine gestellt hat, gut läuft, dann bin ich der Meinung, da muss man weitermachen, da muss man ergänzen, da muss man zulegen. Was wir auch mehrfach in diesem Rat gefordert haben.

Oder wenn wir sehen, dass wir bei der Mobilität durchaus mehr erreichen könnten, dann muss man da auch mehr Massnahmen einplanen, man muss sie mehr fördern, man muss die Mobilitätsformen stärker fördern, die eben nicht so ressourcenverschleudernd sind, nicht so viel Primärenergie verbrauchen, nicht so viel CO₂ ausstossen, die stadt- und umweltverträglich sind. Es kann nicht sein, dass wir immer noch darüber streiten, dass es eine Gleichberechtigung gibt von verschiedenen Energieträgern von verschiedenen Verkehrsträgern, die ganz unterschiedliche Emissionen produzieren, und die wirklich schlicht und ergreifend heute nicht mehr zeitgemäss sind.

Das sind Dinge, die wir viel stärker anpacken müssen, die wir viel mehr auch miteinander da umsetzen müssen. Und da appelliere ich an diesen Rat, das zu unterstützen. Ich appelliere insbesondere auch an diese, die zwar immer wieder Lippenbekenntnisse abgeben (und da schaue ich auf diese Seite hinüber): «Ja, wir müssen etwas machen, wir wissen, wir haben ein Problem» - wenn es konkret wird, dann höre ich von Euch, liebe Leute, immer nur ein «Nein». Und dann stellt Ihr, wie gesagt wurde, eine Riesenmenge von Anträgen, um wieder alles zu streichen, was man an Massnahmen und Möglichkeiten umsetzt.

Ein letztes Wort dazu: Es ist einfach eine Illusion zu glauben, es ginge gratis. Aber es ist noch mehr Illusion, wenn wir einfach warten und nichts machen in der Annahme, es würde uns dann nichts kosten. Es kostet uns dann viel, viel mehr, die Folgen, die am Rollen sind und immer dramatischer werden. Das wurde schon mehrfach und immerhin wieder aufgezeigt. Ich appelliere deshalb, auch an den Stadtrat, diesen Bericht als Challenge zu nehmen, als Herausforderung. Da müssen wir mehr machen, da müssen wir mehr dahinter, da müssen wir mit Massnahmen zulegen. Da müssen wir, wie es richtig gesagt wurde, auf die lange Schiene zu planen beginnen. Wenn wir heute Gasförderungs- oder Gasprioritätsgebiete haben in der Stadt Winterthur im Energieplan, liebe Leute, dann ist das noch keine Lösung. Die Lösung ist,

aus dem Gas auszusteigen. Also wir müssen auch dort Massnahmen haben, langfristig gesehen, wie wir vom Fossilen wegkommen.

Stadträtin B. Günthard: Auch da besten Dank für die differenzierte Diskussion. Und auch der Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen dafür, weil Sie auch da nicht beschliessen, sondern nur zur Kenntnis nehmen. Mir zeigt diese Diskussion, dass Ihnen dieses Thema und das Ziel, das ja ganz klar die Umsetzung eines Volksauftrages ist, wichtig sind.

Ich möchte zum Ziel wiederholen, was Sie gesagt haben: Die Basis des Ganzen ist eine Volksabstimmung, die ganz klar der Stadt Winterthur den Auftrag gibt, dass wir den Primärenergieverbrauch senken müssen, den CO₂-Ausstoss senken müssen und den Anteil an Kernenergie reduzieren müssen. Und Sie sehen, es steht korrekt die Frage im Raum, ob nach dem Klimaabkommen von Paris diese Ziele, die das Volk festgesetzt hat, allenfalls sogar angepasst werden müssen, ob wir uns noch ehrgeizigere Ziele setzen müssen. Das ist etwas, das ich mitnehme, und der Stadtrat wird das prüfen müssen.

Das Zweite, das mir bei den Zielen wichtig ist, dass wir das wirklich zur Kenntnis nehmen: Ja, ein Teil der Verbesserung ist den Messmethoden geschuldet, bei denen die Stadt Winterthur gesagt hat, wir wenden im Gleichschritt mit anderen Städten die moderneren, angepassteren Messmethoden an, die uns zeigen: Wir sind eigentlich besser dran, als wir das ursprünglich gedacht haben. Aber – das ist trotzdem wichtig – wir sind auf allen drei Zielschienen auf Kurs, wir unterschreiten sogar schon die Zielwerte. Das darf man so einfach auch einmal zur Kenntnis nehmen. Der einzige Wermutstropfen ist tatsächlich, dass wir beim CO₂-Ausstoss die Abwärtskurve nicht so im Trend haben, sondern dass dieser sich in den letzten Jahren abflacht. Und das, die Tendenzen, die Trends, die sich abzeichnen, das ist das, was uns Sorgen machen muss, wenn das nicht mehr in die richtige Richtung geht.

Dann vielleicht zur Umsetzung, einfach damit das von mir auch nochmals gesagt ist als Vorsteherin des UGS: Selbstverständlich, auch diese Massnahmen sind wie beim Sicherheitskonzept ein interdisziplinäres Vorgehen. Da sind sehr viele Verwaltungseinheiten an der Umsetzung beteiligt und ich leite den Dank, den Sie ausgesprochen haben, nicht nur an das UGS weiter, sondern auch allen anderen.

Auch da ist es wichtig (David Schneider hat ein schönes Beispiel von sich gebracht): Ja, auch das ist ein Thema, das man nicht einfach an die Stadt, an die Verwaltung abdelegieren kann, sondern es ist auch da wichtig, dass wir immer wieder unser eigenes Verhalten überprüfen und schauen, was für einen Beitrag kann ich in meinem Alltag zu diesen Klimazielen beitragen.

Was mir auch wichtig ist, dass man das abspeichert: In der Umsetzung ist es tatsächlich so (das zeigt dieser Controlling- und Monitoring-Bericht), dass wir zwei Bereiche haben, bei denen wir in den nächsten Jahren genauer hinschauen müssen. Das ist (das haben mehrere von Ihnen gesagt) zum einen der Bereich der Wärmeverbünde, der zweite ist der vom Verkehr. Das sind die beiden Gebiete, in denen es noch viel Potential gibt und bei denen (wenn man es ernst nimmt) Massnahmen folgen müssen. Es wird sich dann zeigen, ob man bereit ist, den politischen Willen entsprechend zu committen und das Geld in die Hand zu nehmen. Und wenn man diese Massnahmen nicht umsetzt, dann wird es dort schwierig, weiterzukommen.

Dann ist mir aber auch wichtig, dass wir nochmals zur Kenntnis nehmen: Es gibt wirklich Massnahmen, die schon sehr, sehr wirksam sind. Wir haben im Bereich von Siedlung und Gebäude das Förderprogramm, das einige von Ihnen auch erwähnt haben, oder das verdichtete Bauen, wo die Stadt Winterthur intensiv dran ist. Oder wir haben im Bereich der Energieträger und der Versorgung den Standardstrommix, den Stadtwerk angepasst hat, mehr nachhaltige Energie in diesem Mix hat, und der schon eine riesige Wirkung beim Anteil Kernenergie erzielt hat. Das ist sehr, sehr gut, an diesen Massnahmen müssen wir dranbleiben. Das wäre es von meiner Seite zur Einschätzung Zielerreichung und zur Einschätzung unserer Umsetzung. Wie gesagt, Ihren Dank nehme ich mit in die Verwaltung.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben wir auch diesen Bericht zur Kenntnis genommen.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2018.100: Legislaturprogramm 2018-2022

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 4. Felix Helg stellt uns das Legislaturprogramm 2018-2022 des Stadtrates vor.

F. Helg (AK): Beim Legislaturprogramm geht es um eine Art Regierungsprogramm des Stadtrates und die politische Agenda des Stadtrates für die nächsten 4 Jahre. Das Legislaturprogramm wird vorgelegt, gestützt auf eine Verpflichtung in der Gemeindeordnung.

Um dieses Traktandum inhaltlich zu vertreten, bin ich eigentlich die falsche Person. Ich kann ja nicht für den Stadtrat sprechen und bin auch nicht das Sprachrohr des Stadtrates.

Die parlamentarischen Gepflogenheiten da in unserem Saal sehen aber vor, dass jeweils ein parlamentarischer Referent die Vorlage einführt, selbst wenn die Vorlage dann nicht angepasst oder abgeändert werden kann, sondern wir müssen sie eben zur Kenntnis nehmen und können sie dann einfach noch politisch würdigen.

Ich erkläre deshalb nur die formale Gestaltung und spreche kurz noch über die Entstehung dieses Programmes. Anschliessend werden dann die Fraktionssprecherinnen und -sprecher in der Beratung die politische Kritik vortragen und abschliessend wird dann der Stadtrat noch dazu Stellung nehmen.

Das Legislaturprogramm ist getaktet mit der Legislatur. Es kommt alle 4 Jahre heraus. Es ist immer wieder ein bisschen anders gestaltet. Konkret haben wir da ein Querschnittsthema, das ist die Digitalisierung, das sich durch das ganze Programm durchzieht. Dann gibt es 7 strategische Handlungsfelder, die grossen Themen. Nach Inhalt und Reihenfolge gegliedert sind das Kultur- und Bildungsstadt, Wirtschaft, Finanzen, Mobilität und Energie, sozialer Zusammenhalt, Urbanität und Lebensqualität, Verwaltung als Dienstleisterin.

Zugeordnet zu diesen 7 Handlungsfeldern gibt es auch 7 Langfristziele und untergeordnet 23 Schwerpunkte und 74 Massnahmen.

Vielleicht noch zu den Langfristzielen: Im letzten Programm waren diese langfristigen Perspektiven prominenter vertreten. Wir nahmen dort auch ausdrücklich noch Kenntnis von einer 12-Jahres-Strategie.

Das Programm ist in der Form, wie wir sie auf Papier und auch digital erhalten haben, relativ kurz, weil es insgesamt praktisch nur als Kurztex aus Überschriften oder aus Zusammenstellungen von Massnahmen besteht. Diese Kürze hat dann zur Folge, dass auch die Aussagekraft dieses Programms (jedenfalls gestützt auf diesen publizierten Text) beschränkt ist.

Um das ein bisschen plausibel zu machen, greife ich ein Beispiel heraus. Ich kann natürlich nicht die 74 Massnahmen vorstellen und wenn ich da eine Auswahl treffen würde, würde ich mich dem Vorwurf aussetzen, schon einleitend eine politische Gewichtung vorzunehmen.

Wir haben wie eingangs gesagt das strategische Handlungsfeld Kultur- und Bildungsstadt, das an erster Stelle steht, und dort ist das (beispielhaft vorgelegte) Langfristziel zu diesem Handlungsfeld, dass Winterthur eine Kultur- und Bildungsstadt mit grosser Ausstrahlung und überraschender Vielfalt sei. Und dann, auf unterer Stufe, gibt es eben einen Schwerpunkt.

Das wäre da das Beispiel Kulturförderung. Ein anderer Schwerpunkt im Handlungsfeld ist z.B. Aktives Kulturmarketing. Es gibt da insgesamt 4 Schwerpunkte. Und das ist auch erläutert mit einem Kurztex, dass das vielfältige Kulturangebot der Stadt erhalten und weiterentwickelt wird. Und dann nochmals eine Stufe tiefer haben wir dann die Massnahmenebene. Da ist eine Massnahme, die jetzt gerade aktuell ist, die Umsetzung der Ausgliederung des Theaters Winterthur. Eine andere Massnahme wäre die Umsetzung des Museumskonzeptes inklusive Villa Flora.

Das zeigt beispielhaft, wie das Programm aufgebaut ist über die 74 Massnahmen hinweg.

Wir haben uns in der Aufsichtskommission, als wir diese Vorlage in einer Lesung angeschaut haben, auch mit der Entstehung eines solchen Legislaturprogrammes auseinandergesetzt.

Es ist insgesamt ein mehrstufiger, verwaltungsinterner Prozess. Es ist ein strukturierter Prozess, der koordiniert wird durch die Stadtkanzlei. Es ist also nicht nur ein Brainstorming, bei

dem man an einem Nachmittag irgendetwas auf eine Flipchart-Wand schreibt, sondern wirklich ein strukturierter, längerer Prozess. Am Anfang steht da auch eine umfassende Lagebeurteilung. Einerseits ist es eine interne Umfrage, die man durchgeführt hat, und aber auch eine externe Umfeldanalyse, die doch dann einiges an Aufwand generiert haben. Sie bilden aber auch die Grundlage, dass man nachher die Handlungsfelder, die Schwerpunkte und Massnahmen ableiten kann.

Es gibt im Weiteren dann auch einen detaillierten Massnahmenplan, das ist ein internes Dokument. Das wäre vielleicht doch auch von gewisser Wichtigkeit für uns im Parlament. Es gibt z.B. eine Massnahme, die dann heisst «Sanierung und Erweiterung städtischer Sportanlagen». Damit hat es sich aber und da fragt man sich dann schon, was vielleicht genau dahinter ist. Ich kann natürlich sagen, dass das Ganze dann auch einmal in anderen Dokumenten aufgelistet wird, sei es in der Investitionsplanung oder dann jährlich auch im Budget.

Dann gibt es auch noch ein Monitoring, das schlussendlich dann auch der Gemeinderat miteinbezogen ist. Bekanntlich gibt es ja jeweils einen Bericht des Stadtrates zur Umsetzung des Legislaturprogrammes, auch getaktet auf diese 4 Jahre. Das letzte Mal war das die Vorlage 2018.4, wir haben sie noch in der alten Legislatur am 16. April 2018 da im Rat behandelt. Das Monitoring wurde in der Zwischenzeit auch verbessert. Im Jahr 2010 wurde in der Geschäftsordnung (notabene auf Antrag der FDP) der Berichterstattungsmodus verbessert. Jetzt ist in der Geschäftsordnung spezifiziert (Art. 84 Abs. 2): «Der Stadtrat zeigt im Bericht auf (im Umsetzungsbericht), welche in den Legislatorschwerpunkten festgehaltenen Ziele er erreicht hat und welche nicht.» Das führte dann dazu, dass in der letzten Zeit die Umsetzung mit einem Ampelsystem mit Farben gekennzeichnet wird, so dass wir als Gemeinderat dann auch besser sehen, wo der Stadtrat meint, er habe die Ziele erfüllt und wo nicht. In Vorgängerepochen war das jeweils sehr schwammig umschrieben. Das war dann die Auswirkung, dass der Gemeinderat dies eingegeben hat.

Soweit zur Entstehungsgeschichte und auch zum Monitoring.

Wie gesagt, die Aufsichtskommission hat diese Vorlage in einer Lesung diskutiert und empfiehlt mit 11:0 Stimmen, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen.

D. Oswald (SVP): Wir haben in der SVP-Fraktion dieses Legislaturprogramm auch besprochen und kritisch angeschaut. Ich beschränke mich auf die inhaltlichen Dinge in meinen Aussagen. Bei den formalen Dingen kann ich mich den Ausführungen des Kommissionspräsidenten anschliessen, dass das sicher formal usw. auch professionell gemacht worden ist.

Eingangs sagt der Stadtrat, regieren heisst vorausschauen und planen. Jawohl, da stimmen wir von der SVP-Fraktion ihm vollkommen zu. Er macht das auch. Nur wenn man es nach dem politischen Willen beurteilt, geht es halt in die falsche Richtung.

Die Verteilung der Massnahmen spricht ja auch wirklich Bände. Von den 74 Massnahmen, die aufgeführt sind, generieren wesentlich mehr als 80% Mehrausgaben. Und wenn wir dann auf der anderen Seite schauen, woher wir das Geld hätten, wenn wir die Kapitel 2 und 3 anschauen (Finanzen und Wirtschaft), dort ist dann wirklich nicht viel Substantielles vorhanden. Es wäre ja schliesslich gut, man würde dort Massnahmen treffen, die das Steuersubstrat erhöhen würden, ohne dass man den Steuerfuss erhöhen muss. Aber diese fehlen auch.

In vielen Bereichen ist von weiterer Förderung die Rede. Das erstaunt aufgrund der politischen Mehrheit nicht. Das Legislaturprogramm unter Mitwirkung der SVP setzte viel stärker den Fokus auf Eigenverantwortung und auf Ermöglichen – und nicht überall fördern. Förderungen produzieren langfristig Erwartungshaltungen, die nach unserer festen Überzeugung die Leistungsfähigkeit der gesamten Gesellschaft irgendwann übersteigen werden. Jetzt wäre noch Zeit, den Weg wieder auf die Eigenverantwortung zu setzen. Je länger wir mit dieser Korrektur warten, desto schmerzhafter wird diese Korrektur werden. Für uns alle.

Im Bereich Mobilität und Energie sind verschiedene Massnahmen aufgezeigt, aber es ist ganz klar so: Im Bereich Strassenkapazität fehlt einiges. Dem Grundsatz einer Gleichbehandlung der Verkehrsträger wird nicht nachgelebt. Es fehlt z.B. das Thema Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze, wo wir sicher etwas machen werden müssen. Es gilt aber da positiv zu erwähnen, dass der Stadtrat am Brüttener Tunnel und dem Ausbau der Autobahn um Winterthur herum zum Durchbruch verhelfen will.

Ich habe es eingangs schon erwähnt: Alle diese Massnahmen (rund über 60) werden Geld brauchen, sehr viel Geld. Wir haben mit dem Budget 2019 bereits einen Vorgeschmack erhalten, wie die Schleusen wieder geöffnet wurden. Uns fehlen definitiv Massnahmen, Aktionen, um zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren – und zwar nicht über eine Erhöhung des Steuerfusses, sondern eben über Zuzug von Firmen, über Möglichkeiten schaffen, dass Firmen auch wachsen können. Wir sehen da konkret Verbesserungen der Rahmenbedingungen, der Standortfaktoren der Stadt Winterthur, sei das in Bezug auf die finanzielle Belastung von Unternehmen, auf Verkehrsinfrastruktur, aber auch auf die Handlungsfreiheit, die die Unternehmen haben sollten. Mir geht es da sehr darum zu ermöglichen – Freiraum zu bieten für Unternehmen, damit man auch unternehmerisch tätig sein kann.

Zu unserem Erstaunen ist selbst unter den finanziellen Zielen eine Massnahme, die sagt, man müsse das Fördern und Betreuen von Unternehmen fördern. Gut, sicher braucht es ein gutes Beziehungsnetz und den Kontakt zu den Unternehmen, dem ist sicher nichts entgegenzuwirken, aber irgendwo hat Betreuung auch Grenzen. Und ein Unternehmer will unternehmerisch tätig sein und will Handlungsfreiheit, das ist sein primäres Ziel.

Weiter fehlt auch aus unserer Sicht bei den Finanzen Massnahmen zur Reduktion von Ausgaben, sei das im Sozialbereich, wo wir einfach ein strukturelles Problem haben, das man angehen müsste, das man korrigieren müsste, langfristig korrigieren, was nicht mit einfachen Massnahmen machbar ist, sondern was sicher sehr zeitintensiv ist und sehr viel konzeptuelle Arbeit braucht. Diese fehlen uns leider.

Und aus den genannten Gründen wird die SVP-Fraktion dieses Legislaturprogramm ablehnen.

U. Hofer (FDP): Ich kann mich mehrheitlich meinem Vorredner anschliessen. Wir können dieses Legislaturprogramm nur zur Kenntnis nehmen, das haben wir selbstverständlich – aber wir können es natürlich auch politisch würdigen.

Bezüglich letzterem stechen für mich im Vergleich zu den anderen, früheren Legislaturprogrammen zwei Dinge hervor. Und ich möchte doch noch schnell auf das Prozessuale inhaltlich auch noch eingehen. Der Inhalt wirkt für einen externen Betrachter dünner als auch schon und hat deutlich weniger Informationsgehalt. Die Öffentlichkeit und der Gemeinderat müssen sich im Wesentlichen mit der Auflistung von Titeln begnügen. Und es fällt auch auf, dass bei diesen Titeln 16 Mal die Rede ist von Konzept, Masterplan, Strategie – was das Ganze noch ein bisschen vager macht. Anscheinend ist aber, das wurde uns zugesichert, hinter den Kulissen deutlich mehr Fleisch am Knochen als früher. So ist der Prozess, wie man zu diesem Legislaturprogramm kommt, offenbar überarbeitet worden, systematischer gestaltet und neu seien alle Massnahmen auch mit einer Kostenprognose verbunden. Aber als Externer kann man diese halt nur auf 4 Jahre hinaus und ein bisschen versteckt aus dem IAFP ablesen.

Ebenfalls wurde versprochen, dass das Umsetzungscontrolling systematischer und strukturierter erfolgt als bis anhin. Wir begrüssen diese Anpassungen. Ziele machen ja nur Sinn, wenn man sich auch daran messen lassen will. Ein Pferdefuss ist aber halt wirklich, dass die Transparenz und der Informationsgehalt uns gegenüber abgenommen haben. Und man kann es anders ausdrücken: Der Stadtrat scheint zwar intern dem Legislaturprogramm mehr Gewicht zu geben, aber nicht extern.

Inhaltlich: Ich möchte eigentlich zwei Punkte herausgreifen und mich beim Rest auch Dani Oswald anschliessen. Auch wir sehen natürlich die ersten Auswirkungen der neuen Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat. Auch wir sind natürlich davon wenig begeistert. Ich muss fairerweise aber auch sagen: Wir würden umgekehrt von einem bürgerlichen Stadtrat das Gleiche erwarten, so ist es auch nicht eine grosse Überraschung.

Aber es gibt etwas, das man dann doch schon beachten müsste: Man sollte den übergeordneten, längerfristigen Zielen irgendwo treu bleiben, eine gewisse Konstanz und eine gewisse Verlässlichkeit haben. Denn wenn man das Ruder alle 4 Jahre ganz dreht, kommt man gar nirgends hin.

Zum Teil sind das Feinheiten, z.B. dass Finanzen und Wirtschaft nicht mehr an erster Stelle sind wie beim letzten Mal. Aber am Deutlichsten, und da gebe ich Dani Oswald besonders

Recht, ist das im Bereich Mobilität und Energie. Und da haben wir doch ein grosses politisches Stirnrunzeln. Vor 4 Jahren war die Rede davon, dass das übergeordnete Strassennetz für alle – für alle! – Verkehrsträger funktionsfähig sein sollte. Sprich: Wir haben MIV, öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr zu Recht als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer und -partner betrachtet. Neu ist aber explizit nur noch die Rede von der Stärkung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs, und die Verbesserungen in der Verkehrssteuerung beruhen nach unseren Wahrnehmungen in Erziehungsmassnahmen, Verteuerung des Parkplatzangebotes und Beschränkung des Parkplatzangebotes.

Ebenso schlimm ist, und da muss ich auch Recht geben, dass die Zentrumserschliessung Neuhegi vor 4 Jahren noch als ein nicht erreichtes Schwerpunktziel definiert wurde – und jetzt, mit viel dringenderer und höherer Priorität, mit keiner einzigen Silbe erwähnt wird. Wir hoffen sehr, dass das bloss ein Versehen war und nicht wirklich eine Gewichtung oder eine Absicht dahintersteht.

Man hat die Digitalisierung als Querschnittsthema genommen. Ich finde das richtig, habe aber doch auch da einige Anmerkungen: Als erstes nochmals der Hinweis, dass nicht alles, was digital daherkommt auch smart. Es liegt unseres Erachtens an der neuen Fachstelle Smart City, dieses Schlagwort mit einem sinnvollen Inhalt zu füllen und nicht einfach nur irgendwelche Ausgaben unter dem Stichwort zu billigen, die zwar digital sind, weder besonders smart noch besonders bedürfnis- oder prioritätengerecht. In IT kann man viel Geld verlocken und man kann es auch dort nicht sinnvoll verlocken. Letztlich geht es unter diesem Stichwort ja auch um effiziente Verwaltung. Eine Verwaltung, die 300 verschiedene Apps und Seiten betreut, ist natürlich gerade das Gegenteil von besonders effizient.

Dann steht unter der Rubrik Finanzen unter dem Stichwort Digitalisieren «Vereinheitlichung oder Digitalisierung der Finanzsysteme und -prozesse» als Ziel. Das scheint uns dringend angezeigt. Bisherige Budget- und Rechnungsprozesse waren jeweils mit sehr viel Handarbeit verbunden und wenig effizient. Entsprechend fehlerhaft war das Ganze auch. Man hat Zahlen falsch übertragen, Vorzeichen wurden vergessen oder waren falsch usw. Mit der Ablösung des ehemaligen Leiters Finanzamt ist es für uns jetzt der richtige Zeitpunkt, dieses Ziel mit Hochdruck anzugehen.

In dem Sinne nehmen wir das Legislaturprogramm 2018-2022 mit einigen Hoffnungen und Wünschen und natürlich auch mit ein bisschen politischen Schmollen zur Kenntnis.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Das ist ein Legislaturprogramm des Stadtrates. Wir als Gemeinderat, wir können/müssen/dürfen es zur Kenntnis nehmen - und das ist etwa alles.

Das vorliegende Legislaturprogramm ist kurz, knackig, teilweise sehr konkret und grafisch gut aufgearbeitet. Es hat für alle ein bisschen etwas drin.

So freuen wir uns natürlich, dass der ÖV und der Fussverkehr gestärkt werden sollen inklusive einer Schwachstellenanalyse. Selbstverständlich stehen wir hinter dem Ziel, dass Winterthur ein Ort mit sehr attraktiven Grün- und Freiräumen werden soll.

Ein bisschen weniger können wir dann anfangen damit, die Autobahnumfahrung auszubauen. Das wird ja wohl dazu führen, dass noch mehr Leute im Kanton Thurgau in einem Einfamilienhäuschen wohnen und in der Stadt Zürich arbeiten und diesen Weg mit dem Auto zurücklegen. Besser kann man die Zersiedelung ja gar nicht fördern.

Da das Legislaturprogramm wie erwähnt sehr konkret ist, hat es natürlich auch ein paar Punkte darin, bei denen wir uns fragen, ob die wirklich dort hineingehört hätten. So z.B. das 3D-Modell Neuhegi-Grüze, Gemeindefest Winterthur und Umgebung oder ein Videochat-Lösungen. Diese tragen wohl kaum zum Gelingen oder Scheitern dieser Stadt bei. Aber sie sind nun halt drin.

Dann gibt es auch einen Punkt, bei dem man sagen kann: «Ja gut, klar. Weiterentwicklung für das strategische Areal – selbstverständlich, da kann man ja gar nicht dagegen sein.» Allerdings sind wir dann ja einige Male, wenn es konkret wurde, anderer Ansicht gewesen als der Stadtrat.

Die Fraktion Grüne/AL ist der Ansicht, dass die Klimapolitik zu wenig prominent präsentiert wird. Wir hätten erwartet, dass der Stadtrat die drei wichtigsten Klimamassnahmen nennt. Weiter sind wir erstaunt, dass Wohnbaupolitik gänzlich fehlt.

Aber zusammenfassend muss ich sagen: Ich habe das Gefühl, dieses Legislaturprogramm unterscheidet sich gar nicht so stark von früheren. Und damit widerspreche ich natürlich den Vorrednern – bewusst.

Und das Fazit dürfte auch klar sein und auch keine Überraschung: Wir nehmen das Legislaturprogramm zur Kenntnis.

R. Keller (SP): Ich kann mich gleich anschliessen. Die Fraktion SP bedankt sich beim Stadtrat für das Legislaturprogramm und nimmt es, um das vorwegzunehmen, zustimmend zur Kenntnis.

Wir sehen die Kontinuität, die damit gemacht wird. Wir sehen die Ziele der 12-Jahres-Strategie, die weiterverfolgt werden und bei denen wir sehen, dass man dranbleibt, was ja auch durchaus Sinn macht. Wir finden es auch sinnvoll, dass sich der Stadtrat Ziele setzt, die er tatsächlich beeinflussen kann, d.h. sich nicht in irgendwelchen utopischen Gefilden bewegt, sondern dort Ziele setzt, wo er etwas dazu machen kann. Und wir finden es sehr unterstützenswürdig, dass die Ziele auch mit konkreten Massnahmen oder konkreten Überlegungen in der Finanzplanung abgebildet werden und in die Finanzplanung integriert sind, so dass der Gemeinderat dann nämlich über die Finanzplanung schauen kann, was mit diesen Zielen eigentlich passiert und wie sie sich entwickeln.

Grundsätzlich teilen wir die Meinung der Grünen und finden das Programm solid, pragmatisch, konkret und auch – wie gesagt – realistisch. Es scheint uns, dass ein grosser Teil der Massnahmen tatsächlich umsetzbar sein sollte. Ich weiss jetzt noch nicht, wie es dann tatsächlich ist, aber grundsätzlich gehen wir davon aus, dass diese Ziele vom Stadtrat auch vorangetrieben werden und umsetzbar sind.

Mir sind darüber erfreut, dass der Stadtrat auch bereit ist, Themen anzupacken, bei denen wir bisher fanden, da gehe es ein bisschen langsam vorwärts. Wir haben den Eindruck, dass solche Themen, gerade auch im Bereich des Verkehrs, nun auch vorwärtsgetrieben werden.

Wenn man dann so ein bisschen das Innere anschaut, dann finden wir dieses Querschnittsthema Digitalisierung eigentlich eine gute Sache. Die Massnahmen sind noch ein bisschen diffus und kunterbunt zusammengemischt. Da geht es von kleinsten Massnahmen bis zu grossen Themen. Ich glaube, da müsste man sich schon noch ein bisschen konkretere oder auch eingehendere Überlegungen machen.

Besonders hervorheben möchten wir die geplanten Veränderungen im Bereich von Mobilität und Energie. Veloinfrastruktur, Veloschnellroute, Schwachstellenanalyse Veloverkehr, Förderung des öffentlichen Verkehrs und Langsamverkehrs sind zentrale Ziele, die aus dem städtischen Gesamtverkehrskonzept kommen oder dort angedacht sind. Und da bewegen wir uns aus unserer Sicht in eine richtige Richtung und bringen uns auch näher an die Klimaziele und an die Einschränkung oder die Senkung des motorisierten Individualverkehrs. Nicht zuletzt sind wir ja auch Verpflichtungen in diesem Bereich eingegangen im Rahmen von Agglomerations-Programmen und deshalb sind diese Realisierungsschritte nicht einfach an den Haaren herbeigezogen, sondern wir stehen da auch in Verpflichtung gegenüber dem Bund.

Wir freuen uns natürlich auch, dass das Konzept «Stadthausstrasse ohne Durchgangsverkehr» erwähnt ist und wir hoffen natürlich, dass das zügig vorangetrieben wird und hoffentlich auch umgesetzt wird.

Wir befürworten die Stossrichtung im Bereich von einem urbanen und vielfältigen Winterthur. Und da scheint uns die Raumentwicklungsperspektive 2040 von besonderer Bedeutung, weil sie uns wichtige Informationen im Hinblick auf die BZO-Revision liefert. Und die Frage, wo man gezielt verdichten will und was das für den öffentlichen Raum bedeutet, das ist für uns eine sehr zentrale strategische Frage, die auch prioritär zu behandeln ist.

Im Bereich der Kultur- und Bildungsstadt ist die Kulturmarketing-Stelle etwas, das uns ins Auge gestochen ist, und im Zuge der Abstimmung über das «House of Winterthur» hat man der Bevölkerung diese Stelle auch versprochen und es scheint uns wichtig, dass man diese Stelle dann auch tatsächlich schafft und dass man die Kulturstadt Winterthur auch vermarktet. Wir sind gespannt, ob sich die Sichtbarkeit dieser Kulturstadt auch verbessert.

Erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Strategie Frühförderung unter den priorisierten Massnahmen aufgeführt ist. Wir sind der Meinung, dass Frühförderung wirkt, und das

ist auch durch sehr viele verschiedene Studien belegt. Wir finden es wichtig, dass Winterthur dieses Thema wichtig nimmt und dass man auch in Hinblick auf ein eigenverantwortliches Leben von Menschen auch ein bisschen investiert in die Kinder und die Jungen.

Natürlich hat es noch viele weitere Themen, im Bereich der Finanzen, faire Verteilung der Soziallasten, Steuerung der Langzeitpflege – das sind Themen, die wir ja auch schon seit längerer Zeit priorisieren oder die uns sehr wichtig sind. Und wir finden es selbstverständlich richtig, dass diese auch aufgeführt sind.

Christian hat es schon gesagt: Nicht glücklich sind wir darüber, dass der Stadtrat dem Thema Wohnraum und aktive Wohnpolitik keine Priorität eingeräumt hat. Vielleicht könnte man sich doch noch überlegen, ob man sich da nicht doch noch überlegen möchte, dass Winterthur als Familienstadt und finanzierbare Wohnungen auch für Familien vielleicht auch ein Prioritätsthema wären.

74 Massnahmen sind ziemlich viel. Wir sind gespannt darauf, was umsetzbar ist. Wir hätten uns gewünscht – ich glaube, das habe ich beim letzten Programm schon gesagt – eine kleine Art von Priorisierung (die vielleicht vorhanden ist, aber für uns nicht sichtbar ist). Ein bisschen Priorisierung hätte für uns das Ganze ein bisschen verständlicher gemacht.

Aber nichtsdestotrotz: Herzlichen Dank an den Stadtrat. Wie gesagt: Wir nehmen das zustimmend zur Kenntnis.

U. Glättli (GLP): Ich finde das eine spannende Debatte zu diesem Geschäft. Ich finde auch die Zwischentöne durchaus interessant.

Die Grünliberalen nehmen das Legislaturprogramm 2018-2022 positiv zur Kenntnis. Es ist eine gute Auslageordnung. Es macht transparent, wohin die Reise gehen soll bis 2022. Es ist methodisch klar entwickelt, das ist auch schon gesagt worden, dem stimmen wir zu.

Es ist im Übrigen von mir aus gesehen eine Pflichtlektüre für alle Anwesenden. Und wenn man sie liest, sollte man sie auch genau lesen. Wir stimmen jetzt nicht darüber ab, wer es alles schon gelesen hat. Es ist ja vom Geschäft her bloss eine Kenntnisnahme.

Uns fallen v.a. die konkreten Massnahmen auf, bei denen hintendran auch ein grünliberales Label steht, z.B. die Massnahme zur Reorganisation der Schulbehörden (ich erinnere an eine GLP-Motion), die Massnahme zur Umsetzung Ausgliederung Theater (ich erinnere an eine GLP-Motion), die Massnahme Cluster- Konzept (ich erinnere an die Initiative «Schaffe und Wohne in Winterthur»), die Massnahme Stadthausstrasse und Durchgangsverkehr (ich erinnere an eine Motion Gygax), die Massnahme Weiterentwicklung Talent Campus Winterthur und Sportzentrum «Win 4».

Wir teilen auch anderes, wie Massnahmen zur Finanzstrategie, die wir im Ansatz zumindest durchaus in Ordnung finden, es geht um eine Steigerung des Eigenfinanzierungsgrades von Investitionen, die Stabilisierung von personalintensiven Kostentreibern, die da (durchaus korrekt) sind: Langzeitpflege, Sonderschulung und Soziallasten. Das ist schon noch eine bemerkenswerte Massnahme und auch ein ehrgeiziges Ziel, wenn man diese Kostentreiber in den Griff bekommen und stabilisieren möchte. Wir finden es durchaus positiv, dass das hier drin Platz gefunden hat als Massnahme und sind gerne bereit, da auch mitzuwirken. Jedoch finden wir, bei der Neuverschuldung kann es nicht nur um eine Stabilisierung gehen. Vielleicht ist das auch nicht wirklich so gemeint, dass die Neuverschuldung, wie sie in den letzten Jahren stetig angestiegen ist, weiterhin stabil so ansteigt. Dort ginge es ja v.a. darum, dass dieser Anstieg aufhört und es besser wäre, die Neuverschuldung oder die Verschuldung allgemein würde abgebaut.

Man kann sich auch fragen, welche konkreten Massnahmen fehlen. Da hörte man ja auch schon gewisse Zwischentöne. Vielleicht ging etwas verloren... Ja, Dani hat es sogar konkret erwähnt. Und wie dem auch sein soll oder ist, wir nehmen das relativ gelassen. Wir sind ja auch nicht in der Regierung vertreten und es ist ja bekanntlich auch das Legislaturprogramm dieser Regierung.

Wenn wir etwas kritisieren, dann ist das das: Es hat uns etwas zu viel Geschwätz drin, und da treffen wir uns auch mit Voten von vorhin. Wenn man digital nach dem Begriff «Konzept» sucht, ergibt das 14 Treffer. Wenn man digital sucht nach «Strategie», ergibt das 12 Treffer. Ja, so geht uns wenigstens die Arbeit nicht aus. Das Legislaturprogramm ist für uns also

auch eine Einladung, mit Vorstössen zu diesen Konzepten und Strategien dann auch für die notwendige Umsetzung, die konkrete Umsetzung, zu sorgen. Und diesen Steilpass nehmen wir dann auch gerne auf für die nächsten 4 Jahre.

Besten Dank und ja, bevor ich es vergesse: Das nächste Mal möchte ich das Broschürchen in diesem konservativ schwarzen Layout lieber in einem smart-grünen Format, danke.

B. Huizinga (EVP): Es mag sein, dass ich das Pferd jetzt von der verkehrten Seite aufzäume, wenn ich zuerst dem Grafikerteam ein Kompliment aussprechen möchte. Das Legislaturprogramm kommt in digitaler wie auch in haptischer Form total attraktiv rüber. Man kann sich schnell einen Überblick verschaffen. Und wir von der EVP sind anders als die FDP der Meinung, das darf durchaus schlank sein, das soll einen kurzen Überblick geben. Die Schwerpunkte sollen die Richtung dieses Programmes angeben und erst in den einzelnen Massnahmen, die wirklich klar formuliert sind, dort können wir dann schauen, was konkret auch umgesetzt wird.

Was auffällt, ist dass bei den 74 Massnahmen 5 Wörter immer wieder wiederholt werden. Es sind alles aktive Wörter, die heissen «Erarbeitung», «Förderung», «Ausbau», «Nutzung» und «Umsetzung». D.h. der Stadtrat geht in dieser Legislatur tatkräftig voran. Die Massnahmen sind konkret, also wir als Parlament können sie nachprüfen. Wir sind gespannt, wie viele am Ende der Legislatur dann auch umgesetzt sind.

Und wir danken in dem Sinne dem Stadtrat für diese Arbeit, der ganzen Verwaltung, und nehmen das Programm positiv zur Kenntnis.

I. Kuster (CVP/EDU): Es hiess, wir sollen das Legislaturschwerpunkte-Programm studieren und kommentieren. Das haben wir gemacht. Es ist jetzt halt ein bisschen länger geworden, aber es war ein spannendes Studium.

Für die CVP/EDU-Fraktion ist eine strategische, langfristige Planung eigentlich selbstverständlich und notwendig für jede öffentliche Verwaltung. Dass dies unter der Führung vom Stadtpräsident Mike Künzle zum ersten Mal eingeführt worden ist, erstaunt und umso mehr ist es sein grosser Verdienst, dass es heute überhaupt eine 12-Jahres-Planung gibt. Es ist erfreulich, dass der jetzige Stadtrat in seiner neuen Zusammensetzung auf der Basis dieser Langfristplanung ein Programm für die laufende Legislaturperiode erarbeitet hat.

Leider wurde es ein bisschen verpasst, Zielkonflikte zu adressieren, die sich z.B. daraus ergeben, dass die finanziellen Mittel begrenzt sind. Wenn man z.B. eine grosszügig ausgestaltete Stadtverwaltung möchte oder üppige Sozialleistungen, dann bleiben einfach weniger Ressourcen für Zukunftsinvestitionen. Das haben wir vermisst.

Dass der «Megatrend» Digitalisierung zum Querschnittsthema bestimmt wurde, ist für uns richtig. Alle anderen Kritikpunkte wurden schon oft genannt. Wir möchten einfach daran erinnern, dass da insbesondere die Bedürfnisse der Nicht-Digitalen-Generation nicht vergessen gehen. Und wie mehrfach erwähnt: Wir von der CVP/EDU-Fraktion wünschen uns ein zentrales Onlineportal für alle digitalen Angebote der Stadt. Ein verzettelter App-Wildwuchs muss verhindert werden.

Ein paar weitere grundsätzliche Gedanken:

Wir nehmen das Legislaturprogramm, wie auch schon erwähnt, lediglich zur Kenntnis. Das ist gut so. Bei den einzelnen Massnahmen ist vorgesehen, dass sie Eingang in die Finanzplanung finden, das hat Urs schon angetönt. Da bleibt bei uns natürlich schon die Frage offen, wann und wo wird der Grosse Gemeinderat in die Umsetzung miteinbezogen? Will man dies, wie das leider in der Vergangenheit oft geschehen ist, einfach ins Budget einfliessen lassen und hofft, so eine lange Diskussion umgehen zu können? Oder können wir für alle relevanten Massnahmen eine Weisung erwarten? Denn so können wir in den Kommissionen eine fundierte, sachliche Diskussion führen und wenn eine klare Weisung vorliegt, kann man das auch entsprechend verabschieden.

Die meisten Langfristziele begrüssen wir. Die einzelnen Massnahmen bieten wenig Überraschendes oder Neues. Auffallend sind der Anglizismus, die Benutzung von Schlagwörtern, eine Ansammlung von zum Teil nichtssagenden Adjektiven. Die Anzahl Erwähnung von Konzept und Strategie ist reziprok proportional zu den messbaren Zielen.

Avenir Suisse hat ein Ranking der Schweizer Städte erstellt. Dieser Bericht zeigt auf, dass Winterthur bei vielen Themen nicht an der Spitze steht. Ich werde bei einzelnen Punkten nochmals auf diesen Bericht kommen.

Jetzt zu den 7 Schwerpunktthemen.

Kultur - und Bildungsstadt: Felix hat das oberste Ziel bereits erwähnt, zu diesem stehen wir. Die Massnahme, ob es dazu eine Markenkampagne braucht, da warten wir gespannt auf die Weisung und Überzeugungsarbeit. Es freut uns, dass die gesetzliche Grundlage hoffentlich bald kommt.

Wirtschaft: Da stehen wir auch hinter dem obersten Ziel, Winterthur soll ein attraktiver Wirtschaftsstandort im Metropolitanraum Zürich sein. Im Folgenden wird alles aufgezählt, was im weitesten Sinn zur Wirtschaft gehört. Aber die Wirtschaft im engeren Sinn, nämlich die Unternehmen und das Gewerbe, das geht vor lauter Schlagwörtern wie Campus und Wissenstransfer unter. Auch die Arbeitsplätze gingen komplett vergessen - oder sind sie einfach mit der neuen Mehrheit im Stadtrat kein Thema mehr? Winterthur kann ohne wirtschaftliche Basis, das heisst ohne Unternehmen, die gut bezahlte Arbeitsplätze anbieten und Steuern bezahlen, nie und nimmer eine Smart City sein oder ihr vielfältiges Kultur- und Sportangebot langfristig finanzieren. Im Avenir Suisse Bericht schneidet Winterthur gerade im Bereich Wirtschaftsfreundlichkeit sehr schlecht ab. Und die vom Stadtrat vorgeschlagenen Massnahmen lassen nicht erwarten, dass sich bei diesem Thema das Ranking von Winterthur verbessern wird. Wir von der CVP/EDU-Fraktion ermuntern den Stadtpräsidenten und den neu zusammengesetzten Stadtrat, weiterzumachen so wie in der letzten Legislaturperiode, also weiterhin dran zu bleiben und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Unternehmungen hier bleiben oder sogar Anreiz für Ansiedlung neuer schaffen. Und wir freuen uns, wenn sie gemeinsam bedeutend mehr Arbeitsplätze in Winterthur schaffen.

Finanzen: Da stehen wir hinter dem obersten Ziel: Winterthur ist finanziell gesund und investiert nachhaltig. Wir nehmen den Stadtrat aber dann auch gerne beim Wort. Es hat uns gefreut, dass zumindest hier bei den Finanzen die Unternehmungen erwähnt werden. Und es freut uns, dass die Gesamtsteuereinnahmen verbessert werden sollen durch Betreuung der Unternehmen. Und nicht etwa über Steuererhöhungen. Urs hat da auch schon das Projekt Vereinheitlichung der Finanzsysteme und -prozesse erwähnt: Hier sind wir gespannt, was dies uns Gemeinderäten bringt, was es für Auswirkungen auf den Budgetprozess hat und schlussendlich auf das Budget (sowohl Form wie Inhalt). Und wir freuen uns, wenn wir erste Auswirkungen möglichst bald spüren.

Mobilität und Energie: Hier fehlt uns in erster Linie die innerstädtische Bahnverbindung, z.B. die Bahnverbindung Seen-Wülflingen würden wir sehr begrüssen, denn so kann ich nämlich schneller zu Thomas kommen, um ein feines Essen zu geniessen. Die Förderung der Verbindung, die im Massnahmenpaket ist (Zürich – Winterthur – Winterthur Grütze) ist sicher auch eine wichtige Verbindung, die unseren Pendlerverkehr bewältigt. Wir bedauern, dass das Verkehrskonzept Neuhegi-Grütze sowie die Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grütze hier fehlen. Wir befürchten, dass deshalb die notwendigen Ressourcen nicht vorhanden sind. Und insgesamt fehlt uns das Miteinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmer. Die Berücksichtigung aller Mobilitätsformen wäre begrüssenswert gewesen. Es freut uns aber, dass sich der Stadtrat als Massnahme die Förderung der Elektromobilität und neuer Mobilitätsformen vorgenommen hat. In dem Fall sind nämlich die Chancen zur Überweisung des Postulats «Aufladestationen für Elektroautos in öffentlichen Parkhäusern» hoffentlich noch grösser! Auch wenn das Konzept noch nicht steht, ein Bekenntnis zur E-Mobilität beinhaltet auf jeden Fall Aufladestationen, auch in städtischen Parkhäusern.

Zum Bereich Sozialer Zusammenhalt: Da haben wir einen grossen Nachholbedarf in Winterthur, andere Städte arbeiten hier besser und haben auch tiefere Sozialkosten. Dies ist sicher keine neue Erkenntnis, wird aber so im Avenir Suisse-Bericht bestätigt. Ob der Stadtrat erkennt, dass er bei diesem Thema als Gesamtbehörde in der Pflicht steht, ist aufgrund der Legislaturziele für uns fraglich.

Urbanität und Lebensqualität: Ich halte da jetzt keinen Vortrag über Urbanität, aber einen Punkt möchte ich doch erwähnen. Urbanität heisst nämlich auch Mobilität und Verkehr, das bedeutet, dass Menschen in die Stadt kommen um zu arbeiten, einzukaufen und Kultur zu

geniessen. Eine Stadt ohne Verkehr ist keine urbane Stadt und wohl eher eine «Schlafstadt» mit allenfalls kulturellem Angebot.

Der letzte Bereich ist die Verwaltung als Dienstleisterin: Es ist richtig und wichtig, die Stadtverwaltung muss sich als kundenorientierte Dienstleisterin sehen. Die Verwaltung ist für die Bevölkerung da und nicht umgekehrt. Die Effizienz ist ein wichtiges Kriterium, leider haben wir diesbezüglich keine Massnahmen und keine messbaren Ziele gefunden, wie die Effizienz gesteigert werden kann und auch nicht, wie und wie oft sie gemessen und bewertet wird.

Wir nehmen das Legislatorschwerpunktprogramm zur Kenntnis.

Und zum Schluss kann ich mir eine Bemerkung zum Layout nicht verkneifen: Die Hauptfarbe ist schwarz. Wieso wurde als Hauptfarbe der Broschüre schwarz verwendet? Sieht der Stadtrat die Zukunft von Winterthur so dunkel?

Stadtpräsident M. Künzle: Ich möchte mich ganz zu Anfang bei unserem Sprachrohr bzw. Mittler dieser stadträtlichen Legislatorschwerpunkte, bei Felix Helg, bedanken. Du hast das so gut vorgestellt, Du könntest glatt ein Stadtrat sein. Danke auch all den Voten, die gefallen sind von den Fraktionen. Es ist mir, das habe ich in der Kommission gesagt, ein sehr grosses Anliegen, dass man, auch wenn man vielleicht nicht einverstanden ist, ein Votum abgibt und damit auch die Arbeit des Stadtrates, mit der Verwaltung, und das ganze Legislaturprogramm auch würdigt. Das ist für uns ganz wichtig, was Ihr darüber denkt, denn sonst arbeiten wir da in eine Richtung, die vielleicht völlig falsch ist.

Völlig falsch kann es aber eigentlich nicht sein, weil wir basieren – das wurde mehrfach zu Recht gesagt – eigentlich auf der Vorarbeit, die diese Regierung bereits gehabt hat. Wir krepeln nicht total alles um. Auch die neue Regierung hat sich ausgerichtet am alten Programm. Man hat natürlich, auch aufgrund der Politik, punktuell gewisse Änderungen gemacht, aber man ging nicht hin und kehrte einfach das ganze Programm um 180 Grad. Was wir wollen – und ich hoffe, dass Ihr uns dabei unterstützt – ist eine moderne Stadt sein, wir wollen eine gut organisierte Stadt sein, eine gut vernetzte Stadt, die letztendlich eine hohe Lebensqualität ausweist. Und an dem arbeiten wir mit der Verwaltung tagtäglich, so dass die Leute gern in dieser Stadt wohnen, gerne arbeiten und auch gerne zu Gast sind.

Gouverner c'est prévoir – das möchte ich nochmals betonen. Unsere Aufgabe und Eure Aufgabe ist es, vorzuschauen und rechtzeitig auf Trends zu reagieren oder eben auch Massnahmen einzuleiten.

Ich denke, was neu ist bei diesem Legislaturprogramm: Wir haben ein Querschnittsthema drin mit der Digitalisierung. Wir haben das klar definiert und wollen da vorwärts machen. Stichwort Smart City, das ist ein sehr grosses Ziel des Stadtrates. Und wir haben wirklich konsequent - auch wenn man das als «Geschwätz» betitelt, was wir da geschrieben haben, aber es ist ein strategisches Papier und das darf ein bisschen Geschwätz drin haben - wir haben das umgemünzt in Massnahmen und wir haben diese Massnahmen mit einem Preisschild versehen. Und dieses Preisschild haben wir im Budget oder im IAFP platziert, d.h. es ist uns bewusst, dass wenn etwas in den Legislatorschwerpunkten steht, dass das auch etwas kostet.

Und noch etwas Allgemeines: Auch wenn etwas nicht in den Legislatorschwerpunkten steht, heisst das nicht, dass wir es dann einfach nicht machen. Sondern dann hat es nicht in diesen Schwerpunkten Aufnahme gefunden. Selbstverständlich erbringen wir weiterhin alle diese Dienstleistungen, die es braucht in einer Stadt – aber sie sind halt nicht in den Legislatorschwerpunkten. Und das gilt auch für speziellere Sachen: Die Erschliessungsstrasse Neuhegi ist bei uns weiterhin ein sehr hohes Anliegen und wird weiterbearbeitet, zusammen mit dem Kanton, auch wenn es da nicht explizit genannt worden ist.

Ich möchte nicht auf alle, natürlich politisch gefärbten Äusserungen eingehen, aber dort, wo es vielleicht Fehler drin hat, möchte ich schon noch etwas sagen. Gerade das mit der Steuerkraft, das haben wir explizit drin beim 3. Kapitel, dass es uns wichtig ist, dass wir die unterdurchschnittliche Steuerkraft, die wir haben im Kanton Zürich, dass wir diese steigern können. Wir haben es dort wirklich explizit genannt, das ist uns ein sehr wichtiger Aspekt. Und es läuft dort über die Wirtschaft, es läuft über die Unternehmen. Das wurde richtig gesagt: Wenn wir unsere Kultur- und Bildungsstadt, alle unsere Dienstleistungen, finanzieren wollen, dann

brauchen wir auch die Wirtschaft, die uns da hilft. Wir brauchen auch die Arbeitsplätze, damit unsere Leute auch etwas verdienen und Steuern bezahlen können.

Urs, Du hast es als «politisches Schmollen» bezeichnet. Ich denke, vielleicht mehr Fleisch am Knochen früher... Es ist in der Tat so, wir haben den ganzen Prozess nochmals eine Stufe professionalisiert, also verbessert. Auch mit Hineinhören in die Verwaltung und Hineinhören in den Grossen Gemeinderat. Und ich denke, da sind wir auf einem guten Weg. Früher mehr Fleisch am Knochen, da bin ich nicht damit einverstanden, sondern es ist wirklich besser als man es vielleicht interpretiert.

Auch bei den Finanzen ist es uns wichtig, dass wir an diesem Budgetprozess arbeiten. Das gilt nicht nur bei den Finanzen. Wir überprüfen unsere Prozessstrukturen immer wieder. Das kann im Kleinen sein, das kann im Grösseren sein. Aber es ist uns ganz wichtig und wir sind offen dafür, wenn man sich irgendwo verbessern und mehr herausholen kann.

Christian Griesser kann ich zustimmen: Kurz, knackig, ausgewogen - und gar nicht so total anders als in der Vergangenheit. Das würde ich auch unterschreiben, zumal ich jetzt schon lange in dieser Regierung bin, das ist wirklich so. Man geht vom Bestehenden aus, man schaut, was die Stadt braucht, man prüft, ob das noch stimmt und man passt es dann an. Aber man kehrt nicht etwas um 180 Grad, denn es braucht eine gewisse Kontinuität, gerade wenn es um Langfristzielsetzung geht - und das hat der Stadtrat auch gemacht.

Kontinuität war auch bei der SP ein Stichwort. Ich danke da für diese Ausführungen. Das mit der Frühförderung ist ein Thema (jetzt noch prominenter drin bei den Legislatorschwerpunkten), das wirklich wichtig ist für den Stadtrat.

Ich teile die Auffassung von Urs Glättli von der GLP, dass das Pflichtlektüre ist, dass Ihr wisst, was der Stadtrat vorhat mit dieser Stadt. Es ist unsere Stadt – Eure und unsere, unser aller Stadt. Und da sollte man wissen, welche Themen uns bewegen. Und auch da nochmals: Wir haben jeder Massnahme ein Preisschild gegeben. Und ein strategisches Papier darf oberflächlich bleiben und ist nicht einfach ein Geschwätz.

Und der EVP, Barbara, möchte ich einen speziellen Dank aussprechen, dass sie dieses Design gewürdigt hat. Wir schauten das als einen mutigen Schritt an, das Schwarz. Das gefällt tatsächlich nicht allen. Es ist aber nicht eine politische Botschaft damit verbunden, sondern es geht wirklich um Design. Wenn man in dem Heftchen blättert, wie mit den verschiedenen Farben umgegangen wird, dann ist das wirklich etwas, wo ich sehr froh bin, dass das wenigstens jemand realisiert hat (wenn es vielleicht auch andere hat, die damit eher ein Problem haben). Dann zu den Ausführungen von Iris: Danke vielmals für die Blumen, die ich erhalten habe. Ich möchte aber auch erwähnen, dass wir die Avenir Suisse, die 2-3 Mal genannt wurde, sehr kritisch anschauen. Wir haben z.T. bei den Resultaten, die Avenir Suisse präsentierte, klar nachweisen können, dass sie falsch sind – einfach schlicht falsch – und deshalb sind wir sehr vorsichtig, wenn die Benchmarks, die von Avenir Suisse genannt werden, überhaupt erwähnt werden und halten uns dort eher zurück. Wir benutzen natürlich lieber die Bilanzen und Vergleiche, bei denen wir auch besser wegkommen... Ich nehme aber die Ermunterung gerne auf, gerade beim Wirtschaftsteil, bei dem die CVP sagt, dranbleiben bei den Arbeitsplätzen. Jawohl, da müssen wir dranbleiben, da hat sich nichts geändert zur letzten Legislatur. Wir wollen Unternehmen hierbehalten, wir wollen sie gut betreuen und wir wollen neue nach Winterthur holen - und da gilt es einfach, die besten Rahmenbedingungen zu schaffen.

Alles in allem: Ich bedanke mich nochmals für die Würdigung der stadträtlichen Legislatorschwerpunkte. Es ist unsere Aufgabe, die des Parlaments und der Regierung, dass wir diese Stadt voranbringen können. Und mit diesem Legislaturprogramm haben wir beste Voraussetzungen. Danke vielmals.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben wir das Legislaturprogramm des Stadtrates zur Kenntnis genommen.

Wir haben bis jetzt in diesem Jahr eigentlich nur zur Kenntnis genommen. Und nach der Pause dürfen wir dann anfangen, auch einmal zu entscheiden.

Ich wünsche guten Appetit.

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüße zur Abendsitzung.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2018.111: Verkehrsbaulinien Johannisstrasse und Malzstrasse

Ratspräsidentin A. Steiner: Das Traktandum 5 wird nicht beraten. Vorgestellt wird das Geschäft von Benedikt Zäch.

B. Zäch (BBK): Ich darf Ihnen das Geschäft 2018.111 vorstellen. Es geht um eine Neufestsetzung von Verkehrsbaulinien an zwei Strassen. Es ist eine technische Geschichte, es sind Einzelanpassungen von zwei Einzelstrassen, die nicht aus einer systematischen Revision herauskommen, sondern von Baugesuchen ausgelöst wurden.

Der erste Ort ist die Johannisstrasse. Das ist eine Strasse parallel zur Römerstrasse, direkt nach dem Bahnübergang, die stadtauswärts geht. Eine kleine Quartierstrasse. Es ist eine Begegnungszone mit Tempo-20. Ein Weg, der 4.5 m breit ist. Sie sehen da die Häuserfassadenlinie, die neu die Verkehrsbaulinie werden soll. Das war bisher nicht der Fall.

Bei einer Baulinienfestlegung 1919 nahm man die Häuserfassade als Baulinie. Bei einer Revision der Baulinie 1969 durch einen Regierungsratsbeschluss hat man diese zurückversetzt - und zwar in die Häuser hinein. Damals war die Überlegung, dass man diese Quartierstrasse mindestens 15 oder 18 m breit halten möchte, damit der Verkehr durch das Quartier gehen kann. Man hat die Baulinien deshalb 1969 zurückversetzt und sie liegen heute quasi in den Häusern. Das hat dann auch diese Revision ausgelöst. Bei einem Haus, das ist das hier, wurde ein Baugesuch gestellt. Das Haus hat einen Inventareintrag wie die beiden daneben befindlichen Liegenschaften. Man hat dann eine Entlassung aus dem Inventar geprüft und auch genehmigt. Und jetzt macht man den Vorschlag, diese Baulinie wieder auf die Fassadenlinie hin zu verlagern, also quasi wieder auf den Zustand von 1919 zurückzuführen.

Sie haben gesehen auf dem Bild, es ist wirklich eine kleine Quartierstrasse und die Strassenbreite ist nicht mehr in diesem Umfang notwendig. Das ist der erste Ort, die erste Neufestsetzung.

Die zweite Neufestsetzung ist Brauerquartier in der Nähe des Spitals. Sie betrifft eine ähnliche Situation. Sie haben da das Luftbild mit der Rychenbergstrasse, mit der Lindstrasse, die da stadtauswärts führt. Es ist heute ein kleiner Fussweg mit einem Fahrverbot. Auch da gab es eine Baulinie von 1896 bzw. 1898. Und die Vorstellungen des Regierungsrates von 1931, bei der es darum ging, die Malzstrasse da neu anzulegen, quasi eine grosszügige Verkehrsführung zu machen. Da zwei Häuserreihen zu ermöglichen, aber v.a. da eine Querspange zu schaffen zwischen Rychenbergstrasse und Lindstrasse. Das entspricht nicht mehr der heutigen Situation. Ich habe da einen Ausdruck gemacht aus dem Stadtplan. Sie sehen da, es betrifft diesen Weg, diesen steilen Weg. Die Verkehrsführung geht anders durch, der Anschluss an die Lindstrasse ist über die Brauerstrasse gewährleistet, der Anschluss an die Rychenbergstrasse über die Malzstrasse – das ist heute eine reine Fussverbindung geworden und damit entsprechen diese Baulinien nicht mehr der heutigen Situation. Sie sehen da übrigens gestrichelt das Bauprojekt, das diese Verkehrslinienrevision ausgelöst hat.

Da ist der Vorschlag, diese Verkehrsbaulinie quasi so zu legen und damit die Fassadenlinie an der Rychenbergstrasse zu betonen – und gleichzeitig im Quartier die Verkehrsführung da zu machen und das wirklich auch als Fussweg zu behandeln.

Das sind die zwei Neufestlegungen. In der BBK wurde dieses Geschäft am 7. Januar behandelt. Die BBK hat es mit 9:0 verabschiedet und das ist auch der Antrag der BBK.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wenn es jetzt keinen anderslautenden Antrag gibt, wird diesen Anträgen entsprechend Rechnung getragen.

Wünscht der Stadtrat noch das Wort?

Stadträtin Ch. Meier: Es ist gut, danke.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2018.114: Kehrichtverwertungsanlage (KVA); Ersatz Verbrennungslinie 2 und Abwasserbehandlungsanlage (ABA), Gebundeneerklärung der Aufwendungen für die Vorstudie

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 6. Einleitend vielleicht ganz kurz: Wir stimmen nachher einfach über den Antrag der BBK gegenüber dem Antrag des Stadtrates ab. Wir stimmen nicht über den Inhalt der Weisung ab, denn Weisungen kann man in dem Sinne nicht anpassen. Die Änderungen, die die BBK innerhalb der Weisung besprochen hat, können natürlich selbstverständlich dem Stadtrat mit auf den Weg gegeben werden. Reto Diener stellt das Geschäft vor.

R. Diener (BBK): Ich möchte Sie kurz mit dem Geschäft 18.114 vertraut machen. Es geht um den Ersatz der Verbrennungslinie 2 in der Kehrichtverwertungsanlage und auch einen Ersatz von der Abwasserbehandlungsanlage und noch ein paar anderen kleinen Sachen, die auch erneuert werden müssen. Es geht um einen Kredit für die Vorstudie dieses Projektes. Es ist eine relativ umfangreiche Sache, Ihr werdet es nachher noch sehen. Es geht um relativ grosse Beträge. Und diese Vorstudie ist jetzt mit 500'000 Fr. veranschlagt und wird so dem Gemeinderat beantragt.

Ich schicke voraus, dass der Antrag des Stadtrates, das wurde bereits erwähnt, eigentlich als gebundene Ausgabe ist. Der Stadtrat hat der BBK bereits zur Kenntnis gegeben, dass er dabei bleiben wird. Wir werden heute Abend dann aber über einen anderen Antrag der BBK entscheiden.

Ganz kurz 2-3 Worte zur Kehrichtverwertungsanlage von Winterthur, ein paar Kennzahlen, um für Sie nochmals in Erinnerung zu rufen, worum es eigentlich geht bei diesem Projekt, was der Rahmen ist. Wir haben eine intensive Verwertung von Abfall, stofflich und thermisch, in dieser Kehrichtverwertungsanlage. Wir produzieren mit diesem System, das wir da heute haben, mit zwei Verbrennungslinien und sehr viel Infrastruktur rundherum, 20% des Winterthurer Stroms, der also da in Winterthur verbraucht wird. Wir produzieren rund 15% der Wärme, die wir in Winterthur beziehen, über den Wärmeverbund mit dem Fernwärmenetz, das von der KVA aus geht. Es werden ca. 180'000 – 200'000 Tonnen Abfall verwertet jährlich, also eine ziemlich erhebliche Menge. Das sind also viele Güterzüge und Lastwagen voll Material, die da angeliefert werden.

Die ganze Infrastruktur ist ja in Stadtwerk eingegliedert und ist, wenn wir das ganze Konzept anschauen, eine rein gebührenfinanzierte, selbsttragende Sache. D.h. es gibt keine Belastung auf das Steuereinkommen der Stadt Winterthur.

Was auch noch interessant ist: Wenn man diese Zahlen noch ein bisschen erweitert, sieht man (ich habe es unten noch notiert), dass ca. 50% des Kehricht aus den Vertragsgemeinden kommen (das ist also die erweiterte Region um die Stadt Winterthur herum, die mit der Stadt zusammen diese Menge von Kehricht exklusiv hierhin liefert). Wir haben als Reststoff, der von der Menge her entscheidend ist, ca. 40'000 Tonnen Schlacke pro Jahr, die anfällt. Diese Schlacke wird nicht einfach direkt deponiert, sondern sie wird nochmals behandelt, auf verschiedene Art und Weise. Und es wird aus dieser Schlacke eben auch noch etwas herausgeholt, nämlich v.a. Metalle, die heute eine sehr interessante Sache sind. Von dieser Schlacke landet nur ein Teil, nämlich ca. 14'000 Tonnen, bei uns auf der Deponie Riet in Oberwinterthur. Ein ziemlich erheblicher Teil geht wieder hinaus in andere Deponien, in der Region, z.T. auch ein bisschen weiter weg. Das sind v.a. die, die Kehricht anliefern, die müssen auch entsprechend das Material wieder zurücknehmen. Aber auf allen Deponien wird heute eine Aufbereitung verlangt, bei der entsprechend diese Materialien herausgelöst werden können.

Konkret geht es jetzt also um die Verbrennungslinie 2. Man sieht da auf dem Bild: Die roten Elemente rundum, das ist eigentlich der grössere Teil der Kehrichtverwertungsanlage, das ist die Verbrennungslinie 1, die man im Jahr 2012 mit einem Neubau in Betrieb genommen hat. Die Kosten waren damals grob 200 Mio.

Jetzt geht es um den grauen Teil, der mit einem Pfeil markiert ist, den inneren Teil, den Verbrennungsofen 2. Es geht um den Ersatz des Elektrofilters, von der Rauchgaswäsche, die modernisiert werden muss, und eben dieser Abwasserbehandlungsanlage. Alle diese Module sind in etwa bis Mitte nächstes Jahrzehnt, bis Grössenordnung 2025, end of life. Und weil man ein solches Projekt nicht einfach schnell zum Boden herausstampfen kann, haben wir einen relativ langen Vorlauf von mehreren Jahren, um so etwas überhaupt umsetzen zu können. Man rechnet Grössenordnung bis ca. 100 Mio. Fr. für diesen Ausbau total, also alle diese Teile, die ersetzt werden müssen. Das ist eine aktuelle Schätzung, aber der Betrag ist noch sehr ungenau. Das ist auch der Grund, weshalb man diese Vorstudie braucht, um das Projekt genauer schätzen und entsprechend vorlegen zu können.

Bei dieser Schlackenaufbereitung gibt es zwei Verfahren, und das will ich noch kurz erwähnen. Um die Metalle zu gewinnen aus der Schlacke, gibt es das sogenannte Nassaustragverfahren oder das Trockenausstragverfahren. Bei der Stadt Winterthur betreiben wir heute das Nassaustragverfahren in der Deponie Riet. Das muss also jeweils in der Deponie passieren, es passiert nicht in der Kehrichtverwertungsanlage KVA selber. Es wäre allenfalls denkbar, das ist eine Option, die in diesem Projekt drin ist, dass man auf ein anderes Verfahren umstellen würde.

Nochmals ganz kurz eine Übersicht zu der Kostensituation: Wir sehen die ca. 75 – 100 Mio. Wenn man da den Verlauf der Investitionen und Kapitalisierungen anschaut, sieht man, dass das 2025, wenn der Bau kommt, einen relativ hohen Finanzierungsbedarf gibt. Aber die Prognosen sind auch da wieder, wie beim ersten Bau, den wir letztes Mal hatten, dass das auch wieder zurückkommt und am Schluss wieder Null ist mit den entsprechenden Fremdfinanzierungen. Das wird natürlich auch wieder ein paar Jahre oder Jahrzehnte gehen, bis so etwas wieder komplett freigeschaufelt ist.

Da nochmals Thema Trockenausstrag. Da ginge es um einen Betrag in der Grössenordnung von 17 Mio., allenfalls ein bisschen mehr, das weiss man auch noch nicht so genau. Das wäre definitiv ein Betrag, der nicht gebunden ist. Das hat auch der Stadtrat so deklariert. Alles andere sieht der Stadtrat als gebundene Ausgabe - grundsätzlich.

Nochmals kurz die Projektphasen gezeigt, um den Zeitplan ein bisschen aufzuzeigen. Eine Vorstudie, die jetzt 2019 laufen soll mit dieser halben Million, die wir freigeben würden. Dann 2021 ein Vorprojekt mit einer präziseren Schätzung und ein Ausführungsprojekt ab 2021 oder auch ein bisschen später. Diese Zahlen sind im Moment natürlich immer noch Schätzungen und einfach Planungen. Planungen übrigens, ganz wichtig, die mit dem Kanton zusammen gemacht werden. Da gibt es ja einen Verbund im Kanton, der die verschiedenen Kehrichtverwertungsanlagen gemeinsam geplant werden, die Kapazitäten und Auslastungen im Kanton auch ein bisschen zugeteilt und verteilt werden, damit alle die Anlagen im Optimum laufen und auch mit den effizientesten Möglichkeiten und Umsetzungen betrieben werden können. Diese Planungen sind also eben mit dem Kanton abgesprochen, mit den anderen Verwertungsanlagen, die im Kanton existieren, die auch ihre Erneuerungsbedarfszyklen haben. Damit macht es eben auch schon wieder sehr viel Sinn, dass man das integriert und quasi miteinander durchführt.

Jetzt nochmals ganz kurz zum Antrag, den der Stadtrat gemacht hat. Er hat vorgeschlagen, diese Ausgaben als gebundene Ausgaben anzuschauen. Die Arbeiten erfüllen eigentlich die Kriterien der örtlichen, zeitlichen und sachlichen Gebundenheit. Die Gebundenheit würde grundsätzlich (das ist jetzt so und wird auch in Zukunft noch mehr so sein) beim Stadtrat liegen. Es gibt jetzt einfach noch die Möglichkeit, dass er die Gebundenheit quasi delegieren kann, dass er sagen kann: «Ich delegiere es der nächsten Instanz zur definitiven Entscheidung, weil ich finde, der Stadtrat hat das in dem Sinne kommuniziert, entscheiden soll das der Gemeinderat, weil es doch um einen ziemlich grossen Betrag geht.» Man muss wissen, dass das eigentlich das letzte Mal ist, dass wir bei einem so hohen Betrag überhaupt im Ge-

meinderat diskutieren können, ob es gebunden sein soll oder nicht, denn das neue Gemeindegesetz sieht das in dieser Form gar nicht mehr vor. Es sieht vor, dass der Stadtrat das in eigener Kompetenz abschliessend entscheiden soll oder muss, ob er Gebundenheit deklarieren will für ein Projekt oder eben nicht.

Weil es doch ein sehr umfangreiches Projekt ist, hat der Stadtrat das dem Gemeinderat vorgelegt und sagte: «Ich will von Euch auch die Entscheidung haben, ob das gebunden sein soll oder nicht.» Wenn man die Gebundenheit sprechen würde für das Vorprojekt, das ist rechtlich so definiert, dann würde das auch die Folgewirkung haben für alle folgenden Projekte in diesem Kontext drin, also für das Vorprojekt und auch das Hauptprojekt. Und das würde natürlich konkret heissen, dass wir im Gemeinderat - oder eben auch das Volk - dann nicht mehr Stellung nehmen können dazu.

Kommen wir zur Beratung in der BBK. Es wurde ja von der Präsidentin schon angesprochen: Der Ersatz dieser Anlagen, die Erneuerung der Infrastruktur, wurde eigentlich von niemandem in Frage gestellt. Was wir ausführlich diskutiert haben, ist eben die Thematik der Gebundenheit. Interessant war, dass auch da sehr viele sagten: «Ja, eigentlich kann man das schon so sehen, dass das gebunden ist.» Es wurde von den wenigsten oder eigentlich von niemandem grundsätzlich verneint. Aber man hatte einfach aufgrund der Höhe des Betrages am Schluss eine Entscheidung, die klar dafür war, dass man die Gebundenheit nicht will, sondern dass man es als Projekt normal laufen lassen will und am Schluss auch, vom Grössenordnungsvolumen her, dem Volk vorlegen will. Der Entscheid der BBK war 8:1.

Ein Änderungsantrag für das «normale» Kreditverfahren, über das wir heute abstimmen, ebenfalls 8:1.

Und nochmals zur Erinnerung: Die vorliegende, geänderte Weisung gilt jetzt also nur für diese Vorstudie.

Hier der Änderungsantrag nochmals aufgelistet, Ihr habt ihn erhalten, er steht auch in den Unterlagen. Der Unterschied zur ursprünglichen Weisung ist eigentlich klar: Es geht ausschliesslich um diese Vorstudie mit diesem Antrag und es geht jetzt darum, dass man diese Vorstudie für den Ersatz dieser Verbrennungslinie 2 und der Abwasserbehandlungsanlage mit diesem Kredit bewilligen kann.

Das wäre von meiner Seite die Vorstellung des Geschäftes. Die Position der Fraktion mache ich später.

M. Gross (SVP): Es freut mich natürlich, dass die Gäste fast hauptsächlich aus Leuten von Stadtwerk bestehen und dass sie da diesem Geschäft aufmerksam zuhören. Reto, vielen Dank für die sehr gute Präsentation dieser Vorlage bzw. auch des Geschäftes. Einen kleinen Fehler muss ich anmerken. Es mag sein, dass Du ab und zu auf dem rechten Ohr nicht so gut hörst, aber... Aber meines Wissens waren einige schon der Meinung, dass die Gebundenheit nicht so ist, dass es müsste als gebunden beschlossen werden. Aber ich komme später noch auf dieses Detail zurück.

Wir haben das Geschäft, wie Du gesagt hast, in zwei Lesungen angeschaut. Die SVP empfiehlt, den Kommissionsantrag der BBK anzunehmen und das Geschäft als nicht gebunden zu erklären, d.h. in eine Kreditvorlage umzuwandeln. Weiter empfehlen wir dann auch, den Projektierungskredit zu genehmigen.

Die Begründung (ich komme zur Gebundenheit): Die Frage der Gebundenheit ist eigentlich keine politische. Der Stadtrat wollte diesen Entscheid trotzdem uns geben, an die BBK delegieren, um sich abzusichern, dass sein Entscheid der Gebundenheit dann auch bei uns gleich ankommt. Dass er sich uns jetzt nicht anschliesst, wo wir das nicht beschlossen haben, sieht ein bisschen seltsam aus und wirkt irgendwie ein bisschen quer in der Landschaft. Wir haben das Geschäft (oder die Gebundenheit) in der BBK wirklich intensiv besprochen und waren uns am Anfang sogar nicht ganz sicher, ob wir das Ganze zurückweisen wollen. Wir haben uns dann aber entschlossen, das in eine Kreditvorlage umzuwandeln.

Eine Meisterleistung des Stadtrates bezüglich Entschlussfähigkeit war diese Delegation aber sicher nicht.

In der BBK war der Ersatz der Ofenlinie weitgehend unbestritten, das hat Reto auch gesagt. Es macht ökonomisch und umwelttechnisch Sinn, die KVA mit zwei Linien zu betreiben. Die

KVA leistet gute Arbeit und bietet der Bevölkerung eine wirtschaftliche und ökologische Entsorgung der Abfälle und eine zielgerichtete Fernwärmeversorgung.

Trotzdem könnte die KVA theoretisch auch nur mit einer Linie betrieben werden. Theoretisch ist das Geschäft also sachlich nicht gebunden und es ist auch nicht zeitlich gebunden. Rein theoretisch. Deshalb hat sich die BBK und auch die SVP entschieden, den Kredit für die Vorstudie bzw. die nachfolgenden Kredite als nicht gebunden zu erklären. Als die erste Ofenlinie erneuert wurde, hat man das auch nicht gemacht. Ich weiss, dass die Fakten dort ein bisschen anders waren, aber die erste Ofenlinie hat man auch nicht als gebunden erklärt, als sie ersetzt wurde.

Bei zu erwartenden Aufwendungen von ca. 100 Mio. soll das Volk das letzte Wort haben. Wir sind sicher, dass wenn man das Volk miteinbezieht, das eine ganz andere Legitimation bekommt, wenn man 100 Mio. ausgibt für diese Ofenlinie.

Wir sind auch zuversichtlich, dass Stadtwerk wie auch wir Politiker gemeinsam (ich hoffe, das ist hier drin unbestritten, dass man eine zweite Ofenlinie ersetzen muss) der Bevölkerung den Wert und die Notwendigkeit einer zweiten Ofenlinie gut erklären können, und dass der Kredit ein guter Kredit sein wird.

Von daher bitte ich Sie alle, den BBK-Antrag zu unterstützen und das Geschäft als ungebunden zu erklären, und dann auch den Kredit für diese Vorstudie über 500'000 Fr. anzunehmen.

M. Bänninger (EVP): Die EVP spricht sich im Grundsatz für den Ersatz der KVA Verbrennungslinie 2 aus und begrüsst den Start der Erneuerungsplanung. Die KVA entsorgt nicht nur den Abfall, sondern sie liefert der Stadt Winterthur auch wichtige Fernwärme und Strom. Die Verbrennungslinie 2 ist in einigen Jahren am Ende ihrer technischen Lebensdauer angelangt. Mit dem Ersatz wird die KVA Winterthur wieder für Jahrzehnte über eine moderne Anlage verfügen, die sicher und effizient betrieben werden kann.

Dass die Kehrrechtverbrennungslinien auf kantonaler Ebene koordiniert sind, ist sinnvoll und stellt sicher, dass nicht für Kleinstmengen von Abfall überdimensionierte Anlagen erstellt werden.

Wir von der EVP unterstützen die Kreditvorlage der Kommission. Wir sind der Meinung, dass gerade der Aspekt der Zeit mit dieser Ausgangslage als planbarer Verlauf gehandelt werden kann. Wir müssen nicht jetzt heute entscheiden, dass wir etwas ersetzen, das gestern in die Brüche ging, sondern wir starten jetzt die Planung des Ersatzes dieser 30jährigen Anlage, damit wir sie dann, Mitte der 2020er Jahre, wieder voll einsetzen können. Wir befinden uns also zeitlich in einem guten Planungsverlauf. Von dem her sehen wir die Kreditvorlage als richtig. Wir stimmen auch dem Vorprojektkredit zu.

M. Nater (GLP): Auch von meiner Seite zwei Themen. Einerseits die Gebundenheitserklärung und andererseits das technische Projekt.

Aus der Weisung: «Der Ersatz einer Verbrennungslinie in der KVA ist indes aufgrund der finanziellen und zeitlichen Dimension ein Projekt von aussergewöhnlicher Bedeutung und der Entscheid über die Gebundenheit der Ausgaben bedarf einer höheren politischen Legitimation.» Da sieht man schon, dass irgendwo auch der Stadtrat nicht ganz sicher war mit dieser Entscheidung der Gebundenheit. Und scheinbar sagen die Rechtsexperten auch nicht zu 100% «Ja, das ist gebunden.» Von daher, eine gewisse Unsicherheit ist da ohnehin vorhanden. Auf der anderen Seite sind wir derselben Meinung wie die SVP: Ein Projekt über 100 Mio. (oder über 80 Mio.) sollte am Schluss der Legitimation auch vom Volk abgesegnet werden. In der BBK wurde fast einstimmig die Gebundenheit abgelehnt, was für das politische System in Winterthur spricht. Es zeigt aber auch auf, dass der Stadtrat es als nicht nötig empfunden hat, ein so ein grosses Geschäft vorgängig mit der Kommission abzustimmen. Das heisst in diesem Geschäft fehlte dem Stadtrat das politische Gespür und vor allem versuchte er, das Projekt ohne die demokratische Mitsprache umzusetzen. Das die Grundhaltung zu dieser Gebundenheit.

Zu diesem Projekt vom Ersatz der 2. Verbrennungslinie der Kehrrechtverbrennungsanlage: Die KVA wurde 1965 gebaut, um Abfall zu vernichten. Heute ist die KVA dazu da, Abfall umweltverträglich zu entsorgen und Wärme, Strom und Wertstoffe zu gewinnen. In der Zukunft

wird die KVA ein Wertstoffverarbeitungssystem sein, welches Energie optimal und mit einer gewissen Flexibilität zur Verfügung stellt. Auch wird sich der Abfall immer mehr zum Wertstoff entwickeln, welcher entsprechend zu verarbeiten ist.

Deshalb sollte bei der Planung auf Folgendes geachtet werden:

- Prüfen, ob die geplante Grösse aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht für die nächsten 25 Jahr stimmt.

- Es ist nicht nur ein Ersatz der Anlage und der nachgelagerten Prozesse anstreben. Bezüglich zukünftigem Wertstoffmanagement und Energiegewinnung soll für die zukünftigen Bedürfnisse geplant und in Varianten gedacht werden.

Der Ersatz der Verbrennungslinie 2 ist ein Projekt, welches aus Sicht Umwelt und Wirtschaftlichkeit sinnvoll ist und bei einem Betrag von ca. 80 Mio. vor das Stimmvolk soll. Daher stimmt die GLP den vorliegenden Antrag für die Finanzierung der Vorstudie der BBK zu und nimmt den Kredit von 500'000 Fr. an.

R. Heuberger (FDP): Auch die FDP-Fraktion begrüsst es sehr, dass die Planung des Ersatzes der KVA-Linie jetzt angepackt wird. Auch wir sind aber der Meinung, dass die Gebundenheit nicht gegeben ist. Einerseits ist es zeitlich nicht gebunden, denn wir haben bei der 2. Verbrennungslinie durchaus die Situation, dass wir schätzen, dass sie ca. 2025 ersetzt werden muss. Aber dieser Zeitpunkt ist eine Schätzung und ob diese Verbrennungslinie dann tatsächlich wirklich ausfallen würde, ist noch in den Sternen geschrieben. Also besteht Handlungsspielraum.

Dass die Revision im Terminplan des Kantons zu einem bestimmten Zeitpunkt vorgesehen ist, macht zwar planerisch sehr viel Sinn, ist aber aus Sicht der Stadt nicht bindend.

Aber es ist auch sachlich aus unserer Sicht nicht gebunden. Denn sachlich, es wurde gesagt, gibt es theoretisch tatsächlich die Möglichkeit, dass man die zweite Linie nicht ersetzt. Es wäre zwar ökonomisch und ökologisch ein Blödsinn, aber theoretisch wäre es möglich. Aber es ist z.B. auch nicht klar, ob neben der Erneuerung der Anlage aufgrund von neuen kantonalen Vorgaben auch noch auf Trockenschlackenaustragung umgestellt werden muss. Das würde die Kosten für die Anlage um rund 17 Mio. (geschätzt) erhöhen. Der Gesamtnutzen der Trockenschlackenaustragung ist unter den Fachleuten jedoch sehr umstritten.

Oder um es noch deutlicher zu sagen: Wenn der Kanton uns zur Umsetzung der Trockenschlackenaustragung zwingen will, damit die Rentabilität seiner Versuchsanlage in Hinwil gesichert ist, dann könnte das Auswirkungen haben auf seinen eigenen Terminplan betreffend dem Ersatzbau der 2. KVA-Linie in Winterthur. Denn uns in Winterthur bringt ehrlich gesagt der Trockenschlackenaustrag gar nichts – im Gegenteil. Wir müssten unsere Schlacke in Zukunft nach Hinwil karren. Wir haben also mit dieser Trockenschlackenaustragung ein Pfand in der Hand. Aber dieses Pfand haben wir nur dann, wenn wir das Geschäft bei uns im Rat behalten. Und wir haben es dann nicht mehr, wenn wir die ganze Planung und Projektierung für gebunden erklären, und damit eigentlich alles in die Hand des Stadtrates legen. Denn nur dann, wenn wir es in der Hand behalten, kann letztendlich die Bevölkerung darüber abstimmen.

Und last but not least, es wurde gesagt, reden wir von Kosten zwischen 75 – 100 Mio. Franken oder noch mehr.

Vielleicht noch zum Kanton und dieser Trockenschlackenaustragung: Dort bin ich dezidiert der Meinung, dass wir dieses Pfand in der Hand behalten müssen und dem Kanton die Zähne zeigen müssen, denn sonst sind wir da in einer sehr schlechten Verhandlungsposition. Ich habe es gesagt: 75 – 100 Mio. Franken. Nachdem die Kosten bei der ersten Ofenlinie doch deutlich aus dem Ruder gelaufen sind, macht es sicher Sinn, wenn das Volk in die Diskussion um die Sanierung der 2. KVA-Linie miteinbezogen wird und letztendlich auch das letzte Wort hat zu dieser Vorlage.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich danke allen Vorrednern und Vorrednerinnen für ihre Beiträge. Es gibt nichts, bei dem wir als CVP/EDU-Fraktion sagen müssten, da wären wir gar nicht einverstanden damit.

Wir sind dankbar dem Stadtrat gegenüber, dass wir als Gemeinderat darüber entscheiden können, ob das gebunden ist oder nicht gebunden. Wir sind dafür, dass es ungebunden ist, dass wir den Prozess bis vor das Volk bringen, v.a. wegen dem hohen Betrag.

R. Diener (Grüne/AL): Von meiner Seite zum Geschäft, die Position der Fraktion Grüne/AL: Ich oute es gerne, ich war derjenige, der dagegen gestimmt hat in dieser Abstimmung. Wir sehen das dezidiert ein bisschen anders. Ich habe vorhin natürlich ein bisschen salopp formuliert, indem ich sagte, die Gebundenheit sei nicht in Frage gestellt worden. Das war nicht ganz korrekt, da gebe ich Dir recht.

Man kann das natürlich auch ein bisschen anders anschauen, nämlich die sogenannte Diskussion über Notwendigkeit oder Wünschbarkeit dieses Geschäftes oder dieses Ersatzes, die ist eigentlich in der BBK und jetzt auch hier drinnen eigentlich von niemandem bestritten worden. Da sind wir uns wahrscheinlich einig. Man kann natürlich selbstverständlich halt von einer «theoretischen Gebundenheit» sprechen. Aber was ist denn das jetzt wieder? Also Entschuldigung, da habe ich jetzt schon ein bisschen Probleme, das ist mir ein bisschen zu abstrakt. Ist es jetzt gebunden oder nicht? Eine theoretische Gebundenheit gibt es glaube ich nicht, sondern es ist immer ein praktischer Entscheid, der aufgrund der Situation gefällt wird. Insofern ist das wahrscheinlich nicht ein Konzept, mit dem man wirklich etwas anfangen kann.

Was ich aber nochmals betonen möchte: Auch wir Grünen/AL stehen natürlich selbstverständlich zu 200% hinter diesem Vorhaben. Wir sind auch dieser Meinung, es wurde gesagt, ich wiederhole es nicht nochmals. Es ist ein gutes Projekt, wir brauchen das in der Stadt Winterthur, gerade auch für die energetischen Zielvorgaben, die wir erreichen müssen. Ich meine aber, wenn man schon dazu steht und sich dafür outet, dass man findet, dieses Projekt ist nötig, wichtig - und eigentlich gibt es keine Diskussion darüber, ob wir das machen müssen oder nicht.

Übrigens ein Hinweis an Romana Heuberger: Es ist nicht so, dass der Trocken- und Nassaustrag da irgendwo inkludiert wäre. Das wäre auf jeden Fall eine nicht gebundene Ausgabe gewesen, das hat auch der Stadtrat klar formuliert. Das kann man nicht einfach hineinsubsummieren. Es ist aus unserer Sicht, wie der Stadtrat es auch formuliert hat, eine notwendige und eine schlicht nicht zu umgehende Investition. Und aus unserer Sicht fehlt da eigentlich nichts, um das als gebundene Ausgabe anschauen zu können. Die Notwendigkeit und Gegebenheiten sind so, dass wir dieses Projekt eigentlich umsetzen müssen, aus ganz vielen verschiedenen Gründen. Und deshalb spricht nichts dagegen, das grundsätzlich auch so anzuschauen.

Stellen Sie sich vor, wir müssten alle die vielen Aufgaben, die als Erneuerungsaufgaben in der Stadt Winterthur anstehen (z.B. Sanierung des Leitungsnetzes für Abwasser, für Wasser) alles hier drinnen jedes Mal diskutieren, wenn irgendetwas erneuert werden müsste. Das würde ja unendliche Diskussionen geben, wir hätten fast jede Woche ein Geschäft zu erledigen. Natürlich, da wäre dann noch die Kreditlimite, bei der der Stadtrat selber entschieden kann, aber trotz allem, das wäre fast, wie wenn wir sagen würden, wenn wir das so handhaben würden, dass man sagt, das ist nicht mehr gebunden, dass wir das Gebundenheitssymbol auf die Müllhalde der Geschichte werfen würden. Denn da kann man jedes Projekt mit dieser Begründung in Frage stellen.

Und dass es letztendlich ein bisschen mehr kostet als eine Abwasserleitung, die wir sanieren, ist grundsätzlich kein Kriterium für Gebundenheit oder nicht. Die Entscheidung, die jetzt da von der BBK-Mehrheit gefällt wurde, ist eine politische Entscheidung, das kann man so sehen. Aber irgendwie sollte man auch dazu stehen. Es wurde zum Teil geäußert, das gebe ich zu, dass man sich durchaus vorstellen könnte, dass man diese Ofenlinie gar nicht baut. Wenn es so ist, ist es insofern wenigstens auch ehrlich, wenn man das dann auch zugibt. Wenn man das aber nicht macht, wie das von den meisten gemacht worden ist, und die Notwendigkeit dieses Projektes eigentlich nicht bestritten wird, dann muss ich sagen, dass es eigentlich für die Katze ist, was wir jetzt anreissen mit diesem Projekt: Wir machen nämlich eine Volksabstimmung, die uns auch wieder viel Geld kostet. Und da höre ich ja von Eurer

Seite immer, wir müssten sparen, wir hätten kein Geld. Jetzt wollt Ihr da wieder Geld ausgeben.

Wir müssen nämlich dem Volk nachher auch plausibel machen können, dass wir dieses Teil ja brauchen. Das habt Ihr ja alle gesagt, das machen wir ja sicher auch. Aber Herr Fritschi hat uns auch gesagt in der BBK, er habe keine Angst vor der Volksabstimmung. Das habe ich auch nicht. Ja, denn wir müssen es auch nicht machen, schlicht und ergreifend. Das wird das Volk genauso verstehen. Und dann ist der Umkehrschluss eben eigentlich auch gegeben: Ist eigentlich unnötig und wir produzieren einen Aufwand, der für nichts ist.

Die Fraktion Grüne/AL bekämpft aber dieses Projekt nicht, wir stehen dazu. Wir werden da trotzdem auch zustimmen.

F. Landolt (SP): Die SP-Fraktion nimmt davon Kenntnis, dass der Stadtrat die besondere Legitimation für die nicht unerheblichen Beträge von 75 – 100 Mio. für den Ersatz der Verbrennungslinie 2 anstrebt. Gleichwohl sind wir eigentlich der Meinung, dass eine Gebundenheit vorliegt und dass der Stadtrat das in eigener Kompetenz hätte vornehmen sollen, wie er das nach der neuen Festlegung auch in Zukunft machen muss.

Der Kanton Zürich ist gemäss Umweltschutzgesetz verpflichtet, eine kantonale Abfallplanung zu erstellen. Dabei werden Festlegungen gemacht und auch Schliessungen, Ersatzplanungen, Kapazitätserweiterungen an den vorgesehen Standorten, die bereits bestehen. Die KVA Winterthur ist ein solcher Standort und daher zeitlich und inhaltlich in eine übergeordnete Planung gemäss Umweltschutzgesetz involviert.

Der Ersatz der Ofenlinie 2 ist geplant auf 2026/28 und eigentlich kann weder das Parlament noch der Stimmbürger in einer Abstimmung frei entscheiden - und um das geht es: Frei entschieden – ob dieser Planung nachgelebt werden kann oder nicht. Durch einen negativen Entscheid wäre die ganze Abfallplanung gemäss Umweltschutzgesetz nicht mehr gewährleistet.

Die SP-Fraktion ist aus diesen Gründen der Meinung, der Stadtrat hätte über die Gebundenheit in eigener Kompetenz befinden sollen. Aber da wir ja eine gewisse Flexibilität haben, haben wir dann am Schluss gesagt, dass wir eine Kreditvorlage daraus machen. Aber es ist klar, dass man damit auch wieder Aufwand generiert: Einerseits das Erstellen dieser Weisungen, andererseits die Volksabstimmungen durchführen. Und das ist eigentlich inhaltlich nicht notwendig.

Wir sind selbstverständlich überzeugt, dass der Ersatz und die ökologischen Vorteile starke Gründe sind, um dieser Ofenlinie 2 zuzustimmen.

U. Glättli (GLP): Erlaubt mir bitte noch ein persönliches Statement zur ordnungspolitischen Ausgangslage, eine persönliche Anmerkung. Ich spreche da nicht zur Gebundenheit, ob diese gegeben ist oder nicht, aber das Geschäft, so wie das der Stadtrat beantragt hat, ist schon ein bisschen speziell. Die ursprüngliche Vorlage ist sehr speziell, wie sie daherkommt. Der Stadtrat hätte sich nämlich die heutige Diskussion ersparen können, er hätte einfach sagen können, der Stadtrat halte diese Investition für gebunden und dann hätte er es als gebunden erklären können und die Ausgabe inklusive Projekt und allem so bewilligen können. Das hätte etwas Mut gebraucht – und v.a. hätte er seine Verantwortung wahrnehmen müssen. Er hat einen anderen Weg gewählt, der etwas speziell ist. Er wollte es uns vorlegen, damit wir uns über das eine Meinung machen. Das hat doch einen Zusammenhang mit der hängigen parlamentarischen Initiative über Publikation von bedeutenden gebundenen Ausgaben. Dort hat man mir hier im Rat vorgeworfen, das käme auf eine Kompetenzverschiebung zwischen Stadtrat und Parlament hinaus, was aber dort überhaupt nicht der Fall ist. Aber das, was da beantragt worden ist, wäre genau das. Und das wäre wirklich falsch.

Lesen Sie mal §105 heute geltendes Gemeindegesetz, also neues Gemeindegesetz. Dort steht klipp und klar: Gebundene Ausgaben können nur Exekutivbehörden (Stadtrat, Schulpflege, eigenständige Kommissionen) bewilligen. Das dürfen wir gar nicht. Wenn wir etwas anderes machen wollen, nicht gebunden oder so, könnte der Stadtrat sich auf das berufen und sagen, gemäss §105 dürfen wir als Stadtrat ja immer gebundene Ausgaben bewilligen oder nicht. Ich treffe mich da sehr genau mit dem, was Felix vorhin gesagt hat.

Und dann beruft er sich auf eine veraltete Gemeindeordnungsbestimmung, die zum letzten Mal (wenn sie überhaupt schon einmal zur Anwendung gekommen ist) nochmals zur Anwendung kommen soll, bevor die neue Gemeindeordnung kommt. Und die Bestimmung in dieser heute noch geltenden Gemeindeordnung der Stadt Winterthur ist eben auch ziemlich exotisch: Sie würde erlauben, dass man im Einzelfall einfach so etwas dem Parlament vorlegen könnte, das eigentlich ursprünglich in der Zuständigkeit des Stadtrates ist. Aber dem widerspricht eben §105 Gemeindegesetz (und Gemeindegesetz ist kantonales Recht und geht der Gemeindeordnung vor). Deshalb ist dieses Vorgehen ziemlich schräg.
Langer Rede kurzer Sinn: Das Fazit von uns: Stimmt dem Antrag der BBK und dann hat sich das dann erledigt.

M. Gross (SVP): Schnell zum 2. eine Replik: Reto, ich muss Dir nochmals widersprechen. Der Trockenschlackenausstrag ist nur nicht gebunden, wenn es keine Weisung des Kantons gibt. Wenn es eine Weisung des Kantons gibt, was zu erwarten ist, wird es als gebunden erklärt. Deshalb macht es eben sehr wohl auch einen Sinn, wenn man das Pfand der Volksabstimmung in der Hand behält, mit dem man allenfalls noch Druck machen kann für die Variante, die wir dann bevorzugen würden.
Und das Zweite ist: Du hast jetzt zwei Mal vom Sparen gesprochen. Ich würde mich oder ich freue mich, wenn Du im nächsten November wieder einmal vom Sparen sprichst und dann höre ich gerne zu, wenn Du Deine Sparanträge präsentierst.

Stadtrat St. Fritschi: Zuerst möchte ich das Positive vorwegnehmen: Das ist nämlich, dass wir in dieser Vorlage in der Sache Einigkeit spüren und hören, wie wir sie selten bei so grossen Vorlagen haben. Ich glaube, es ist fast das ganze Parlament der Meinung, dass man dieses Vorprojekt machen soll. Und das ist für uns, für den Stadtrat ganz wichtig, dass man die Legitimation auch vom Parlament spürt und dass man da wirklich eine grosse sachliche Übereinstimmung hat mit dem, was wir da machen wollen.

Es ist ein grosses Projekt, es wird uns die nächsten paar Jahre beschäftigen in der KVA. Es ist wichtig, dass wir auch die Fernwärme nachher weiterbetreiben können, dass wir auch die Stromproduktion weiter so betreiben können, damit wir auch unsere Energieziele der Stadt erreichen können. Ich erinnere da an das, was wir im ersten Teil der heutigen Sitzung hatten. Damit wir diese Energieziele erreichen können, brauchen wir auch wirklich eine funktionierende Fernwärme und es wäre absurd, wenn wir am Schluss nur noch eine Ofenlinie hätten, dass wir dann den Rest mit Öl und Gas heizen würden, damit wir die Fernwärme weiterhin betreiben können.

Und was ich auch ganz wichtig finde: Wir brauchen eine effiziente KVA. Und eine effiziente KVA braucht eine gewisse Grösse. Es macht keinen Sinn, dass einfach jede grössere Gemeinde im Kanton Zürich eine eigene KVA hat. Eine «gewisse Grösse» ist in etwa die Grösse, die wir da in Winterthur haben. Wir haben eine sehr effiziente, eine sehr ökologische und eine sehr gut geführte KVA - und das wollen wir auch in Zukunft so haben.

Da habe ich in der Kommission und überall Gemeinsamkeit herausgespürt und auch herausgehört.

Und bei der Gebundenheit höre ich jetzt viele, die sagen, dieser Weg sei falsch gewesen. Aber auf der anderen Seite wäre es auch nicht richtig gewesen, wenn wir die Gebundenheit einfach selber entschieden hätten. Also, am Schluss sind alle nicht so glücklich darüber, wie es jetzt ist – aber ich bin nicht sicher, ob Ihr denn so glücklich gewesen wärt, wenn wir einfach (wie beim Heiligbergstollen) einfach informiert hätten, es sei gebunden. Es war auch eine Geschichte bei Stadtwerk, als wir gemerkt haben, dass das Parlament bei grossen Gebundenheiten auch gerne involviert werden möchte. Nicht in Form einer Kreditvorlage, sondern dass man auch informiert, analog dem Ansinnen von Urs Glättli mit seiner parlamentarischen Initiative: Dass man auch publiziert, was man als gebunden erklärt. Das war an sich die Idee dieser Kompetenzweitergabe, dass das vielleicht in der Kompetenz des Gemeinderates gemacht werden soll, damit das Parlament sich intensiv mit diesem Geschäft auseinandersetzen kann, fachliche/sachliche Fragen stellen kann und dann die Gebundenheit erklären. Das ist nicht bei allen auf gutes Echo gestossen, das nehme ich so zur Kenntnis.

Ich möchte es einfach nochmals wiederholen: Die Gebundenheit hat nichts mit der Höhe des Betrages zu tun. Alle diese, die finden, es solle nicht als gebunden erklärt werden, weil der Betrag hoch ist: Da muss ich euch allen sagen, dass sich da die Rechtsexperten einig sind. Die Höhe des Betrages hat nichts zu tun mit Gebundenheit.

Und ich muss Markus Nater auch sagen: Es hat auch nichts mit dem Gefühl, mit dem Spüren zu tun. Eine Gebundenheit ist eine sachliche Abwägung. Eine Gebundenheit hat immer eine gewisse Grauzone oder einen gewissen Spielraum, das ist bei jeder Gebundenheit so. Aber der Stadtrat ist ganz klar der Meinung: Dieses Geschäft, so wie wir es da haben, ist gebunden. Und wir halten daran auch fest, auch wenn das Parlament es zu einer Kreditvorlage ändert.

Ich hoffe, dass Ihr einen weisen Entscheid fällt. Und ich hoffe, dass wir wirklich die 2. Ofenlinie projektieren können, dass wir diese Vorstudie machen können, damit wir bereit sind, um die Sanierung dann, wenn sie im kantonalen Ablauf der Sanierungen ansteht, wirklich durchzuführen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stellen zuerst die beiden Anträge gegenüber. Im Anschluss wäre es möglich, einen Ablehnungsantrag zum obsiegenden Antrag zu stellen, damit die ganze Weisung bachab geschickt würde. Das habe ich allerdings bisher nicht herausgespürt, dass das so wäre.

Wir kommen zur Abstimmung, wie es hier vorne steht und auch auf dem gelben Blatt.

Wer am ursprünglichen Antrag des Stadtrates festhalten möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dem Antrag der BBK zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist eine klare Mehrheit.

Gibt es einen Ablehnungsantrag zur gesamten Weisung? – Nein.

Damit ist diesem Geschäft zugestimmt worden mit der Formulierung der BBK.

Ich weise da an dieser Stelle darauf hin, dass sich entsprechend auch der Titel der Weisung leicht anpasst. Die Worte «Gebundenerklärung der Aufwendungen für die» werden gestrichen, der Titel wird da dann erneuert.

Damit wäre dieses Geschäft abgeschlossen, mindestens vorläufig, was die Vorstudie betrifft.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2018.124: Verpflichtungskreditabrechnung per 30.06.2018

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 7. Auch dies ist wieder ein Geschäft ohne Beratung und Zeno Dähler stellt uns das kurz vor.

Z. Dähler (BBK): Bei diesem Geschäft geht es um 1 Mio. Beitrag der Stadt Winterthur im Rahmen des Hochwasserrückhaltebeckens in der Hegmatten. Es ist dort die Situation, dass wenn ein Hochwasser ist, der Segelflugplatz überschwemmt wird. Und hätte man nichts gemacht, wäre auch der Hangar überschwemmt worden.

Man hat im Vorfeld abgeklärt, ob es Sinn macht, diesen Hangar mit baulichen Massnahmen zu schützen. Die Stadt Winterthur, der Kanton und die Segelfluggruppe Winterthur kamen dann zum Schluss: Nein. Es ist sinnvoller, das Areal entsprechend anzuheben und den Hangar auf dem höhergelegten Gelände neu zu bauen. Dafür haben wir als Gemeinderat damals 1 Mio. Franken Beitrag gesprochen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank für das schnelle und kurze Vorstellen des Geschäftes. Damit ist der Verpflichtungskreditabrechnung zugestimmt worden.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2018.110: Begründung der Motion R. Keller (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. PraktikantInnen in Kitas

Ratspräsidentin A. Steiner: Das Traktandum wird auf Wunsch der Motionärinnen von der Traktandenliste abgesetzt.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2018.123: Begründung der Motion A. Geering (CVP) und Zeno Dähler (EDU) betr. zusätzliche Garderoben für die Zielbau Arena

Ratspräsidentin A. Steiner: Das Traktandum wurde zurückgezogen und ist damit als erledigt abgeschrieben.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2018.122: Begründung des Postulats A. Geering (CVP), Z. Dähler (EDU), R. Kappeler (SP) und S. Kocher (GLP) betr. Zukunftsplanung für die Zielbau Arena

und

11. Traktandum

GGR-Nr. 2018.7: Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), M. Trieb (SVP), M. Zehnder (GLP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. «Garderoben der Zielbauarena»

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zu Traktandum 10 und 11, die wir zusammen behandeln werden. Andreas Geering hat das Wort.

A. Geering (CVP/EDU): Wir haben diese Behandlung zusammen, Traktandum 10 und 11. Das Postulat und die Antwort zur Interpellation «Garderoben der Zielbauarena» (Geschäft Nr. 2018.7).

Ich gehe zuerst auf die Beantwortung der Interpellation ein. Mit der Antwort zur Interpellation hat der Stadtrat eigentlich zum Ausdruck gegeben, dass er mit der Situation, wie sie sich präsentiert, nichts macht. Wir von der CVP/EDU-Fraktion waren nicht zufrieden mit dieser Antwort.

Es ist so, dass in diesem ganzen Eisfelder-Komplex in der Zielbau Arena und den beiden Aussenfeldern eigentlich zu wenig Garderobenraum vorhanden ist. Die Kinder der Eislaufschule des Winterthurer Schlittschuh-Clubs müssen sich in der öffentlichen Garderobe umziehen. Und entgegen der Darstellung des Stadtrates machen sie mehr als nur die Schuhe zu wechseln. Dann gibt es neu die LeistungssportlerInnen aus dem Talent Campus von Win4, die sich auf Klappbänken in Gängen umziehen müssen. Und so hat der Stadtrat eigentlich den Eindruck bestätigt, dass es zu wenig Garderobenraum hat, dass man eigentlich mit diesem Betrieb, der heute auf diesen Eisflächen betrieben wird, eigentlich von den Garderoben her am Limit ist oder das Limit bereits überschritten hat.

Trotzdem zeigt der Stadtrat nicht auf, wie er dann mit dieser Situation umgehen will und wie er diese Situation verbessern will.

Deshalb fordern wir mit dem vorliegenden Postulat einen Bericht, eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Zielbau Arena und der Aussenfelder für die nächsten 15 – 25 Jahre zu erstellen. Der Stadtrat soll in dieser Planung aufzeigen, wie dass er die Garderobensituation beheben kann und wie ein Teil oder sämtliche Aussenfelder allenfalls gedeckt werden könnten. Er soll dabei auch eine Teil- oder Vollfinanzierung durch Dritte prüfen.

Bei dieser Planung, die der Stadtrat vorlegen soll, sollen die Entwicklung der Clubs (Eishockey Club Winterthur und Winterthurer Schlittschuh-Club) ebenso antizipieren wie die Entwicklung der öffentlichen Nachfrage von Familien, Kindern und auch Schulen auf diesem Eis. Bei der ganzen Planung ist auch zu berücksichtigen, dass unsere lokalen Eisflächen unterdessen auf dem Radar des nationalen Eislauftsports angekommen sind. So hat doch der nationale Eislauftsport den Sportpark Deutweg zu einem nationalen Leistungstützpunkt ausgewählt. Das ist ein Gütesiegel für den Sportpark, für den Winterthurer Schlittschuh-Club und auch für Win4. Aber wir müssen schauen, wie wir den Bedarf dann auch abdecken können. In diesem Sinn bitte ich Euch, das Postulat zu unterstützen und eine zukunftsgerichtete Entwicklung in diesem Gebiet des Sportparks Deutweg und der Zielbau Arena zu ermöglichen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Gibt es einen Ablehnungsantrag des Postulats?

M. Gross (SVP): Zur Zielbauarena sind ja nun mehrere Eingaben gemacht worden. Wir begrüßen, dass man diese zusammenlegt und gemeinsam diskutiert.

Die SVP unterstützt natürlich eine zielgerichtete Weiterentwicklung von Sportangeboten in der Stadt Winterthur. Diese muss aber auch dem wirtschaftlichen Aspekt Rechnung tragen können.

Das Postulat „Zukunftsplanung für die Zielbau Arena“ wird nur von einem Teil der Fraktion mitgetragen – ich bin zwar dafür, aber ich müsste noch den Ablehnungsantrag für den anderen Teil stellen... Ich stelle in dem Fall für den Teil, der bei uns nicht zustimmt, den Ablehnungsantrag, damit das gleich gemacht ist.

Die Beantwortung des Stadtrates zur Interpellation bezüglich der Garderoben nehmen wir positiv zur Kenntnis. Die Zielbau Arena erfreut sich wie gesagt grosser Beliebtheit und die Auslastung steigt. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung. Deshalb ist es auch folgerichtig, dass man eine langfristige Planung in Angriff nimmt.

Grundsätzlich ist die Eissporthalle Winterthur aber auf einem sehr hohen Stand. Verglichen mit anderen Anlagen (z.B. Wetzikon oder Bäretswil) sind wir sogar auf Top-Niveau. Natürlich gibt es auch den Bedarf an weiteren Garderoben – insbesondere für die Eiskunstläuferinnen und Eiskunstläufer. Die Garderoben für die Hockeyspieler sind sehr, sehr grosszügig, dort hat keiner ein Problem.

Eine zusätzliche Überdachung des ersten Ausseneisfeldes hätte in mehrfacher Hinsicht positive Auswirkungen. Es wäre eine intensivere Nutzung möglich – Schnee, Wind und Regen verunmöglichen teilweise Training und Wettkampf. Auch ökologisch hätte die Überdachung Vorteile. Leider sind aber die Kosten dementsprechend hoch. Ca. 2.5 Mio. rechnet man für die Überdachung des Eisfeldes – und das nur nach Vorstudie. Und die Garderoben wären da noch nicht einmal drin.

Es stellt sich an diesem Punkt grundsätzlich die Frage, welche Sportarten wie gefördert werden. Stehen Handball (das haben wir ganz am Anfang schon gehabt), Eishockey und Fussball immer im Vordergrund und werden diese immer gefördert oder gibt es ein Konzept, wie man Sportarten in der Stadt Winterthur fördert? Gibt es Kriterien, wen man subventioniert? Heute scheint es so, dass wer am lautesten schreit, am meisten Geld kriegt. Und das ist eigentlich nicht richtig.

Wir unterstützen das Postulat wie gesagt teilweise (wir haben Stimmfreigabe beschlossen) und nehmen die Antwort der Interpellation positiv zur Kenntnis.

D. Berger (Grüne/AL): Zuerst einmal muss ich sagen: Eine gute Rede von SVP-Seite. Meine kommt relativ ähnlich daher.

Wir haben Engpässe im Sportbereich, das ist ein Dauerthema. Wir haben zu wenig Rasen, wir haben zu wenig Wasserfläche, wir haben zu wenig Hallen (das ist jetzt wieder ein bisschen besser, mal schauen, wie lange das anhält) oder eben, wir haben zu wenig Garderoben. Und ja, die Frage ist halt immer, ab wann ein Zustand nicht mehr tragbar ist.

Ich bin auch Aktivsportler und ich sehe auch grosse Unterschiede. Wenn ich gegen Zugsportspiele in Oberägeri, dann hat es dort eine fancy Garderobe mit Tresor und allen Gadgets. Und wenn ich dann in Neuchâtel bin, muss ich mich im Wald umziehen und eine Viertelstunde den Hügel hinaufgehen, um nachher zu duschen. Oder wenn in Cern spiele in Frankreich, dann hat es irgendein Holzhäuschen mit einer Bank und einer Dusche. Und schlussendlich: Den Sport kann ich immer ausüben. Es geht vielleicht ein bisschen länger, bis ich sauber werde, aber schlussendlich will ich ja einfach meine Sportart ausführen können. Und das gilt auch da.

Ab wann ist es wirklich nicht mehr tragbar? Das müssen wir uns fragen. Und was hat Priorität?

Ich kenne den Eissport nicht gut und zur Einordnung der Situation muss ich mich halt wirklich auf die Interpellationsantwort stützen. Und da kommen wir schon auch zum Schluss: Ja, es ist unangenehm – aber nicht prekär.

Jetzt zu diesem Postulat. Den Preis für das Dach haben wir schon in der Antwort. Den Preis für eine Stangengarderobe haben wir auch schon in der Antwort. Und wir können noch so lange planen, was toll wäre – wenn wir das Geld nicht haben, dann ist das für die Füchse. Ich denke aber, damit es nicht wieder so Schnellschüsse gibt wie die abgesetzte Motion, ist es vielleicht doch gut, wir überweisen das Postulat und machen eine Auslegeordnung. Und dann diskutieren wir darüber, was wir wollen und was wir uns leisten können.

Und ich möchte klar festhalten, dass die Überweisung dieses Postulates keine Prämisse ist, dass wir sicher eine Garderobe auf Oberägeri-Niveau wollen und ein super Dach; aber dass wir alles büscheln und dann entscheiden können. Und nicht, dass wieder jemand laut ruft, einen Parlamentarier füttert (das meine ich jetzt nicht, dass das passiert ist, aber ich habe das Gefühl, das passiert und das passiert auch bei Dir), und dann gibt es wieder einen Schnellschuss. Da ist es besser, wir planen das richtig.

Die Finanzierung durch Dritte: Ich glaube, das Geld, das bei Privaten rumliegt für den Sport, geht jetzt eh zu Pfadi, aber wenn die nationalen Organisationen uns natürlich im Fokus haben als Leistungszentrum oder so, dann sollen die uns doch ein Dach zahlen. Ich meine, nur weil wir in den Fokus dieser nationalen Eisorganisationen geraten, heisst das nicht, dass wir deswegen ein Dach bezahlen müssen.

S. Kocher (GLP): Die Antwort des Stadtrates zur Interpellation „Garderoben der Zielbauarena“ nehmen wir zur Kenntnis. Positiv zu werten ist sicher die Tatsache, dass der Stadtrat die kritische Situation rund um das Thema Garderoben bestätigt. Er stellt nicht nur eine aktuelle problematische Situation fest, sondern hält auch fest, dass diese schon seit mehreren Jahren besteht. Zusätzlich weist er auf eine stetige Zunahme dieses Problems hin. Das zeigen auch die leider nur temporär offenen Sofortmassnahmen.

Trotzdem hat der Stadtrat das Projekt zur Überdachung der Ausseneisfelder mit möglichen neuen Garderoben aus der Investitionsplanung gestrichen. Es scheint, als wolle man diese Situation zu Lasten der Nutzer ignorieren. Symptomatisch sind leider auch in der Interpellation nicht alle gestellten Fragen beantwortet worden. Zur klaren Frage, ob es Platz für zusätzliche temporäre Garderoben hat, wird nur im Konjunktiv geantwortet. Die Frage nach den Kosten wird gänzlich ignoriert. Auch bei der Frage nach fixen zusätzlichen Garderoben wird auf die Beantwortung der Kosten verzichtet respektive süssfisant darauf hingewiesen, dass man sich darüber noch gar keine Gedanken gemacht hat. Auch die Frage nach möglichen Drittmitteln zur Finanzierung der Überdachung bleibt unbeantwortet.

Es braucht da aber in absehbarer Zeit einen konkreten Lösungsvorschlag, um die Situation einerseits kurzfristig, aber auch mittel- bis langfristig zu lösen. Wir leisten uns ein Hochleistungssportzentrum, identifizieren klare Missstände – und machen nichts. Wir denken, das ist

nicht im Interesse aller Anspruchsgruppen. Damit jetzt sofort an einer Lösung für den Engpass im Garderobenbereich und an wetterunabhängiger Eisfläche gearbeitet werden kann, bitten wir alle, dieses Postulat zur Zukunftsplanung für die Zielbau Arena zu unterstützen.

L. Banholzer (EVP): Zuerst zur Interpellation: Wir nehmen die Antwort des Stadtrates auch zustimmend zur Kenntnis. Die wichtigste Aussage darin ist für uns: Auch wenn die Garderoben knapp sind, alle Gruppierungen, die Eisfläche benötigen, können auch Eisfläche benutzen. Die Überdachung der Aussenfelder ist für uns sekundär. Dass im Moment andere und dringendere Investitionen im Vordergrund stehen, sehen wir auch so, sonst hätten wir auch die Motion unterstützen können.

Zum Postulat betreffend Zukunftsplanung des Eissportlauf: Das Postulat fordert ja den Stadtrat auf, aufzuzeigen, wie langfristig die Pläne für die Eishalle und die Aussenfelder aussehen. Wir nehmen an, dass auch dem Stadtrat bewusst ist, dass sich mit dem Angebot von Win4, dem Talent Campus, die Nutzung der Eisfelder und der Garderoben noch weiter erhöhen wird und dass darum auch gewisse Erweiterungen und Verbesserungen der Infrastruktur nötig sind. Ob allerdings mit einer solchen Langfristplanung jetzt schon eine Finanzierung durch Dritte geklärt werden kann, das bezweifeln wir.

Trotzdem finden wir es auch gut, wenn einmal eine Auslegeordnung gemacht wird, und man einmal klärt, was möglich ist und was gewünscht wird. Wir werden deshalb das Postulat auch unterstützen.

M. Steiner (SP): Die Sportaktivität der Winterthurer Bevölkerung wächst kontinuierlich. Immer mehr Personen treiben immer mehr Sport. Das ist ein gutes Zeichen! Aber es bringt, wie bereits bei anderen Sportanlagen, die bestehende Infrastruktur an ihre Grenzen. Der Nutzungsdruck, gerade bei der Eishalle Deutweg, wächst seit Jahren.

Wir leben in einer schnelllebigen Zeit. Was an Sportinfrastruktur vor 15 oder 20 Jahren noch top war, kann den heutigen Ansprüchen im Wandel der Zeit nicht mehr genügen. Bis jetzt konnte man jedoch mit Behelfslösungen und organisatorischen Massnahmen auf diese Situationen reagieren. Dieser Prozess hat aber seine Grenzen – und eine bedarfsgerechte Infrastruktur lässt sich nicht auf die Schnelle errichten.

Die SP-Fraktion unterstützt deshalb das Anliegen, vorausschauend und proaktiv auf Herausforderungen für Förderung des Breitensports einzugehen. Breitensport bedeutet ja auch Sport für alle. Ziel ist eine weitere Steigerung der Sport- und Bewegungsaktivitäten der gesamten Bevölkerung. Dazu gehört auch eine Eissportanlage mit genügend grossen Raum- und Flächenangebot. Mit so wenig Engpässen wie möglich. Oder – wie es auf der städtischen Website beim Sportamt heisst: „Eishalle Deutweg, da cha mer Schlittschüehle und Chneble.“

Th. Leemann (FDP): Erstens möchte ich erwähnen, dass es im Rat nicht üblich ist, dass wenn man eine Interpellation beantwortet bekommt und die im Rat noch nicht besprochen wurde, dann vorgängig noch ein Postulat oder eine Motion zum gleichen Thema einreicht. Aus diesem Grund hat die FDP-Fraktion weder das Postulat noch die Motion unterzeichnet. Durch das, dass wir eine gute neue Eisanlage gebaut haben, wird die Eisfläche durch mehr Vereine genutzt. Bei den Winterthurer Vereinen, Schlittschuh-Club Winterthur und Eishockey Club Winterthur, haben unerwartet die Juniorinnen und Junioren stark zugelegt. Wir danken allen Vereinen in Winterthur für ihre super Jugendarbeit, die sie leisten.

Gut, dass wir die Eisanlage gebaut haben. Gut, dass sie so viel genutzt wird. Schade, dass die Garderoben nicht reichen. Eine gute Idee hatte man in der Saison 2016/17, als man unter der Terrasse des Restaurants eine Containergarderobe zum Umziehen für den Schlittschuh-Club machte als Notlösung. Dank Win4 sind die Eisfelder noch besser ausgelastet. Aber die Situationen in den Garderoben haben sich dadurch leider weiter verschärft. Als Notnagel wurden in den Korridoren der Zielbau Arena Bänkli aufgestellt zum Umziehen.

Die Überdachung des Aussenfeldes hat man aus Kostengründen von 2.5 Mio. Fr. zurückgestellt (eigentlich kann man sagen, man hat es auf Eis gelegt). Bevor die Überdachung ins Auge gefasst wird, müssen wir zuerst die Garderobensituation in den Griff bekommen.

Das eingereichte Postulat werden wir von der FDP unterstützen. Aber als erstes sollten die Garderoben geplant werden, die es jetzt braucht. Als zweites sollte die Gesamtplanung der Zielbau Arena und von Win4, Überdeckung Ausseneisanlage, ins Auge gefasst werden. Fazit: Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation, nehmen sie zustimmend zur Kenntnis und werden das Postulat unterstützen.

Stadtrat J. Altwegg: Zuerst freut es mich natürlich, dass unsere Interpellationsantworten im Grundsatz auf positives Echo stossen, mit dem einen oder anderen Kritikpunkt, wo ich versuche, jetzt auch noch Stellung dazu zu nehmen.

Es ist grundsätzlich so: Das Sportamt und der Stadtrat anerkennen die Herausforderungen, die wir haben mit dem Garderobenraum bei der Zielbau Arena. Jetzt ist einfach die Frage, was macht man zuerst. Kümmern wir uns zuerst um die Sportanlagen und nachher um die Garderoben – oder eben umgekehrt? Da gehen die Meinungen offenbar ein bisschen auseinander. Das Sportamt und der Stadtrat sind der Meinung, dass man zuerst für die Sportanlagen schauen soll, damit man dort mehr Platz hat, und dann die Garderobensituation (am besten natürlich im gleichen Aufwasch) auch verbessern kann.

David Berger hat es schon ein bisschen erläutert: Andere Sportarten warten schon viel länger darauf, dass entweder nur schon bei der Sportanlage - manchmal sogar ihre Garderobe - erneuert oder erweitert wird. Von daher ist der ganze Eissport eigentlich in einer relativ guten Situation. Wir haben es gehört, in anderen Anlagen sieht das viel schlechter aus. Oberägeri ist ein Ausreisser in die andere Richtung, dort sieht es tatsächlich deutlich besser aus. Auch das gibt es natürlich.

Es wurde vorgeworfen, dass wir die Alternativen nicht angegeben haben. Ich gebe es zu, es ist nicht zu jeder Frage unten gleich die Antwort, weil sie teilweise oben schon kam. In der Interpellationsantwort waren die Antworten teilweise zusammengefasst. Eine Möglichkeit, jetzt quasi provisorisch eine solche Garderobe zu machen bei der Zielbau Arena, wäre über dem Retentionsbecken (das ist zwischen der Eishalle und der Industriestrasse). Dort hat es einen Tümpel, der normalerweise trocken ist, wenn es nicht geregnet hat. Dort könnte man darüber ein Stahlgestell machen und darauf einen Container. Ich bezweifle, dass irgendjemand dort hinübergeht, sich dort umzieht und wieder zurückkommt, weil der Weg einfach viel zu weit ist. Da nimmt man dann wohl die engen Garderoben trotzdem noch in Kauf.

Michael Gross hat es gesagt: Wirtschaftliche Aspekte sollen da eine Rolle spielen. Wir sprechen von viel Geld, das man investieren müsste. Auch wenn die Auslastung steigt, sind wir da noch weit davon entfernt, dass das Geld wieder zurückgespielt würde.

Wo ich mich dagegen wehren muss, ist die Aussage, es gäbe kein Konzept für Sportförderung. Das gibt es sehr wohl und wir unterstützen fast alle der über 100 Sportarten auf irgendeine Art, sei das mit Sportgeräten, Sportplätzen usw. Und alle die Clubs und Vereine, die Jugendsportförderung machen, bekommen vom Sportamt einen Beitrag. Abhängig davon, wie viele Jugendliche mitmachen, gibt es entsprechend ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger Geld. Nicht dass das ein riesig grosser Geldbetrag wäre – aber das ist das Konzept unserer Sportförderung in Winterthur, das ich eigentlich auch ganz gut finde und gerne weiterpflege.

Als Hinweis, wenn Sie das Postulat wirklich unbedingt überweisen wollen (damit ist auch klar, ich wäre eher froh, wenn Sie das nicht machen würde): Ich habe diverse Male gehört „Sofortlösung“. Ich erinnere daran: Im Postulat steht, ein Bericht, was wir in den nächsten 15 bis 25 Jahren planen zu machen mit der Zielbau Arena. Also von „sofort“ sind wir da ganz weit weg. Und ich wage zu behaupten, dass niemand in diesem Raum in 15 – 25 Jahren noch dabei sein wird. Nicht dass es eine grosse Rolle spielt, auch die Leute, die dann im Gemeinderat und im Stadtrat sitzen, werden da Lösungen brauchen dazu. Aber eine Sofortlösung ist es sicher nicht.

Dann gehe ich mit Markus Steiner einig: Wir wollen natürlich für den Breitensport etwas machen, das ist klar, für die Gesamtbevölkerung. Ich glaube, unsere Zielbau Arena macht auch einen guten Beitrag dazu.

Tom Leemann möchte gerne zuerst das Garderobenproblem lösen und dann die Überdachung. Wie gesagt, wir wären der umgekehrten Meinung, wir würden die Überdachung planen

und versuchen, die Garderoben gleich dort drin unterzubringen. Von vorne, wo das Restaurant ist, dort können wir keine weiteren Container mehr platzieren.

Falls Sie das Postulat doch überweisen sollten, werden wir natürlich nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, einen solchen Bericht zu verfassen. Ich möchte aber gleich vorausschicken, dass ein Bericht schreiben nicht dasselbe ist wie planen. Bei uns heisst planen, dass wir ein Architekturbüro beauftragen, einen Plan zu zeichnen und eine Kostenschätzung abzugeben, mit der man dann relativ genau sagen kann, was das kosten würde. Deshalb sind das, was wir in der Interpellationsantwort drin haben, Kostenschätzungen. Dabei hält man den Daumen in die Luft und schätzt, was das ungefähr kosten könnte.

Damit wären wir bei der Drittfinanzierung. Auch das ein ganz schwieriger Punkt. Wenn wir auf die nächsten 15-25 Jahre zielen, finden wir ganz sicher niemand Privaten, der auf so lange Zeit hinaus irgendwelche Versprechungen macht. Natürlich kann man mit einschlägigen Firmen sprechen und einmal vorsichtig fragen, wie allenfalls eine Beteiligung aussehen könnte. Das können wir selbstverständlich machen.

Dann noch ein Hinweis an Marc Wäckerlin, der zwar jetzt nichts gesagt hat, aber vor der Abendpause fand, wir könnten doch eigentlich mit unseren Verwaltungskosten alles abdecken. Ich schätze, dass der Bericht, den Sie da verlangen, wenn Sie das Postulat überweisen, locker eine Mann-Woche Aufwand gibt. Selbstverständlich zu Verwaltungskosten, es werden keine weiteren Kosten verrechnet, auch wenn es in ein grosses Projekt hineingehen könnte.

Also, bitte überweisen Sie das Postulat nicht. Wir bleiben dran, wir schauen die Auslastung an und wir werden gerne langfristig anschauen, wie das allenfalls mit einer Überdachung aussieht. Das braucht aber wie gesagt etwas Zeit. Wenn es eine Drittfinanzierung gibt – umso besser.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Es gibt einen Ablehnungsantrag von einem Teil der SVP-Fraktion.

Wer der Überweisung dieses Postulats zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte?

Das ist eine klare Minderheit.

Damit ist das Postulat überwiesen und die Interpellation abgeschrieben.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2018.121: Begründung des Postulats I. Kuster (CVP/EDU), M. Nater (GLP) und S. Müller (EVP) betr. Parkplätze für Elektroautos mit Aufladestationen in städtischen Parkhäusern und öffentlichen Parkplätzen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 12, Postulat Parkplätze. Iris Kuster hat das Wort.

I. Kuster (CVP/EDU): Mit dem vorliegenden Postulat wollen wir von der CVP/EDU-Fraktion, dass der Stadtrat die E-Mobilität in Angriff nimmt. Und dies am Beispiel der Aufladestationen für Elektroautos. Dazu soll er zumindest in den städtischen Parkhäusern und bei städtischen Parkplätzen ein minimales Angebot an Parkplätzen mit Elektro-Aufladestationen schaffen. Das Postulat lässt dem Stadtrat bewusst einen grossen Handlungs- und Entscheidungsspielraum. Wir lassen offen, welche Ladestationen er anbieten soll, ob er sie ausschreibt, ob er sie selbst betreibt, ob sie kostendeckend, gewinnbringend oder aus dem Klimafonds unterstützt werden sollen.

Auch soll der Kunde auswählen können aus verschiedenen Stromvarianten.

Mit dem Postulat rennen wir offenbar gemäss Legislaturprogramm offene Türen ein (Massnahme: «Erarbeitung einer Strategie und eines Konzepts zur Förderung der Elektromobilität und neuer Mobilitätsformen»). Wir freuen uns, dass der Stadtrat unsere Zielsetzung teilt.

Trotzdem halten wir am Postulat fest. Wir wollen nicht einfach über eine Reduktion des CO₂-Ausstosses im Verkehr diskutieren und auf das Konzept warten, sondern rasch Nägel mit Köpfen machen und das Angebot von Elektrotankstellen rasch und pragmatisch ausbauen. Und ich weiss es, zurzeit wird das E-Auto oft angegriffen und als nicht nachhaltig hingestellt, man kann schon fast von einem Bashing reden. Ja, das Elektroauto hat Vor- und Nachteile, so wie jedes Verkehrsmittel. Und ja, es gäbe noch bessere Möglichkeiten, leider fehlt diesen aber die Marktreife bzw. die Marktfähigkeit.

Und dann möchte ich noch auf einen wissenschaftlichen Bericht verweisen, der im Dezember 2018 herausgekommen ist von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft. Das ein deutscher Verein, der seinen Sitz in München hat, bei dem die Energiewirtschaft, die Wissenschaft und die Verwaltung dabei sind. Und sie befasst sich auf wissenschaftlicher Basis mit energietechnischen und wirtschaftlichen Themen. Im Fazit dieses Berichtes sagen sie: «Wir befinden uns an einem Punkt, an dem die E-Mobilität unumkehrbar an Fahrt aufgenommen hat.» Und sie kommt weiter hinten dann zum Schluss: «Unstrittig ist, dass ein elektrisch betriebenes Fahrzeug schon heute eine erheblich bessere Effizienz aufweist als ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor.» Im Fazit schreiben die Autoren weiter: «Dieser Beitrag ist ein Plädoyer für mehr Sachlichkeit.»

Und es ist zusätzlich eine Tatsache: Der Bund setzt auch auf die E-Mobilität und fordert Investitionen in diesbezügliche Infrastrukturen. Die Autowirtschaft setzt zurzeit mehrheitlich auch auf die E-Mobilität - ob uns dies nun passt oder nicht.

Und wenn dann ein anderes nachhaltig betriebenes Verkehrsmittel anfängt, sich im gleichen Umfang durchzusetzen, können wir dieses mit dem gleichen Engagement unterstützen. Und die geforderte Anzahl an Elektro-Aufladestationen in städtischen Parkhäusern und auf Parkplätzen ist ja sehr moderat formuliert.

Aus den erwähnten Gründen finden wir es richtig und wichtig, dass die Stadt jetzt zumindest einen Schritt weiterkommt und ich möchte Euch da noch an Eure Voten beim Energiemonitoring erinnern, in denen Ihr sagt: «Jetzt müssen wir etwas machen.» Und deshalb bitte ich Euch, uns dabei zu unterstützen und das Postulat zu überweisen.

Ich danke allen denen, denen es mit der E-Mobilität ernst ist und die so einen Beitrag für einen CO₂-ärmeren Verkehr leisten wollen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Gibt es einen Ablehnungsantrag? Dani Oswald.

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag zu diesem Postulat und ist nicht dafür, dieses Postulat zu überweisen.

Generell aus folgenden Gründen: Erstens ist, wie auch bei den anderen Antriebstechnologien, das Führen eines Tankstellennetzes nicht eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Es ist so, wir haben in Winterthur Private, die Elektrotankstellen haben. Und es ist nicht so, dass die Autos dort Schlange stehen, so dass man dort nicht die Kapazität und die Möglichkeit zum Tanken hätte. Weiter glaube ich, mindestens nach meinem Wissen, wenn jemand eine Tankstelle will mit mehreren Stromarten, dann soll er das haben. Aber man müsste schauen, ob das im Standard drin ist oder ob das doch erhebliche Sonderkosten nach sich ziehen würde, wenn man eine solche Stromwahl möchte. Einen weiteren Problempunkt sehen wir, dass man durch das Implementieren von solchen Elektrotankstellen in den Parkhäusern oder bei den Parkplätzen de facto auch Parkplätze einschränkt für die anderen Verkehrsteilnehmer. Es würde dann keinen Sinn machen, dass ein Auto mit Benzinmotor auf einem Parkplatz steht mit Elektrotankstelle, dann kann das Auto mit Elektromotor dann ja nicht tanken.

Und ausserdem auch – und damit bin ich beim zweitletzten Punkt – es ist eine Technologie, die sehr stark im Wandel ist. Die Ladezeiten sind sehr unterschiedlich. Und wenn ich kurz in die Stadt gehe und aufladen möchte, kann ich das ja sehr wahrscheinlich nicht 10 Stunden lang machen - das mache ich, wenn ich das Auto zuhause in der Garage habe. Wenn ich unterwegs bin, lade ich kurzzeitig. Und es macht auch keinen Sinn, wenn ich ein Elektroauto habe und 20 Minuten habe zum Einkaufen und dann 3 Stunden auf diesem Parkplatz stehe.

Das macht keinen Sinn. Rein die Kombination «Parkieren inklusive Tanken» geht grundsätzlich nicht auf, ausser ich gehe während dieser Zeit arbeiten, von daher macht dieses Konzept keinen Sinn.

Ich glaube, da wird sich technologisch ohnehin noch sehr viel ändern, dass man auch ein Elektroauto innert vernünftiger Zeit aufladen kann. Und ausserdem setzt ja die Stadt Winterthur ohnehin in ihrer Verkehrspolitik den Schwerpunkt, den MIV zu reduzieren, den privaten Individualverkehr unabhängig von der Antriebstechnik. Es wäre dort auch nicht konsistent. Dann müsste man mindestens dort von der Strategie her auch eine Änderung machen und dann wäre es wieder konsistent.

Ich danke Ihnen für die Ablehnung.

M. Nater (GLP): Habe ich jetzt richtig gehört, dass der MIV reduziert werden soll?

D. Oswald (SVP): Das will die Stadt Winterthur.

M. Nater (GLP): Du hast jetzt einiges aufgezählt und weshalb man das noch nicht machen soll. Ich denke, das sind alles Innovationsachen, die genau Winterthur als Smart City gut tun würden, wenn sie sich einmal in diese Technologien einbringen und sich einmal überlegen würden, was es da für Möglichkeiten gibt.

Dass die Elektromobilität am Wachsen ist, das ist unbestritten. Das ist ein Wachstumsmarkt und die Elektromobilität rollt auf Winterthur zu. Im Moment ist die Steigerungsrate im zweistelligen Prozentbereich, auf einem sehr tiefen Niveau. Aber es wird irgendwann einmal kippen. Und wenn ich höre, wie viele Automobilhersteller jetzt mit Elektromobilität auf den Markt werden kommen, dann wird das in Zukunft plötzlich kippen, wie es z.B. bereits in Norwegen gekippt ist. Von daher muss man da vorbereitet sein.

Und gerade Winterthur sollte Strategien erarbeiten oder sich mal überlegen, wo man solche Elektro-Ladestationen entsprechend auch machen kann. Winterthur überlegt sich bis jetzt nur, eine Elektromobilitätsstrategie zu erarbeiten. Aber wie Iris gesagt hat, es geht da darum, wirklich Massnahmen zu ergreifen und etwas zu machen. Und nicht alle Autobesitzer haben Zugang zu Steckdosen. Wir haben auch ein Auto und das ist auf der Strasse unten an einem Hang. Von daher können wir nicht mit einer Kabelrolle dort hinunter und dort etwas einstecken. Wenn ich einmal ein Elektroauto haben will, dann muss ich Möglichkeiten haben, das in irgendeiner Form auf dem öffentlichen Grund entsprechend auch zu betanken.

Und von daher ist es in Zukunft wirklich notwendig, ein feinmaschiges Netz von Möglichkeiten zu haben, Elektroautos mit Strom aus erneuerbarer Energie oder Strom aus der Kehrlichtverwertungsanlage laden zu können. Und wenn die Stadt Winterthur das selber im Griff hat, dann kann sie dort auch Vorgaben bestimmen und ist in einem Wachstumsmarkt dabei.

Von daher ist die ausreichende Verfügbarkeit von Elektro-Ladestationen auf öffentlichem Grund eine wichtige Voraussetzung, damit die Rahmenbedingungen für die anrollende Elektromobilität vorhanden sind. Und das wäre ein Zeichen, das Winterthur als Smart City setzen könnte, und das wäre auch gut so.

Von daher: Wann, wenn nicht jetzt? Packen wir das an. Von daher werden wir von der GLP das Postulat überweisen.

S. Müller (EVP): Ja, zugegeben, in Anbetracht dessen, was wir heute Abend schon einmal thematisiert haben, als es um das Klima ging, ist der Effekt von diesem Vorstoss vielleicht nicht ganz so gross – oder wäre nicht so gross, da können wir darüber diskutieren, es ist noch eine ganze Palette gekommen, was alles dagegen spricht, weshalb man den Vorstoss ablehnen soll.

Aber es ist noch etwas viel Wichtigeres, das wurde jetzt auch angetönt. Es geht nämlich auch um eine Richtungsvorgabe. Und es geht darum, dass wir anscheinend immer noch nicht kapiert haben hier drinnen, dass ganz viele junge Leute einfach «die Schnauze voll haben» von genau diesen Diskussionen. Die wollen Taten sehen, die haben kein Vertrauen in die Politik, dass wir Taten bringen. Weil es eben solche Diskussionen sind, nicht so wirtschaftlich oder so. Das hat man richtig satt. Das braucht es nicht mehr, Argumentationen in diese Richtung.

Wir wollen Taten sehen, das ist deutlich. Und das jetzt wäre eine solche Riesenchance. Da könnten wir ganz einfach Taten folgen lassen. Diesen Vorstoss überweisen, die ganze Sache ins Rollen bringen.

Von daher unterstützen wir mit Überzeugung diesen Vorstoss und hoffen, dass er überwiesen wird und wirklich etwas ins Rollen kommt, dass man die Infrastruktur jetzt schon beginnt zu schaffen – dass wir hier drinnen das auch noch begreifen.

F. Künzler (SP): Elektromobilität ist eine gute Sache, das werden wohl die Wenigsten bestreiten wollen. Ich fahre ja seit Frühling 2016 selber ein Elektro-Auto und bin darum bei diesem Thema auch «kompetent».

Der Energieverbrauch eines Stromautos beträgt bekanntlich etwa einen Drittel des gleichen Autos mit Verbrennungsmotor. Das ist die Zahl, die ich selber ablese bei meinem Fahrzeug - und nicht irgendwelche Studien. Jedes Fahrzeug mit Elektroantrieb, das ein Benzin- oder Dieselfahrzeug ersetzt, hilft mit, die Klimaziele zu erreichen.

Auf den ersten Blick scheint das vorliegende Postulat also eine gescheite Sache. Allerdings eben nur auf den ersten Blick. Denn das Postulat (und Iris sagte das vorhin selbst) fordert etwas, was der Stadtrat bereits aufgegleist hat oder noch viel umfassender in Arbeit hat. Ich zitiere aus den Massnahmen des soeben besprochenen Legislaturprogramms: «Massnahme 13.32: Erarbeitung einer Strategie und eines Konzepts zur Förderung der Elektromobilität und neuer Mobilitätsformen».

Liebe Iris Kuster, das scheint mir ein bisschen ein Déjà-vu. Mit dem Recherchieren hat es die CVP wirklich nicht so – das haben wir erst kürzlich schon einmal gehabt hier drinnen – stell Dir vor, es gibt Google! Fast jede gute Idee hat nämlich bereits schon jemand anders einmal gehabt, und es wäre gut, wenn wir in diesem Rat Redundanzen und Doppelspurigkeiten vermeiden würden.

Aus diesem Grund - und wirklich genau nur aus diesem Grund – unterstützt die SP-Fraktion den Ablehnungsantrag. Wir warten nämlich auf das hoffentlich innovative und zeitgemässe Konzept des Stadtrats, das zum Beispiel Ladestationen bei Laternenparkplätzen in den Quartieren vorsieht. In diesem Sinne hoffe ich, dass Ihr, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das Postulat ablehnt und so eine Schreibübung vermeidet.

U. Hofer (FDP): Wir schliessen uns ebenfalls dem Ablehnungsantrag der SVP an und – wie es nur selten ist – ich schliesse mich auch Deinen Worten an.

Das Postulat gehört für uns ein bisschen in die Kategorie «Gut gemeint, aber nicht ganz zu Ende gedacht». Vorweg: Die FDP-Fraktion ist für eine stärkere Verbreitung von Elektrofahrzeugen. Aber Aufladestationen in städtischen Parkhäusern werden dazu unseres Erachtens überhaupt keinen messbaren Beitrag leisten. Erstens: Wer ein Elektroauto besitzt, lädt sein Fahrzeug im Regelfall zuhause und nicht in städtischen Parkhäusern. Zweitens: Er fährt entweder Strecken im innerstädtischen Verkehr, wo die Ladung problemlos für Hin- und Rückweg reicht, oder er fährt viel Autobahn und dort braucht er Schnellladestationen auf den Autobahntankstellen und Raststätten. Und dort sind bereits private Anbieter und der Bund aktiv. Daraus erschliesst sich, dass es kein grosses Bedürfnis geben kann für Ladestationen in Parkhäusern. Beim minimalen Restbedürfnis stellt sich folgendes Problem: Einigermassen kostengünstig könnte man nur normale Ladestationen einrichten. Für diese hat jemand, der kurz einen Einkauf machen will, wirklich kein Bedürfnis, denn es kommt für ihn nicht darauf an, ob er mit 50% oder 51% Batterieladestand heimfährt.

Vorteile hätten nur Schnellladestationen und die – da brauchen wir nicht einmal eine Antwort, das kann man jetzt schon sagen – würden immense Investitionen auslösen, weil auch das gesamte Stromleitungskonzept angepasst werden müsste, um diese Ströme richtig fließen lassen zu können. Die immensen Investitionen stehen für uns in keinem Verhältnis zum konkreten Bedürfnis. Es braucht andere Massnahmen, um die Elektromobilität zu fördern. Deshalb sagen wir Nein zu diesem Postulat, aber nicht Nein zum Energieträger Elektromobilität.

R. Diener (Grüne/AL): Dir Grüne/AL-Fraktion ist da auch ein bisschen gespalten in dieser Situation. Wir sehen auf der einen Seite schon, dass wir Schritte machen müssen. Ich bin auch der Meinung, es könnte durchaus sein, dass man die E-Mobilität als Übergangslösung für eine moderne Mobilität nutzen könnte. Wir sind aber auch der Meinung (und da teilen wir die kritischen Ansichten auch aus der Forschung und auch vieler Untersuchungen): Die Emissionen, die mit der Batterieproduktion und deren Entsorgung entstehen, sind auch nicht ganz ohne. Es entstehen da relativ viele Giftstoffe, relativ viele Stoffe kann man schlecht oder nur sehr aufwändig verwerten. Es ist durchaus ein bisschen eine zweischneidige Sache. Ich habe aber Sympathie mit dem Postulat, das jetzt eingereicht worden ist. Aus genau dem Grund, der bei Dani Oswald zur Ablehnung führt: Weil es doch eine gewisse Lenkung ist, in eine Verlagerung der heute fossil motorisierten Mobilität in eine ein bisschen, als Übergangslösung, etwas bessere Variante der Mobilität. Ich muss aber klar zur Kenntnis geben und so Stellung beziehen: Es ist für uns eigentlich kein Weg und kein Ziel, 1:1 von der heutigen überdimensionierten individuellen Fahrzeugflotte von der heute fossilen in die E-Technologie überzugehen. Das ist noch innovativ und ist v.a. auch, was den Platzverbrauch der Fahrzeuge, die Effizienz der Transporte der Fahrzeuge betrifft, keine Lösung. Allenfalls eben eine Übergangslösung.

Wir haben uns gesagt, wir unterstützen das Postulat grundsätzlich (oder mindestens die einen von uns, wir lassen das ein bisschen offen). Ich kann mich allerdings auch einverstanden mit der Grundsatzkritik, die gerade auch von Dir, Fredy, gekommen ist: Eigentlich sollten wir ein Gesamtkonzept haben (das wir erwarten aufgrund der Legislaturziele), das uns zeigt, in welche Richtung man gehen will. Und dann kann man das dort auch gut einordnen.

Ich denke aber nicht, dass es deswegen nicht jetzt schon zu einer gewissen Beantwortung von einem solchen Konzept kommen dürfte. Das dürfte dann ja auch nicht so einen grossen Zusatzaufwand geben, weil man genau diese Abklärungen dann in diesem Gesamtkonzept auch wieder nutzen und einfließen lassen kann. In dem Sinne denke ich nicht, dass es da einen riesigen Zusatzaufwand gibt.

Also, Fazit von meiner Seite – mit einem zwinkernden Auge: Okay, kann man machen lassen. Wichtig ist für uns, dass man nicht mehr Parkierungsmöglichkeiten für den motorisierten Individualverkehr schafft, sondern dass man diese allenfalls ein bisschen anders nutzt.

I. Kuster (CVP/EDU): Ich muss da replizieren: Wir recherchieren schon. Und das mit den Aufladestationen in den Quartieren, das nützt den Leuten, die in die Stadt kommen, die Umsatz bringen, die einkaufen gehen, die lädalen, die in Restaurants, Kinos oder in die Kultur gehen, nichts. Und deshalb, Dani – Du gehst vielleicht nicht so viel in die Stadt...

D. Oswald (SVP): Ich nehme den Bus. Ich habe vor der Haustüre eine Bushaltestelle.

I. Kuster (CVP/EDU): Also wenn ich in die Stadt gehe, dann reicht das für ein paar Kilometer aufladen. Und deshalb stimmt auch die Aussage nicht, das Auto lädt zuhause. Es braucht auch in der Stadt Ladestationen. Und auch wenn das Konzept in Aussicht gestellt wird: Wir wissen nicht, ob das Konzept dann in 5 oder 10 oder 15 Jahren kommt, denn es hat keinen Termin drin. Alle anderen Aufladestationen, z.B. DMG Mori, wo man gratis tanken kann – das ist besetzt und sie kommen sogar vom Thurgau dort tanken, und deshalb kann man nicht sagen, es hat keinen Bedarf.

Und diejenigen, die das Geld in die Stadt bringen und da ausgeben, die kommen dann sicher wieder nach Hause, auch wenn sie vielleicht nicht mehr so viele Kilometer haben.

Stadtrat St. Fritschi: Ich wehre mich nicht gegen eine Überweisung dieses Postulats, aber ich möchte einfach noch ein paar Dinge zu bedenken geben. Also zuerst einmal kann ich es nicht ganz lassen, dass ich in den Worten von Fredy Künzler in «Inkompetenz» geradezu brilliere, denn ich habe weder ein Elektroauto noch sonst ein Auto. Aber ich möchte doch etwas dazu sagen.

Mit dieser Voraussetzung, wie Markus Nater seinen Verbrennungsmotor an der Strasse unten hat und meint, er könne jemals ein Elektroauto sinnvoll betreiben, muss ich sagen: Das

geht nicht. Ein Elektroauto funktioniert nur dann, wenn man zuhause eine Steckdose hat, wo man es über Nacht laden kann. Und in zweiter Priorität ist es wichtig, dass das Elektroauto am Arbeitsplatz auch aufgeladen werden kann. Und erst in dritter Priorität braucht es eine Steckdose bei Freizeitaktivitäten oder beim Shoppen. Wichtig ist wirklich, dass man zuhause eine Steckdose hat und am Arbeitsplatz.

Und deshalb haben wir auch im Förderprogramm der Stadt Winterthur dafür gesorgt (und dort gibt es einen Förderbedarf), dass bei Siedlungen oder Mehrfamilienhäusern Förderbeiträge gesprochen werden können, dass dort diese Infrastruktur gebaut wird. Denn das ist wichtig, dass auch bei Mehrfamilienhäusern und bei Siedlungen die Infrastruktur da ist. Das ist nämlich nicht immer so einfach ohne diese Fördergelder, dass man dann zu der nötigen Infrastruktur kommt.

Ich möchte es kurz fassen: Am Ökologen ist es, gar kein Auto zu haben (weder Elektro- noch Verbrennungsmotor), und dann ist es sicher so bei der Auswahl, dass die Elektromobilität eine ökologische Variante ist von Mobilität. Ich möchte aber auch zu bedenken geben, dass es eine sehr teure Infrastruktur ist, wenn man überall in den Parkhäusern diese Infrastruktur bauen möchte.

Aber ich habe jetzt mit Genuss gehört, dass die Erstpostulantin auch die Freiheit lässt, dass man da mit anderen Anbietern sprechen kann, dass das nicht die Stadt investieren muss. Da gibt es vielleicht Möglichkeiten, es gibt ein paar Anbieter, die da ziemlich forsch diese Infrastrukturen aufbauen wollen. Aber es ist eine teure Sache.

Und wichtiger, als dass es in den Parkhäusern Infrastruktureinrichtungen hat, ist es, dass der Autobesitzer oder die Autobesitzerin das zuhause hat. Dort, wo sie die Nacht verbringt. Das ist wichtig, dass in diesen 10 Stunden das Auto wieder aufgeladen wird.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Auszählen bitte.

Wer es ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das Postulat wird mit 17:38 Stimmen nicht überwiesen.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2017.38: Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), Th. Leemann (FDP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Zukunft Römertor

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 13, Simon Büchi hat das Wort.

S. Büchi (SVP): Wir, die Interpellanten, waren ja der Meinung, dass die Stadt das Römertor nicht kaufen sollte. Der Stadtrat hat das aber beschlossen. Und wir wollten wissen, was der Grund dahinter ist, was man beabsichtigt, ob man da Geld damit verdienen kann, was die Vision ist, wo es hingehen soll – um uns wenigstens ein bisschen davon zu überzeugen, dass der Kauf vielleicht doch nicht so schlecht ist.

Und jetzt haben wir diese Interpellationsantwort erhalten und ich muss sagen: «Da steh ich nun, ich armer Tor, und weiss so viel als wie zuvor.» Wobei, das stimmt eigentlich nicht.

Nachdem ich diese Antwort gelesen habe, weiss ich eigentlich weniger.

Es ist sehr wenig Inhalt darin. Es kann ja manchmal Gründe geben, dass man nicht eine ausführliche Antwort geben kann oder will. Dort kann man von mir aus einfach einen Satz hinschreiben im Sinne von «Geht nicht». Denn nur einen Papiertiger zu produzieren, war nicht die Absicht dieses Vorstosses. Für mich ist diese Antwort sehr enttäuschend und wir müssen sie so natürlich negativ zur Kenntnis nehmen. Denn wie gesagt: Wir haben nicht mehr erfahren und ich habe mittlerweile eigentlich noch ein schlechteres Gefühl mit dem Römertor, weil offensichtlich die Stadt nicht sagen kann oder will, was mit dieser Anlage weiter passieren soll.

Th. Leemann (FDP): Ich hole etwas weiter aus.

Im Massnahmenkatalog Win03 wurde im Februar 2004, also vor 14 Jahren, beschlossen, verschiedene Liegenschaften der Stadt Winterthur zu veräussern. Zu diesen Liegenschaften gehörte das Römertor mit dem Restaurant, Hotelbetrieb (ohne eigene Zimmer, die waren in Vorbesitzmiete), mit Festsaalbetrieb in Oberwinterthur. Das Römertor wurde mit einem Vorkaufsrecht von der Stadt Winterthur für 25 Jahre verkauft.

Nachdem die Käufer des Römertors 2017 entschieden haben, den Betrieb des Restaurants und Hotels einzustellen, gingen sie auf die Stadt zu und fragten, ob sie Liegenschaft gerne zurückkaufen würde. Das hat die Stadt auch gemacht, wieso auch immer.

Für uns macht der Rückkauf dieser Liegenschaft keinen Sinn. Wieso auch? Was müsste man investieren, wenn man ein zeitgenössisches Restaurant und einen Hotelbetrieb mit grossem Festsaal rentabel betreiben möchte? Ist das wirklich Aufgabe der Stadt?

Aus der Antwort des Stadtrates ergeben sich für mich weitere Fragen: Konnte schon ein Teil des Restaurants, Hotel- oder Festsaalbetriebes bis heute zwischengenutzt werden? Wie sieht die Planung aus, die beschrieben wird in der Beantwortung? Wie weit ist die Stadt mit dem Gestaltungsplan um das Römertor? Was ist geplant und in welchem Zeithorizont? Was passiert mit den Aussenparkplätzen?

Wir wünschen der Stadt auf der Suche eines Investors, der im Baurecht diese Liegenschaft übernimmt, viel Glück und Erfolg.

Nach der Beantwortung der Interpellation haben wir mehr neue Fragen aus den Antworten des Stadtrates. Wir nehmen diese Beantwortung der Interpellation kritisch-ablehnend zur Kenntnis.

M. Wackerlin (SVP/PP): Als Simon diesen Antrag eingereicht hat, waren wir noch nicht in der gleichen Fraktion. Mittlerweile spricht er also vollumfänglich auch für mich.

Ich möchte nur ein klein wenig ergänzen, wobei er dieser Ergänzung auch zustimmt. Die Stadt hat keine Vision, sie hat einfach reagiert, aber ohne Plan. Ich habe es damals schon für einen Fehler gehalten und jetzt erst recht. Die Stadt hat sich da wieder einmal eine unnötige Verpflichtung aufgelastet. Sie sollte diese Liegenschaft so schnell wie möglich wieder verkaufen.

Und noch eine Korrektur: Die Liegenschaft muss nicht im Baurecht abgegeben werden, weil das Grundstück bereits bebaut ist.

R. Keller (SP): Ich habe wohl eine andere Antwort gelesen als Ihr. Ich habe die Antwort gelesen und danke dem Stadtrat für die klaren und kompakten Worte, die ich da gefunden habe. Mir ist eigentlich alles klar geworden. Ich weiss gar nicht so recht, wo das Problem ist.

Die Liegenschaft, um die es geht, ist an einer strategisch interessanten Lage mitten in Oberwinterthur, an einem wichtigen Ort von Oberwinterthur. Und das Römertor hat ganz klar ein Entwicklungspotential, das ist beschrieben in dieser Antwort. Die Migros baut neu dort. Dort es einige seltsame Gebäude, wo man durchaus etwas daraus machen könnte.

Die Stadt hat das Gebäude gekauft und wir finden das eine gute Sache, wenn man ein bisschen in die Zukunft schaut und denkt, dass man mittelfristig oder schon fast eher langfristig dort etwas machen möchte.

Im Moment, das habe ich vorhin schon angetönt, ist es einfach hässlich dort. Es ist mein bevorzugtes Einkaufsgebiet und ich finde es ziemlich hässlich mit den vielen Parkplätzen und dem seltsamen Aussenraum. Dass man eine Aufwertung dieses Areals ins Auge fasst, ist für mich eine sehr erfreuliche Aussage und ich (und die Fraktion der SP) unterstütze das sehr. Und dass man das nicht jetzt sofort anpacken kann, ist eigentlich auch klar. Die Gebäude im Umfeld oder nebenan, die der Stadt gehören, die sind im Baurecht abgegeben. Da kann man jetzt gerade nichts machen, da muss man warten. Und das steht auch in dieser Antwort: Jetzt wartet man erstmal und sucht eine Zwischennutzung. Und dann hat man etwas Zeit, um sich zu überlegen, was man dann genau mit diesem Areal anfangen möchte.

Ich verstehe nicht genau, wo das Problem ist. Wir haben alles verstanden und wir unterstützen, was da geplant ist. Für uns ist es wichtig, dass man bei diesem Entwicklungsprozess die Bevölkerung miteinbezieht - ich glaube, das ist auch so vorgesehen - und dass man auch für

das Quartier denkt und dort einen Raum schafft, der vielleicht ein bisschen hübscher wird als er im Moment ist.

Also: Die SP-Fraktion nimmt diese Antwort zustimmend zur Kenntnis.

L. Banholzer (EVP): Die EVP dankt dem Stadtrat ebenfalls für die Beantwortung der Interpellation. Und auch wir haben verstanden, was darin steht.

Wir begrüßen, dass das Römertor zurückgekauft wurde, auch wenn eine neue Nutzung jetzt noch nicht bestimmt ist. Wir glauben auch, dass interessante Zwischennutzungen möglich sind, bis das Resultat des geplanten Entwicklungskonzeptes vorliegt.

Was allerdings noch interessant zu wissen gewesen wäre, ist, wie lange das Baurecht auf den Liegenschaften noch dauert, die einbezogen werden sollen.

Im Zusammenhang mit meiner schriftlichen Anfrage vom September 2017 zu Verlusten von Räumen für Vereine in Oberwinterthur durch die Schliessung des Hotel- und Restaurantbetriebes hoffen wir natürlich auch, dass mit der Zwischennutzung weitere Räume für die Bevölkerung in Oberwinterthur zur Verfügung gestellt werden können.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Auch ich habe offensichtlich die gleiche Antwort gelesen wie Regula Keller und Lilian Banholzer und bin deshalb zufrieden mit dieser Beantwortung. Gemäss der Antwort hat der Stadtrat betreffend der Nachbarliegenschaft ein langjähriges Baurecht eingeräumt. Man muss die beiden Liegenschaften (das ist vollkommen klar, schon wenn man es visuell anschaut) zusammen betrachten. Und deshalb macht es auch Sinn, dass man jetzt eine langfristige Zwischennutzung macht. Und damit ist eigentlich alles gesagt.

Im Übrigen, einfach dass es noch erwähnt ist: Die Fraktion Grüne/AL ist selbstverständlich gegen einen Verkauf dieser Liegenschaften. Und für uns ist auch klar, dass man dann dort verkehrstechnisch sicher aufwerten muss.

A. Geering (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Der Stadtrat weist in seiner Antwort auf die Zentrumsfunktion hin, welche das Gebiet um das Römertor herum für Oberwinterthur hat. Diese Feststellung ist richtig.

Weiter wird auf die Areale Guggenbühlstrasse 2 und 4 verwiesen, welche dort beim Römertor sind, die im Besitz der Stadt sind und in langjährigem Baurecht abgegeben sind.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das vorausschauende Handeln durch den Kauf der Liegenschaft Römertor. So wird eine gesamthafte Entwicklung des Gebietes zwischen Guggenbühl-, Stadler- und Frauenfelderstrasse möglich. Für uns ist eben das eine aktive Politik von Land und Immobilien, dass man nicht einfach hat und dann nur noch im Baurecht abgibt, sondern dass man, wenn es möglich ist, verkauft, wenn es nötig ist, wieder zurückkauft, und dann schaut, wie kann man allenfalls zu einem sinnvollen Zeitpunkt wieder verkaufen.

Wir wünschen uns für die Entwicklung dieses Gebietes, dass diese Entwicklung vor allem dem Quartier Oberwinterthur zugutekommt. Es ist zu hoffen, dass im Rahmen der Planung auch die Verkehrssituation angeschaut wird und dieser Sorge getragen wird. Sowohl die Frauenfelderstrasse wie auch die Kreuzung Stadler-, Römer-, Guggenbühlstrasse sind jetzt schon stark belastet. Das müsste im Auge behalten werden, wenn man dort etwas entwickelt. Die Interpellationsantwort begrüßen wir in dem Sinne und nehmen sie zustimmend entgegen.

K. Cometta (GLP): Ich bin wohl die Letzte, die diese Antwort positiv zur Kenntnis nimmt. Das Gebiet, das hat Regula Keller richtig gesagt, ist an einem strategisch wichtigen Ort. Das Zentrum hat sich vom Altstadtkern zum Römertor verschoben und deshalb ist es auch richtig, wenn die Stadt sich dort strategischen Handlungsspielraum bewahren will. Es ist auch richtig, dass man wegen dem Baurecht wartet, damit man eine Gesamtsicht einnehmen kann, wie man dieses Gebiet weiterentwickeln kann. Völlig logisch, dass es jetzt eine Zwischennutzung gibt, damit man nachher alles zusammen anschauen kann.

Und selbstverständlich, wenn man dann mit einem privaten Investor etwas machen kann – umso besser.

Wir erhoffen uns aber vor allem, dass man dort auch öffentlichen Platz schafft, der ein lebendiges Quartier ermöglicht, ein Ort der Vielfalt und Begegnung. Und wir sind sehr gespannt, wie sich das weiterentwickeln wird.

Stadträtin Y. Beutler: Als ich nach langer Zeit diese Antwort nochmals gelesen habe – und ich muss Ihnen zustimmen, sie hat tatsächlich etwas Zeitloses an sich, das ist ja eigentlich etwas Positives. Und ich möchte all jenen danken, die mit dem Stadtrat zusammen eben auch an die künftigen Generationen denken, die gewisse Vorstellungen haben, wie etwas sein könnte, das momentan eigentlich noch ein «Unort» ist. Wie so etwas in dem neuen Zentrum von Oberi ein Ort der Begegnung werden könnte. Aber für das muss man auch den Mut haben zum Springen, auch wenn man noch nicht genau weiss, wie es auf der anderen Seite des Ufers aussieht. Und wenn man sich das nie getraut, bleibt man einfach nur stehen und verharrt an seinem Ort.

Und ich glaube, das ist Aufgabe des Stadtrates (Andreas Geering hat das auch gesagt), dass er eben weiter nach vorne schaut. Ich kann Ihnen heute auch noch nicht sagen, was dort einstweilen sein muss. Ich kann Ihnen einfach sagen: Herr Stefanini ist sehr glücklich mit seinem Baurecht, das er daneben hat. Von daher ist es durchaus ein Ort, wo es sich eben lohnt, auch geduldig zu sein. Es ist einer dieser Orte, der eine unglaubliche Wertsteigerung hat, auch erfahren hat in den letzten Jahren. Und ich glaube, davon dürfen auch die künftigen Generationen dann profitieren. Nicht nur vom Wert, sondern vor allem von der Qualität dann für diesen Raum. Wir werden diese Entwicklung zusammen mit dem Departement Bau machen. Wir haben im wahrsten Sinne des Wortes noch 1-2 andere Baustellen, die dringender sind, auch gerade in den Entwicklungsorten, die wir haben in dieser Stadt. Deshalb ist nach wie vor die Zwischennutzung das, was im Vordergrund steht. Aber Erich Dürig und ich sagten, wenn wir das noch erleben sollten, dann würden wir uns sehr freuen, dann dort einmal unseren Cappuccino auf diesem Platz zu trinken und uns daran zu freuen, dass wir eben im Jahr – was war es – 2017 den Mut hatten, diesen Sprung zu wagen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit wäre diese Interpellation abgeschlossen. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und da wir vorher 5 Minuten überzogen haben, schliessen wir jetzt an dieser Stelle die Sitzung.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)